

Ersteinst täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,20 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Voll-Abonnement: 3,20 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich: Ungarn 2 Mark, für das übrige Russlands 2 Mark. Monat. Einzeln. in der „Voll-Zeitungs-Preisliste“ für 1893 unter Nr. 6709.

Interlands-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Bettstelle oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Vereinstätigkeiten 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Korrespondent: Amt I. 4186. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 24. Oktober 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Bourgeoisismoral.

Es ist häufig gesagt worden, daß es unmöglich sei, die Grenzlinie zwischen Betrug und „legitimem“ Geschäft, zwischen Diebstahl und „ehrllichem“ Erwerb zu ziehen. Und die pfliffigen alten Griechen, die schon beinahe so weltklug waren wie die neuen, von denen man sagt, ein jeder stecke zehn Juden in die Tasche gaben ihrer Ansicht vom Wesen des Handels klassisch-künstlerischen Ausdruck, indem sie Merkur, den Gott der Kaufleute, zugleich zum Gott der Spitzbuben machten — oder umgekehrt. Die Weisheit, welche die alten Griechen hiermit an den Tag legten, wird uns durch einen Artikel des „Konfessionär“, eines kaufmännischen Fachblattes, recht eindringlich zu Gemüthe geführt. Der Artikel hat die Billigung zahlreicher größerer Bourgeoiszeitungen erhalten, die ihn ohne Vermehrung abdrucken — wir selbst entnehmen ihn dem „Leipziger Tagebl.“, dem ersten Geschäftsblatt Sachsens und einem der ersten Deutschlands — und wir können ihn daher als typische, nicht bloß vereinzelt individuelle Ansicht, sondern die Klassenauffassung der bürgerlichen Geschäftswelt widerspiegelnde Meinungsäußerung betrachten. Der Artikel trägt den vielverheißenden Titel: „Sind „Lügen im Geschäft“ erlaubt? Erlaubte und unerlaubte Lügen. Konventionelle und Gewohnheitslügen.“ Die Worte: „Lügen im Geschäft“ sind im Original mit Gänsefüßchen versehen, offenbar um anzuzeigen, daß der Ausdruck „Geschäftslügen“, „Lügen im Geschäft“, ein gebräuchlicher, im Geschäftsleben anerkannter ist.

Und nun der Artikel — ohne irgend eine Streichung oder Abänderung, und sogar der Druck genau wie im Original, so daß wir auch nicht durch Sperren u. den Sinn irgend modifizieren. Also:

Lügen im Geschäft! Es ist das ein heikles Thema, welches wir heute berühren, schreibt der „Konfessionär“. Niemand wird so viel gelogen, als im geschäftlichen Verkehr. Ist eine stereotype Redensart. Dennoch würde man sich gewiß großen Unannehmlichkeiten aussetzen, wollte man irgend einen Geschäftsmann, der behauptet die Unwahrheit gesprochen hat, einen Lügner nennen. Es giebt eben „erlaubte Lügen“, die sich im Handelsverkehr herausgebildet haben. Ob das nun in Deutschland, Frankreich, England oder Amerika ist, gelogen wird überall, denn es ist doch eigentlich eine Lüge, wenn man behauptet, eine Waare koste 8 Mark, während man weiß, daß sie 3,20 Mark kostet, und diesen Preis nur deshalb angiebt, um sie von dem betreffenden Fabrikanten für 3 Mark oder noch billiger zu erhalten. Oder ist es nicht etwa eine Lüge, wenn man jemandem sagt, „von dieser Waare habe ich schon 500 Stück verkauft“, während man vielleicht nur zehn Stück davon verkauft. Man nennt das „konventionelle Lügen“, und die größten Ehrenmänner, vor denen wir alle den Hut ziehen, deren bürgerliche Ehre unantastbar ist, die sich der größten Hochachtung erfreuen, bedienen sich dieser konventionellen Lügen. „Erlaubte Geschäftsvorteile“, „Wahrnehmung berechtigter Interessen“, nennt man diese „falschen Vorspiegelungen“.

Muß im Geschäftsverkehr gelogen werden, muß man zu dergleichen Lügen, oder sagen wir lieber Ausreden, seine

Zusucht nehmen? Der sich seines Werthes und seiner Rechtschaffenheit bewußte Leser wird vielleicht mit größter Entrüstung jeden Zweifel an seine Wahrheitsliebe zurückweisen und ausrufen: „es braucht nicht gelogen zu werden“. Aus sittlichen Rücksichten stellen wir uns selbstverständlich auf seine Seite. Nun machen wir einmal die Probe mit dieser Behauptung. Man offerirt uns eine Waare zu 3,20 Mark, man behauptet, der Konkurrent liefere sie für 8 Mark, der Lieferant sträubt sich zuerst, aber um seinem Konkurrenten das Geschäft nicht zu gönnen, erläßt er sie nun auch für 8 Mark. Man kauft eine Waare netto, sagt aber, daß der Konkurrent 4 pCt. Skonto bewilligt, obgleich man weiß, daß das nicht wahr ist. Man erhält nachträglich diese 4 pCt. Skonto auch bewilligt. Der Konkurrent genießt vielleicht diese Vorteile, man weiß es zwar nicht, man probirt es aber. Muß man nicht in diesem Falle seine Vorteile wahrnehmen? Wird irgend Jemand im geschäftlichen Verkehr die Ausbeutung dieser Vorteile Lügen nennen? Nehmen wir nun einmal an, man hat von einer Qualität 500 Stück am Lager, aber erst zehn davon verkauft. Man empfiehlt diese Waare mit dem besonderen Hinweis darauf, daß fast Alles ausverkauft ist, daß nur noch ein kleiner Bestand davon vorhanden ist, den man billig abgeben will. Der Käufer wird sich vielleicht durch diese Worte verleiten lassen, die betreffenden Waaren zu kaufen. Sagt man ihm aber, von dieser Qualität hatte ich 500 Stück am Lager, ich habe aber bis jetzt erst 10 Stück davon verkauft, so kann man schon im voraus sicher sein, daß der Käufer auf diese Waare nicht reaktivt, oder aber doch nur einen geringeren Preis bieten würde. Solcher Fälle lassen sich Hunderte aufzählen. „Nothlügen“, wird man uns antworten, die sind erlaubt! Lüge bleibt Lüge. Selbst die strengsten Moralprediger werden zu diesem Entschlusse kommen, daß sich im geschäftlichen Verkehr diese Nothlügen nicht vermeiden lassen. Wer weiß sich frei davon? Man hält sie für erlaubt, und wer sie gebraucht, weiß sich frei von Schuld.

Unsere Kaufleute können sich übrigens beruhigen, es wird nicht nur im geschäftlichen Verkehr gelogen, wo es oft nothwendig ist, sondern vielmehr in anderen Berufs- und Gesellschaftsklassen.

Nun möchten wir aber auf einen andern Fall aufmerksam machen. „Erlaubte Lügen“ und „Betrug“ ist ein großer Unterschied! Wer Jemandem halb wollene Waare für rein wollene verkauft, wer Halbweinen für Ganzweinen verkauft, oder wer gar Baumwolle für Leinen verkauft, der betrügt. Dergleichen Fälle werden im soliden geschäftlichen Verkehr ebenso verdammt und verurtheilt, wie in jedem anderen Beruf. Wer zu solchen Mitteln seine Zuflucht nimmt, ist ein Betrüger, der die ganze Schwere des Gesetzes fühlen sollte. Mit den „Geschäftslügen“ ist es wie mit den „konventionellen Lügen“; wie oft sagt man Jemandem, wie freue ich mich, Sie zu sehen, obgleich man ihm am liebsten aus dem Wege gehen möchte. Niemand wird an diesen Redewendungen einen Anstoß nehmen. Es giebt Lebenslagen, in denen man mit der Wahrheit das größte Unheil anstellen könnte, deshalb wählt man das kleinere Uebel und muß vielleicht oft wider Willen zur Unwahrheit die Zuflucht nehmen. — Ebenso ist es mit den Geschäftslügen. Das sind keine Lügen, sondern, seien wir milde, „Ausreden“, die — erlaubt sind.

Da haben wir in der Rucksacke das Moral-Gesetzbuch der Bourgeoisie. „Lüge bleibt zwar Lüge,“ und das Lügen

ist ein Lasten vor der Sittenlehre, allein, aber, indessen „Geschäft ist auch Geschäft“, das Geschäft verträgt nicht die reine Wahrheit, es erheischt mitunter — und sehr oft — ein Verhüllen der Wahrheit und sogar das positive Gegentheil der Wahrheit; und das nennt man die „erlaubte Lüge“, die „konventionelle Lüge“. Eine „erlaubte Lüge“ ist es, wenn dem Kauflustigen, um seine Kauflust zu steigern, vorgelogen wird, die Waare sei so gut, daß sie fast ausverkauft sei. Und die uns so anliegen, sind die größten Ehrenmänner, vor denen wir alle den Hut ziehen“. „Falsche Vorspiegelungen“ sind das freilich, jedoch „erlaubte Geschäftsvorteile“, ohne die das Geschäft überhaupt nicht möglich.

Und wo ist nun die Grenze zwischen „erlaubter“ und „unerlaubter Lüge“, welche letztere mit etwas häßlicherem Namen „Betrug“? Ja wo? Das ist die Frage. Und kein juristischer oder unjuristischer Schläuberger hat bis zum heutigen Tage die Grenze entdeckt, und keiner wird sie entdecken bis zum Ende der Tage des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Aber nein! Unser Artikelschreiber hat sie entdeckt: „Wer Halbweinen für Ganzweinen verkauft, der betrügt“, wohingegen der, welcher das erbärmlichste schundigste Halbweinen als vorzüglichste, dauerhafteste Waare verkauft, kein Betrüger ist, sondern sich einer „erlaubten Lüge“ bedient. Und wohl gemerkt, wenn er Halbweinen für Ganzweinen verkauft, muß er das halb und ganz noch betonen, um sich zum Betrüger zu stempeln. Mit anderen Worten, man darf nicht weiter gehen, als das Strafgesetzbuch erlaubt. Und den tatsächlichen Unterschied zwischen „erlaubten“ und „unerlaubten Lügen“ (oder „Betrug“) giebt nicht die Moral, — denn für das Geschäft giebt es keine Moral —, ihn giebt das Strafgesetz. Was das Strafgesetz nicht mit Strafe belegt, das ist erlaubt, und was es mit Strafe belegt, das ist „unerlaubt“ — aus Nützlichkeit, nicht aus Sittlichkeitsgründen — „unerlaubt“, weil es ins Zuchthaus bringen kann. Und so fällt denn die bürgerliche Geschäftsmoral aufs Genaueste mit der bürgerlichen Diebstahlsmoral zusammen.

Wir sagen bürgerliche Diebstahlsmoral, weil das Diebstahlsverbrechen ein echt bürgerliches ist, und außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht bestehen kann — weder vor ihr noch nach ihr.

Nicht, daß wir in sittliche Entrüstung gerietten — die Geschäftsmoral, oder richtiger die Geschäfts-Moral, ist nur Ausfluß und Theil der herrschenden Gesellschaftsmoral. Von einer Gesellschaft, die sich christlich nennt, und den Schwachen in rohester Weise durch den Starke unterdrückt und ausbeutet läßt; von einer Gesellschaft, die ihre Hauptaufgabe in der Organisation des Massenmords, d. h. der höchsten Barbarei erblickt; von einer Gesellschaft, die Lügner, Fälscher, „jenseits von Gut und Böse“ stehende Gewaltmenschen als Götzen anbetet und nur einen ethischen Kultus kennt: den Zerkultus — von einer solchen Gesellschaft können wir keine Moral, im idealen

Feuilleton.

Der Anfuhr in den Cevennen.

Eine Erzählung von Ludwig Tieck.

„Alles dies leuchtete mir sehr ein, und ich half, soviel nur meine geringen Kräfte vermochten. Ich war mündig geworden, und mein Sinn hatte nur noch feste Wurzeln in mir geschlagen. Ich reiste, ich sah die Welt, aber nur von der Seite, die mir meine Vorurtheile bestätigte. Traf ich auf Fromme, auf erleuchtete Christen, so erschienen sie mir nur als seltsame Geisteszerrüttete, merkwürdig vielleicht, zu bedauern gewiß. In einer deutschen Stadt nahm ich aus Uebermuth das Buch eines deutschen Mystikers aus dem Buchladen in meine Wohnung, um in Ermangelung einer wüthigen Pöbse mich hier am Wahnsinn, dem Abgeschmackten und der Tollheit spottend, zu ergötzen. Ohne es zu wissen, hatte ich den Feuerbrand in mein Haus getragen, der bald alle diese Gebäude des Hochmuths und weltlichen Frevels in Flammen setzte. Ich blätterte, las und lachte, las wieder und fand die Albernheit wenigstens poetisch. Das Buch ließ mir keine Ruhe, es zog mich zu sich, es qualte mich, und ich mußte mir bald zu meiner Beschämung gestehen, daß es Zusammenhang, Kraft und Geist enthalte, daß es mich belehre, und daß dort Gärten, Blumen und Wälder der Liebe blühten, wo ich nur eine dürre Wüste gesehen hatte. Die Abndung ergriff mich, daß doch wohl ein anderer Gott die Welt regiere als der,

den ich in meiner schwärmenden Naturbetrachtung oder in meiner Poesiebegeisterung hatte finden und im Zaumel des Leichens erkennen wollen.

Mein bewegtes Gemüth sehnte sich nach einigen Wochen der Angst und des Gräbelns gewaltig, die Heilige Schrift zu lesen. Keiner meiner vielen Bekannten, auch Wüchtersammler, die große Bibliotheken besaßen, hatte dies Buch in seinem Haushalt. Ich schämte mich, daß auch ich es nicht bedurfte. Seitdem war dieser Schatz mein treuer Gefährte auf der Reise. Ich las in einsamen und geweihten Stunden, und mir geschah, was jedem Durstenden begegnen wird, der noch der Demuth fähig, in dem jene Hingebung noch nicht ganz abgestorben ist, die freilich nicht fehlen darf, damit das geistige Wort nur erst im brachliegenden Herzen Wurzel fassen kann. Glauben! dies oft angefochtene, bestrittene, vielfach erklärte Wort. O wer ihn erlebt hat, in wem er mit seiner Kraft aufgegangen ist, der wird nicht darüber streiten. Ich konnte mich der Offenbarung, dem Glauben nicht entziehen, so siegend zogen die Worte, Bilder, Reden aus dem aufgeschlagenen Evangelio im Waffenschmuck unüberwindlich glänzend durch meine Seele, und alle meine Kräfte wurden die Gefangenen der ewigen Liebe und waren nun im Dienst, in der süßen Sklaverei glücklich und selig. Arm und geringe dünnte mir meine frühere Empörung gegen den Herrn, und meine abgewendete Verachtung verstand nicht mehr das Ueberne meiner früheren Weisheit. Meinen doch so viele, Glauben, Demuth, das Vergehen im Herrn sei Erddichtung unserer Kräfte, ja der Denkfähigkeit; und zürnend oder zitternd entziehen sie sich deshalb jenem Werke der Wiedergeburt, daß sich auch wohl zuweilen ihren tauben Herzen aus der Ferne ansagen läßt. Die Armen! dieser gefürchtete Glaube würde erst

ihre Fähigkeiten zu Kräften erhöhen und neue Lichter und Flammen in ihrem Geiste anzünden. Ohne ihn, den offenbaren Christus, kein Sinn im Tiefen, kein Geist in der Geschichte, kein Trost in der Natur und keine Eigenthümlichkeit in unserem Sein. Kunst, Liebe, Scherz sind dem, der ihn besitzt, erst freie Spiegeloffen. Wie heiter, süß, ja taumelnd und muthwillig, frohlich und lachend scheint das Christenthum durch alle echten Werke der neueren Kunst, wie selig und wohlbehaglich sind sie, wenn in der Großheit und Fülle der alten Welt doch wie ein Geist sanfter Schwermuth über die Lust der Begeisterung hinstricht wie die kalte Wolke auf Augenblicke über die schöne Landschaft im Frühlingsglanze.“

Der Alte hielt inne und Edmund sagte: „O wie gerne höre ich Ihnen zu und erinnere mich dabei aller Empfindungen und Erfahrungen meiner stürmenden Jugend.“

„Was ich früher von mir gestohlen hatte“, fuhr der Alte fort, „war jetzt das nächste Bedürfnis meiner Seele, denn ich fühlte, wie eine christliche Gemeinde in gesammelter Erbauung den Einzelnen stärken und erheben müsse. So besuchte ich die Kirchen und wollte mich dem Gottesdienste meiner Partei anschließen. Aber, sei es nun, daß mein Gemüth zu sehr aufgeregt war, oder daß ich immerdar an die Unrechten gerieth, mir schien, daß allenthalben die Kirche aus der Kirche hinausgedrängt würde. War doch allen ihre Aufklärung und knappe Philosophie lieber als das Wort des Herrn, schämten sie sich doch alle Christi und verleugneten ihn in künstlich gesponnenen Phrasen, deuteten ihn um, um ihn sich und ihren schwachen Bedürfnissen näher zu bringen, als mühten er und die Jünger etwa als Kirchendiener und Küster ihrer erleuchteten Zeit untergeben sein.“

Sinn des Wortes, verlangen. Ob diese Gesellschaft im Namen Gottes auf Menschen schießt, die sich mit ihren Praktiken nicht einverstanden erklären oder eine unrichtige Uniform tragen — ob sie im Namen der Vaterlandsliebe und der „nationalen“ Interessen das Vaterland vertheidigt, Chamaden in Fanfaren ertönen läßt, Millionen züchtet und zu diesem Behufe das Volk austraut — oder ob sie unter dem Giftbaum der Börse und unter dem Merkursfuß des bürgerlichen Geschäfts und Verkehrs mit „erlaubten Lügen“ den Mitmenschen überwehlt, ausplündert — es ist immer dieselbe Moral, welche Morallosigkeit ist — die Moral der kapitalistischen Gesellschaft, die Moral des Individualismus, der das Ich auf den Thron hebt, und dem Ich alles andere — Menschen und Dinge — unterthan macht.

Was die heutige Welt in ihren Schulen als Moral lehrt: das Aufgehen des Ich im Ganzen, Menschlichkeit, Wahrhaftigkeit, Gerechtigkeit — das ist nur für die Theorie, nicht für die Praxis. Wer es in Handlungen umsetzen will, der stößt bald mit dem Kopf an die Mauer der Verhältnisse, oder an die Hellenwand des Gefängnisses, wo nicht des Irrenhauses. Der Kapitalismus muß fallen, ehe die Moral aufhören kann entweder jynische Frechelei zu sein oder gemeine Spitzbubenmoral.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Oktober.

Der Reichstag. Ein Beschluß über den Termin der Einberufung des Reichstages ist nach der „Kreuz-Ztg.“ noch nicht gefaßt. Man nehme jedoch an, daß dem in den nächsten Tagen des Novembers zusammentretenden Reichstage noch vor dem Etat die Handelsverträge mit Spanien, Rumänien und Serbien zur Beschlußfassung unterbreitet werden sollen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt offiziell, daß eine spätere Einberufung des Reichstages, als sonst üblich, nicht zu gewärtigen ist.

Fraktionen. Gerüchte gehen um und werden demontirt, daß der preussische Ministerpräsident wegen Differenzen mit dem Reichskanzler zurückzutreten beabsichtige. Mag dies auch für den Moment nicht der Fall sein, so wird doch früher oder später einer von beiden weichen müssen, da auf die Dauer auf eine volle Einigkeit zwischen Eulenburg und Caprivi nicht gerechnet werden kann und ein Gegenarbeiten der Leiter der preussischen und Reichspolitik das Staatsgeschiff ins Schwanken bringen würde, was jedenfalls zu argen Differenzen betreffs der Instruirung der preussischen Bevollmächtigten im Bundesrath führen muß.

Der Weinsteuer-Gesentwurf wird von der „Frankf. Ztg.“ veröffentlicht. Der Text ist als richtig zu betrachten, da weder der „Reichs-Kreuziger“ noch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ der „Frankf. Ztg.“ ein Tement entgegenzusetzen. Wir heben aus dem Entwurf das Folgende hervor:

Gegenstand der Besteuerung ist der zum Verbrauch im Zollgebiet bestimmte Naturwein, Schaumwein und Kunstwein.

Steuerpflichtig ist der Kleinhändler oder der Verbraucher. Die Steuerpflicht tritt ein, wenn der Wein vom Auslande oder vom inländischen Hersteller — dem Produzenten — oder von dem Großhändler an den Kleinhändler oder Verbraucher übergeht. Kleinhändler ist, wer Wein auch in Mengen von weniger als 10 Liter verkauft oder wer Wein zum Kaufmann bringt.

Von der Besteuerung sollen befreit sein: der Verbrauch der Produzenten im eigenen Haushalt, sowie für die von ihnen im landwirtschaftlichen, nicht auch im gewerblichen Betrieb beschäftigten Personen, a) an selbsthergestellten Weinen aus Trauben, Trester, Obst oder Beeren, welche von ihnen auf eigenem oder gepachtetem Boden gewonnen sind, b) an selbsthergestelltem Schaumwein und Kunstwein, sofern die Herstellung auf diesen Gebrauch beschränkt bleibt und der Hersteller nicht Weinhandlung, Wein- und Kommunionwein, Wein zu Essig- und Brauntweinbereitung, unentgeltliche Weinproben von kleiner Menge.

Die Weinsteuer soll in Prozenten des Werthes des Weines festgesetzt werden und soll betragen: Bei Naturwein . . . vom Werth, bei Schaumwein . . . vom Werth, bei Kunstwein . . . vom Werth, mindestens aber Mark . . . vom Hektoliter.

1. Als Werth gilt der Kaufpreis, welchen der Kleinhändler oder Verbraucher zu zahlen hat. Bei ausländischen Weinen ist

der Zoll, nicht aber auch Fracht und Spesen zugurechnen. Wenn der Werth der Fässer oder Flaschen unter dem Kaufpreis begriffen ist, diese Umhüllungen aber zurückgegeben werden, so kann der Werth in Abzug gebracht werden. 2. Zur Angabe des Kaufpreises eventuell zur Vorlage der Fakturen ist der Steuerpflichtige verpflichtet. Beim Bezug aus dem Inlande hat auch der Verkäufer in der Verkaufsanzeige den Kaufpreis anzugeben. Auch von dem Vermittler des Kaufgeschäftes kann die Angabe der Kaufpreise gefordert werden. 3. Liegt ein Kaufgeschäft nicht vor, so hat der Abgeber des Weines als Werth denjenigen Preis anzugeben, welchen er beim Verkauf desselben Weines in Mengen von 10 Liter aufwärts erzielt, oder mangels eines solchen Preises denjenigen Preis, welcher für gleichartigen Wein im Großverkauf erzielt wird. 4. Hat die Steuerbehörde gegen die Richtigkeit der Angaben Bedenken oder werden die Angaben unterlassen, so ist der Steuerberechnung zu Grunde zu legende Preis und Werth durch die Steuerbehörde, erforderlichen Falles nach Anhörung von Sachverständigen festzusetzen.

1. Die Steuer ist von dem Steuerpflichtigen binnen drei Tagen nach Mittheilung des Betrages zu entrichten. Für den von dem Kleinhändler oder Verbraucher aus dem Auslande bezogenen Wein ist die Steuer bei der Eingangszollverpflichtung oder bei der Aufschreibung des Weines auf eigenen Hektoliter zu entrichten. 2. Hersteller und Großhändler haben denjenigen Wein, welchen sie aus ihren unversteuerten Weinvorräthen zum Verbrauch in ihrem Hause entnehmen, sofern sie nicht Steuerfreiheit des Hausbrauchs genießen, vor der Entnahme in einem nach vorzuschreibendem Muster zu führenden Buch anzuschreiben und am Schlusse eines jeden Vierteljahres zur Besteuerung anzumelden. Nach Uebereinkommen mit der Steuerbehörde kann die Besteuerung auch im Wege der Abfindung erfolgen. 3. Für den von anderen Herstellern oder Großhändlern zum Hausverbrauch bezogenen Wein haben sie die Steuer beim Empfang zu entrichten. 4. Der Wein aus nicht selbsthergestellten Trauben ausschließlich für den Verbrauch in seinem Hause bestellt, hat den hergestellten Wein binnen 48 Stunden nach beendeter Herstellung anzumelden. 5. Bei Kleinhandlern ist bei Sicherstellleistung Stäubung zulässig. 6. So lange der Wein auf einer öffentlichen Niederlage oder einer unter Mitwirkung der Steuerbehörde stehenden Privatniederlage sich befindet, braucht die Steuer weder bezahlt, noch sichergestellt zu werden. 7. Die näheren Bestimmungen über diese Niederlagen trifft der Bundesrath.

1. Naturwein, dessen Werth beim Eintritt der Steuerpflichtigkeit . . . M. für den Hektoliter nicht übersteigt, wird zwar für Rechnung des Reiches nicht besteuert, unterliegt aber den in diesem Gesetze gegebenen Vorschriften über die steuerliche Kontrolle und Werthermittelung. 2. Den Bundesstaaten bleibt es überlassen, den vom Reiche nicht besteuerten Naturwein, soweit derselbe innerhalb ihres Gebietes an den Kleinhändler oder Verkäufer übergeht, mit einer Landessteuer zu belegen, welche 15 pCt. vom Werth des Weines oder . . . Pf. für das Liter nicht übersteigen darf. 3. Der von dem Reiche besteuerte Wein darf seitens der Bundesstaaten in keiner Form mit weiteren Steuern belegt werden. Doch ist es zulässig, Wein, welchen ein Kleinhändler oder Verbraucher von einem Kleinhändler bezieht, der Landessteuer dann zu unterwerfen, wenn der vom Bezieger zu zahlende Kaufpreis . . . Mark nicht übersteigt. 4. Die Erhebung einer örtlichen Verbrauchsabgabe von Wein kann den Gemeinden gestattet werden. Diese Abgaben dürfen für den Reichsbesteuerung unterliegenden Wein im Falle der Besteuerung nach dem Werthe ein Fünftel der Steuerhöhe, andernfalls den Betrag von 3 Pf. für das Liter nicht übersteigen. Für den der Reichsbesteuerung nicht unterliegenden Wein können diese Abgaben bis zur Höhe von 15 pCt. des Werthes oder . . . Pf. für das Liter erhoben werden, sofern unter Hinzurechnung der Landessteuer die Belastung des Weines 18 pCt. vom Werthe oder . . . Pf. für den Liter nicht übersteigt. Soweit von den Gemeinden höhere Abgaben bereits gegenwärtig erhoben werden, dürfen dieselben bis zum 31. Dezember 1898 erhoben werden.

1. Der Weinhandel betreiben, Schaumwein — abgesehen von dem oben unter Ziffer 5, 1b berührten Fall —, Kunstwein oder Wein aus nicht selbst erzeugten Trauben, Trester, Weindese, Obst oder Beeren herstellen will, hat vor Beginn des Betriebes denselben schriftlich bei der Steuerbehörde anzumelden. 2. Für den Kleinhändler und Hersteller von Schaum- und Kunstweinen sind in Absicht auf Betrieb und Lagerraum noch weitergehende Bestimmungen vorgesehen. 3. Weinbauern, welche Wein in solcher Menge von den Betriebs- oder Lagerstätten eines Kleinhändlers herstellen oder lagern, daß der Wein ohne Verührung einer offenen Straße in diese Räume verbracht werden kann, können von den Direktionsbehörden besonderer Kontrolle unterworfen werden. 4. Die Weinvorräthe der Hersteller und Weinhändler — Großhändler und Kleinhändler — stehen unter allgemeiner Steueraufsicht und können henzurechtliche Revisionen der Lager vorgenommen werden. Die auf die Herstellung, Erwerbung und Veräußerung

von Wein sich beziehenden Geschäfts- und Handlungspöcher und Geschäftspapiere sind auf Verlangen den Oberbeamten der Steuerverwaltung vorzulegen. 5. Wollen Hersteller oder Großhändler den Verkauf in Mengen von weniger als zehn Liter betreiben, so müssen sie zuvor ihre unversteuerten Weinvorräthe, demnach auch den an sie übergehenden unversteuerten Wein, sowie den von ihnen hergestellten Wein versteuern. Wenn Kleinhändler Wein bestellen, haben sie den hergestellten Wein binnen 48 Stunden nach beendeter Herstellung zur Besteuerung anzumelden. Für gewisse Fälle, sodann ganz allgemein für den Ankauf und Kleinverkauf der Weinproduzenten sind Erleichterungen zulässig.

Die Kleinhändler einschließlich der Wirthe haben beim Inkrafttreten des Gesetzes der Steuerbehörde des Bezirkes die Menge und den Werth ihrer im freien Verkehr befindlichen Vorräthe zum Zwecke der Nachbesteuerung anzumelden. Die Vorräthe der Verbraucher unterliegen der Nachsteuer nicht, müssen aber versteuert werden, wenn solche später an einen Kleinhändler oder Verbraucher abgegeben werden.

Die Höhe der Besteuerung wird nicht mitgetheilt, darüber dürfte sich die heute zusammentretende Konferenz der Finanzminister der weinbauenden Staaten erst einigen.

Zu einem abschließenden Urtheile über die Weinstener genügen die vorliegenden Angaben nicht. Aber das Reich, Staat und Gemeinden zum Theil nebeneinander den Wein in Zukunft besteuern können, zeigt, daß große Vertheuerungen des Weines durch die neue Steuer zu gewärtigen sind. Unseren prinzipiellen Standpunkt den Steuerprojekten gegenüber kennen unsere Leser.

Offizielle Schönfärberei. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ stellt in ihrer Sonntags-Nummer eine Berechnung an, wonach die Zigarrenpreise nach ihrer Meinung nicht wesentlich erhöht werden, ihr scheint es nämlich gleichgültig zu sein, ob die bisherige 4 Pfennig-Zigarre künftig zu mindestens 5 Pf., die bisherige 5 Pfennig-Zigarre zu 6 oder 7 Pf. verkauft werden wird. Die Arbeiter, welche entweder billige Zigarren oder gar keine rauchen können, werden dadurch nicht getrübt, daß die bisherige 10 Pfennig-Zigarre in Zukunft 13 Pf. kosten wird. Wir sind durch die Veröffentlichungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ nicht beruhigt, sondern in unseren Besorgungen aufs entschiedenste bestärkt. Sicherlich ist die Rechnung des offiziellen Blattes von Schönfärberei nicht frei und somit eine noch stärkere Vertheuerung zu gewärtigen.

Die Tabakarbeiter und Tabakhändler haben daher allen Anlaß in der Agitation nicht zu erlahmen und alles daran zu setzen, daß die ganze öffentliche Meinung sich dagegen wehrt, daß Zehntausende fleißige Hände zur Unthätigkeit verurtheilt werden und daß Millionen der Genuß des Rauchens unmöglich gemacht werde.

Neue Militärforderungen. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ schreiben:

Die Vertheidigung der Ost- und Nordseeküsten sowie die Befehung der Küstenforts und Strandbatterien, welche bisher der Inspektion der Infanterie unterstanden, sollen in Zukunft der Inspektion der Marine-Artillerie unterstellt werden, wodurch der Vortheil erzielt wird, daß im Artilleriekampfe diese Vertheidigungsobjekte gegen die feindlichen Kriegsschiffe als die ausschließlich in Frage kommenden Angreifer eine bessere und sichere Feuerleitung von den bei den Matrosenartillerie-Abtheilungen kommandirten See-Offizieren erwartet werden kann, als von den auf den Kampf zur See und die Vertheidigung der Distanz- und sonstigen Verhältnisse nicht eingewöhnten Offizieren der Infanterie. Da auch das Minenwesen in der kaiserlichen Marine der Inspektion der Marine-Artillerie unterstellt ist, und daher bei der Belegung von Küstenforts und Strandbatterien durch Mannschaften der Matrosenartillerie diese gleichzeitig in der Lage sind, die in der Nähe gelegenen Flußmündungen und sonstige geeignete Landungsplätze für eine feindliche Flotte durch Anlegen von Minenwegen, Hafensperren u. s. w. zu schützen, so hat diese Anordnung einen weiteren in die Augen springenden Vorzug. Es hat bereits die Vermehrung der Matrosenartillerie um eine Matrosenartillerie-Abtheilung stattgefunden und deren Vergrößerung ist für die nächste Zeit abzuwarten.

Zu den Ablemungen der offiziellen Presse betreffs der Militärforderungen für den Marine-Stat passen diese Meldungen wie die Faust auf's Auge.

Der Fall Gradnauer. Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ schreibt:

Gemisse Dr. Gradnauer ward Freitag Abend auf Antrag des Militärbehörden verhaftet und zur Untersuchung in das Militärgefängniß (Bericht der dritten Infanteriedivision Nr. 12) abgeführt. Gradnauer wurde sofort wieder militärisch eingeliefert. Heute Mittag ward eine Hausungung in der Redaktion unseres Blattes, speziell im Arbeitszimmer Gradnauer's, statt.

Es ist uns unerfindlich, wie ein Zivilist, ohne je eine Strafe in seinem militärischen Verhältnisse erlitten zu haben, plötzlich von der Militärbehörde verhaftet werden kann. Seine Dresdener Freunde sind sich über den Anlaß der Verhaftung auch vollständig im Unklaren.

In später Abendstunde geht uns noch folgender eigener Drahtbericht aus Dresden zu:

Gradnauer ist noch nicht aus der Haft entlassen. In der Redaktion, sowie in der Wohnung Gradnauer's wurde am Sonnabend seitens der Kriminalpolizei Hausungung gehalten. Das Militärgericht verweigert auch dem Rechtsanwalte jede Auskunft über die Gründe, welche zur Verhaftung geführt haben. Es ist bisher unmöglich zu beurtheilen, ob das militärische Strafverfahren gegen Gradnauer gesetzlich begründet werden kann.

Knobeln! Das elendeste aller Wahlsysteme führt zu wirklich verächtlichen Konsequenzen, die jedem rechtlich denkenden Manne ein Mitwirken bei der Wahl unmöglich machen müssen. Ist es doch in Kiel schon soweit gekommen, daß um Landtagsmandate geknobelt wird, wie um eine Weiske. Die Konservativen und Nationalliberalen haben ein gemeinsames Vorgehen bei dem bevorstehenden Wahlsysteme verabredet, beide möchten aber gerne ihren speziellen Kandidaten durchgedrückt sehen. Da trotz vieler Bemühungen eine Einigung nicht zu stande kam, machten die Nationalliberalen allen Ernstes dessen sie fähig sind, den Vorschlag, zwischen den beiden aufgestellten Volksvertretern den Knobelbecher entscheiden zu lassen. Die Konservativen haben dieses günstige Anerbieten zurückgewiesen, wahrscheinlich weil sie wissen, daß beim Knobeln des öftern auch — gemogelt wird. Wie die amüsante Geschichte enden wird, weiß zur Zeit noch niemand. Schließlich wird wohl doch der Knobelbecher die letzte Zukunft sein. Vielleicht bescheert uns dann der glückliche Gewinner (oder Gewonnene) einen Antrag, das preussische Landtags-Wahlrecht durch eine allgemeine Lotterie oder Knobel-

Ich wußte wohl, daß jeder gläubige Zuhörer und Laie selbst Priester sein müsse, um durch eigene Kraft das Unwürdige in das Würdige zu verwandeln; aber alle meine Lebensgeister sanken in der Umgebung zu Boden, der schreiende Gesang betäubte mich, und das Ganze ließ mich leer und brachte mich fast wieder einer ungläubigen Verzweiflung nahe. Unbillig von meiner Seite war es gewiß, daß ich verlangte, alle sollten die Trunkenheit meines neugepflanzten Weinbergs theilen. Ich mußte noch erst erfahren, daß Schwärmerei und über das Maß hinaus schreiten noch schlimmer sei, als kalt und ohne Empfindung unter diesem Maße bleiben.

Ich setzte meine Kiste fort und zankte unterwegs viel mit meinem Begleiter, einem schon alten Bekannten, der alle meine Empfindungen weder theilen konnte noch mochte. So kamen wir nach Rismes, und hier wollte mein Schicksal, daß ich lange dort bleiben, daß sich mein ganzes Leben bestimmen, völlig erwachen und beschließen sollte.

„Mein Begleiter, ein gewisser Bacoste, machte mich in einem Hause bekannt, wo neue Gefühle meiner warteten, um mich ebenso sehr zu quälen, als zu befehlen.“

„Bacoste“ rief Edmund aus, „sollte vielleicht derjenige — doch fahren Sie nur fort, alter Freund, ich irre mich vielleicht.“

„Mein damaliger Freund“, sagte der Geistliche, „war groß und stark, ein schöner Mann in jedem Sinne des Wortes, gefühlvoll und gut, aber leichtsinnig und aller Religion ebenso fern, als ich es noch vor kurzem gewesen war. Dieser Freund machte mich in dem Hause einer würdigen Magistralperson bekannt, welches bald, da der würdige Mann und seine treffliche Gattin mich so freundlich aufnahmen, mein täglicher Aufenthalt wurde. Sie hatten einen Sohn, einen trefflichen Jüngling, dessen Schwärmerei ihn bald zu meinem Vertrauten machte, denn so wie jener Bacoste alle religiösen Gefühle bestritt, so hegte sie der junge Beauvais leidenschaftlich und mochte und wollte nur in und für Religion leben: der eifrigste

Verfechter seiner katholischen Partei, den ich nur jemals habe kennen lernen.“

„Dummel!“ rief Edmund aus, „so sind Sie, alter Mann, der Edmund Watelet, von dem ich, als seinem lieben Jugendfreund, den Parlamentsrath so oft habe reden hören?“

Es entstand eine lange Pause. — „Freilich wohl,“ sagte der alte Priester, indem er seine Thronen trocknete, „wird der junge schwärmerische Beauvais jetzt ein alter Mann sein; bin ich ja doch auch alt geworden! Jawohl, daß es eine Zeit giebt, an die unser Herz immerdar nicht glauben will, das ist es ja allein schon, was das Leben eines jeden von uns zum seltsamen Gedicht, zum wunderbaren Märchen erhebt. Also er lebt noch? Sie kennen ihn? Ach, theurer Ritter, Sie selbst sehen ihm sehr ähnlich. Das ist ja eben der Zauber, der mich gleich so unauf löslich an Sie gebunden hat.“

Edmund erzählte von seinem Vater, aber so bewegt er war, so war es ihm doch jetzt unmöglich, sich als dessen Sohn erkennen zu geben.

Nach einer Weile, in welcher sich der alte Mann von seiner Erschütterung wieder hatte erholen müssen, fuhr er gesammelt fort; „Was das elterliche Haus meines jungen Freundes für mich zu einem wahren Paradiesgarten umbildete, war die Gesellschaft junger und reizender Frauenzimmer, die sich dort versammelten. Er selbst war mit einem schönen Mädchen versprochen und sah mit Sehnsucht der Vereinigung mit ihr entgegen. Seine Lucie war ebenso gestimmt wie er selber, und alles, was sich den beiden näherte, stieß mehr oder minder in ihr Wesen hinüber und löste in den begeistertsten Hymnis ein. Der alte Beauvais lächelte nur über das hochgespannte Wesen der jungen Leute, denn ob er gleich selber fromm war, so hatte er doch eine Furcht vor jeder Uebertreibung. Und dieser fromme Zauber erschien ihm als solche.“

(Fortsetzung folgt.)

partie zu erfassen. Schlechter könnte der Landtag kaum dadurch werden.

In den sächsischen Landtagswahlen sind noch einige Einzelheiten nachzutragen. An neuen Sitzen errangen wir Dresden V (Gen. Bruner, Dresden); Leipzig IV (Gen. Pinkau, Leipzig) und Zwickau-Land (Gen. Horn, Zwickau). Den letzteren Sieg haben unsere Gegner garnicht vernuldet, das gehen sie offen ein. Bei der vorigen Wahl waren 578 sozialistische und 1243 konservative Stimmen abgegeben, jetzt stehen den 1252 konservativen Stimmen 1868 sozialistische gegenüber. Unsere Genossen haben infolgedessen einen guten Griff gethan, als sie in dem fast ausschließlich aus Bergarbeitern bestehenden Kreise den Bergarbeiter Horn aufstellten. — In Dresden wurde uns der Sieg erleichtert dadurch, daß die Antisemiten den Konservativen verdrängen wollten. 1887 stonden sich 749 sozialistische und 2026 konservative Stimmen gegenüber; heut ist der Drei zerlaufen und haben wir 1457 antisemitische und 749 konservative Stimmen zu verzeichnen, denen 1540 sozialistische gegenüberstehen. — Die Leipziger Resultate gaben wir bereits und erübrigt sich nur noch die Gegenüberstellung der vorigen Wahl. In den drei Leipziger Kreisen wurden bei der vorigen Wahl 5591, sozialistische und 6624 Stimmen für das Kartell abgegeben; jetzt haben wir 10565 sozialistische und 6895 Stimmen für die Kartellparteien zu verzeichnen. — In Chemnitz waren die Antisemiten im ersten Kreise infolgedessen glücklicher als in Dresden, da sie die Kandidatur allein behielten. Die Nationalliberalen, Konservativen, Fortschrittler zogen ihren zuerst aufgestellten Kandidaten zurück, als die Antisemiten keine Miene machten, zurückzuweichen. Die Chemnitzer Ordnungsbücher sind von je her große Felder im Retziren gewesen. Bei der vorigen Wahl 1889 einigten sich die Konservativen und Nationalliberalen auf einen freisinnig-fortschrittlichen Kandidaten, jetzt nimmt man zur Abwechslung einmal einen „gemeinamen“ Antisemiten. 1889 wurden 4289 kartellistische und 8207 sozialistische Stimmen abgegeben. Jetzt stellt sich das Verhältnis 3874 zu 3270. — Im 2. Wahlkreise behaupteten wir unseren Sitz mit 3082 gegen 1919 Stimmen, die auf denselben Antisemiten fielen. In Chemnitz haben wir eine kleine Stimmenabnahme zu verzeichnen (in beiden Wahlkreisen einige hundert Stimmen), die Gegner verloren indes ca. 900 Stimmen. Die abgegebenen freisinnigen Stimmen lassen wir hier außer Rechnung, weil sie sich nicht zum Kartellbündel verstanden und in beiden Kreisen eigene Kandidaten aufstellten, die einige hundert Stimmen erhielten. — An wesentlichen Stimmenzunahmen sind noch folgende sächsische Wahlkreise zu bemerken:

	Sozialdemokraten	Gesamtgegner
	1893 vor. Wahl	1893 vor. Wahl
Zwickau (Oschah)	1214	2729
Burgau-Oschah	1476	1726
Meerane u.	1773	1873
Wplau	1147	1826

In den ländlichen Wahlkreisen, der Hauptdomäne der Konservativen, hatten wir, was vielfach gar nicht in Betracht gezogen wird, einen ganz besondern Erfolg. In den zur Wahl stehenden 15 Kreisen liegt unsere Stimmenzahl von 8868 auf 9095; die Konservativen, durch unsere Agitation angefeuert, brachten es von 18901 auf 24003 Stimmen. Bei der vorigen Wahl hatten wir nur in 5 ländlichen Kreisen Kandidaten aufgestellt und hier vermehrten sich dieselben in einigen Kreisen ganz gewaltig:

	Sozialdemokratie	Kartell
	1893 vor. Wahl	1893 vor. Wahl
Bergau-Markranstädt u.	729	2084
Leipzig-Land	2533	1217
Zwickau-Land	1903	1232
Glauchau-Land	1038	1827
Meerane-Land	1228	1797

In den übrigen 10 Wahlkreisen, wo wir zum ersten Male mit Kandidaten in die Öffentlichkeit traten, errangen wir den Achtungserfolg von 1684 Stimmen. Und da fast alle unsere Gegner noch, das die Agitation auf dem Lande nicht von Erfolg begleitet gewesen sei. — Wägen sie in diesem Wahne verbleiben, bis das „Dach zu bröckeln anfängt“.

Im Anschluß hieran wollen wir einen Fehler berichtigen, der sich in der Sonntagsnummer in der Notiz über die sächsischen Landtagswahlen eingeschlichen hat. In der erläuternden Fußnote 2. Seite, 1. Spalte müssen die letzten Worte umgestellt werden und der (selbständige) Satz folgendermaßen lauten: „Alle zwei Jahre scheidet ein Drittel der Abgeordneten aus.“

Ueber unseren Wahlsieg in Lörrach liegt folgende Meldung vor: In Lörrach-Stadt sind 34 sozialdemokratische und 17 freisinnige Wahlmänner gewählt. Das Abgeordnetenmandat geht also an unseren Genossen Straßenmeister Stegmüller über. —

Die Braunschweigischen Landtagswahlen sind auch gegenwärtig im Gange. Das braunschweigische Wahlgesetz übertrifft noch das elendeste aller Wahlgesetze. Von den 46 Abgeordneten werden 21 durch die Höchstbesteuerten, 8 durch die Geistlichkeit ernannt und nur 10 resp. 12 durch die Städte- und Landgemeinden in indirekter allgemeiner Wahl nach dem Dreiklassen-System gewählt. Auf die Stadt Braunschweig fallen 4 Abgeordnete. Die Wahl erfolgt in folgender Weise. Die wahlberechtigten Bürger wählen nach dem Dreiklassen-Wahlssystem 72 Wahlmänner und diese 72 wählen zusammen mit den 36 Stadtverordneten und den 8 Magistratsmitgliedern die Abgeordneten. Am letzten Sonnabend wurden die Wahlmänner-Wahlen beendet und die geringe Beteiligung an denselben zeigt, daß selbst unsere Gegner — unsere Parteigenossen nahmen selbstverständlich nicht an der Wahl Theil — diese Art Wahlssystem für ein Poffenspiel betrachten. Es wählten

in der 1. Abtheilung von 163 Wahlberechtigten 18, „ 2. „ „ 884 „ 76, „ 3. „ „ 9235 „ 166, also insgesamt von 10282 Wahlberechtigten übten nur 200 ihr Stimmrecht aus. —

Die Sozialdemokratie und die Religion. Unter diesem Titel veröffentlicht die „Kölnische Volks-Zeitung“ einen Leitartikel, aus dem wir hervorheben wollen, daß das Zentrumsorgan nun auch einsieht, daß die Bezeichnung der Sozialdemokratie als atheistisch nicht genügt, um ihre Werbekraft zu vermindern. Das Blatt schließt seine Ausführungen mit folgenden Sätzen: „Mit dem Heben gegen die Sozialdemokratie und ihre Gottlosigkeit ist es keineswegs gethan. Ganz besonders muß auf das peinlichste alles vermieden werden, was danach aussehen könnte, als werde Glaube und Religion benutzt, um dem Kapitalismus Dienste gegen die Arbeiter zu leisten. Es geschieht ohne Zweifel recht häufig, wobei Dingen, welche es thun, sich dessen gar nicht bewußt sind, sondern allen Ernstes glauben, sie vertheidigten die Autorität und Ordnung.“

Alles Predigen wird aber nicht helfen, Bourgeois bleibt Bourgeois und jedes Mittel, auch Religion und Glaube, ist ihm gerade gut genug, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. —

Rechtlosigkeit der Dienstboten. Aus Wriegen wird uns geschrieben:

Ein Landrath hatte sein Dienstmädchen wegen eines Wortwechsels mit seiner Ehefrau mit einem Möbelaufklopper derartig geschlagen, daß diese acht blutunterlaufene Striemen auf dem Rücken hatte und dieses auch durch einen Arzt attestirt wurde. In der Verhandlung trat nun der Amtsanwalt den anwesenden Arzt, ob hierbei das Züchtigungsrecht überschritten sei. „Part an der Grenze“, war die Antwort —, dann beantragte ich die Freisprechung, sagte hierauf der Herr Amtsanwalt, und der Gerichtshof erkannte demgemäß.

Und diese Dienstboten-Ordnungen vertheidigt die Bourgeoisie aller Richtungen. Bloss die Sozialdemokratie bekämpft sie und fordert ihre vollständige Abschaffung. Statt über die Dienstboten zu schimpfen, thäten die „Herrschaffen“ besser, vor ihrer eigenen Thüre zu lehren. —

Anderes wird nun geklebt. Die Minister des Innern, sowie für Handel und Gewerbe versenden soeben an die Oberpräsidenten das nach den Beschlüssen des Bundesraths vom 6. Juli d. J. abgeänderte Formular zur Quittungskarte für die Invaliditäts- und Altersversicherung.

Dasselbe unterscheidet sich von dem bisher gültigen Formular in folgenden Punkten: 1. Unter der Bezeichnung der Ausgabe ist ein Vermerk vorgesehen, um den Ausgabeort, bei denen Listen über die von ihnen ausgestellten Quittungskarten geführt werden, die Eintragung der entsprechenden Listennummer des Versicherten zu ermöglichen. Da, wo Listen nicht geführt, ist dieser Vermerk zu durchstreichen. 2. Unter dem Ausgabeort sind die Worte: „Verwendbar für die Zeit bis zurück zum...“ eingefügt worden. Hierdurch soll erreicht werden, daß Marken an die Quittungskarte für einen Zeitraum aufgenommen werden können, der vor dem Datum der Ausstellung der Karte liegt. Die Nothwendigkeit, dies zu ermöglichen, ergibt sich z. B. in den Fällen, wo die Versicherungspflicht erst nachträglich festgestellt, oder die Ausstellung der Karte aus Nachlässigkeit verzögert, oder der Umtausch der Karte versäumt worden ist. Die Ausfüllung dieses Vermerks hat nur auf Antrag des Versicherten und nur dann zu erfolgen, wenn in die Karte für die Zeit vor ihrer Ausstellung Marken einzuliefern sind. Das Vermerk ist, sofern er nicht ausgefüllt werden soll, bei Ausstellung der Karte zur Verhütung etwaiger Mißbräuche zu durchstreichen. Auf die Gültigkeitsdauer der Karte hat der Vermerk keinen Einfluß; diese richtet sich in allen Fällen vielmehr nach dem Datum der Ausstellung. 3. Zur genaueren Bezeichnung des Inhabers der Karte soll außer dem Vor- und Zunamen auch dessen Wohnort, und bei Frauen deren Geburtsname eingetragen werden. Die Rückseite der Karte ist ferner durch einen Vermerk über die Entwertung der Marken vervollständigt, während die Anordnung über das Einlegen der Marken in anderer Form in die Innenseite der Karte übertragen ist. 4. Die Fißern in den Feldern der Innenseite der Karte sind beseitigt, die Felder dagegen auf 55 vermindert, um bei Kalenderjahren, in denen Marken für 55 Wochen zu verwenden sind, die Einlegung in eine Karte zu ermöglichen, und um die Verteilung des Umtauschgeschäfts über das ganze Jahr thunlichst zu befördern. 5. Endlich ist der Vermerk in dem Kreise für den Stempelabdruck auf der Außen- und Innenseite der Karte als Umschrift angebracht, weil nach den bisherigen Erfahrungen in diesen Fällen die Erkennbarkeit des Stempels durch den Vermerk innerhalb des Kreises gefährdet worden ist.

Uebrigens ist es gestattet, zunächst die bisherigen Formulare auszubrauchen.

Soldat nebenfächliche Aenderungen werden die Sympathie für dieses Gesetz nicht heben. Gründliche Aenderung wird allseitig gewünscht, so von einer großen öffentlichen Versammlung von Handwerksmeistern und Gewerbetreibenden, die Freitag Abend in Keller's Hofsaal tagte. Diese hat, den in einer Versammlung vom 14. August gegebenen Anregungen folgend, nahezu einstimmig beschlossen, den Reichstag zu ersuchen:

1. Das Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz durch das sich der Mittelstand, ohne für sich selbst gesorgt zu sehen, in schwerster Weise belastet fühlt) dahin abzuändern, daß die Beitragszahlungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer ganz aufgehoben, dafür aber von jedem Staatsangehörigen, je nach der Höhe seines Einkommens progressiv gesteigert, eine allgemeine Staatsrentensteuer zu erheben sei, und jedem bedürftigen Staatsangehörigen das Recht eingeräumt werde, mit dem sechzigsten Lebensjahre eine Staatsrente von mindestens 1 M. pro Tag zu beziehen. 2. Eine Verhelfung der bestehenden Kranken- und Unfallversicherungsklassen mit gleichmächtiger Berechtigung zum Bezuge des Kranken- und Unfallversicherungsbetrages durch alle Staatsangehörigen einzutreten zu lassen.“

Die Personalverhältnisse der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung sind in der neuesten Nummer der „Deutschen Postzeitung“, Organ des Verbandes deutscher Post- und Telegraphen-Assistenten“ (Nr. 20 vom 16. Oktober), einer scharfen Kritik unterzogen worden. Zur Kennzeichnung der Stimmung, die in den Postassistenten-Kreisen herrscht, genügt die Anführung folgender Sätze:

„Die bespöttelichen Bezeichnungen unseres Standes, gegen welche sich des Herrn Staatssekretärs Eryellens im Reichstage entschieden verwehrt, sind längst gäng und gäbe; ich könnte sie um eine gute Zahl ebenso schmeichelhafter ergänzen. Dieselben zeigen im Grunde genommen doch nur, was dem aufmerksamen Beobachter schon lange nicht entgangen, daß man nämlich in weiten Kreisen den Postbeamtenstand, und durchaus nicht nur den niederen, über die Achsel anseh“. Der Abgeordnete Volkraath nannte den Prozeß, so wie er die Assistenten betrifft, eine „fortschreitende Proletarisirung“. Ich weiß recht wohl, daß manche Kollegen, die auf den äußeren Schein viel halten, so etwas nicht gern hören. Aber warum das Ding nicht beim richtigen Namen nennen? Wir tragen doch keine Schuld daran! Auf die Angabe, daß im letzten Etatsjahre unter 57 000 angestellten Beamten und Unterbeamten 58 000 haben unterstützt werden müssen, kann ebenso wenig jemand von uns stolz sein. Und die Unterschlagungen so winziger Beträge, wie bei keiner anderen Klassenverwaltung, die satyam bekannte Verschuldung in unseren Kreisen reden auch eine deutliche Sprache.“

Wären die Zustände nicht so, wie sie in Wirklichkeit sind, wir hätten weniger liebedienliche, kriechende Elemente in unseren Reihen; bis auf den letzten Mann ständen alle längst hinter dem Verbanne.“

Der Verband zählt bereits über 4000 Mitglieder. —

Akademisches Denunziantenthum. Die Klique und Klique spielt nirgends eine größere Rolle als in den gelehrten Berufen, so in der Schriftstellerwelt und vor allem in den Universitätskreisen. Wer nicht zur Klique gehört, den läßt man nicht auskommen, dem versperren man alle Wege zum Fortkommen, man bekämpft ihn durch Anschwärzen, Verleumdungen und Denunzieren, was nicht hindert, öffentlich Freundschaft und Anerkennung zu heucheln. Meist handelt es sich um Schulstreitigkeiten, die uns nichts angehen, die wir daher die Herren vom Rathgeber ruhig selbst aussprechen lassen. Wenn wir ausnahmsweise von einem solchen Streite Notiz nehmen, so geschieht es, weil es sich um politisches Denunziantenthum handelt. Die

Denunzianten sind der Berliner Universitätsprofessor G. Schmoller, Mitglied des preussischen Staatsrathes, Historiograph der Mark Brandenburg und Herausgeber des Jahrbuches für Gesetzgebung etc. und sein Assistent Dr. Oldenberg, Privatdozent und Mitredakteur des Jahrbuches. Sie theilen sich standesgemäß in die Arbeit, der Professor denunziert einen Professor, der Privatdozent einen Privatdozenten, der Sympathie für sozialistische Anschauungen bekundet. Herrn Schmoller ist es trotz aller Anstrengungen nicht gelungen, den Wirtschaftshistoriker und Sozialstatistiker Karl Bücher an Stellen dritten und vierten Ranges verklümmern zu lassen, obgleich gegen ihn mehr als einmal ausgespielt wurde, daß er früher Redakteur der „Frankfurter Zeitung“ war und einmal bei einem Hoch auf Bismard als einziger sitzen geblieben sein soll. Nachdem er von den größten Universitäten Preußens als Professor vorgeschlagen war, aber stets von dem Unterrichtsminister nicht ernannt wurde, ist er endlich nach Bismard's Abgange von der Regierung an die Universität Leipzig berufen worden. Dies grämt den einflussreichen Professorenmacher Schmoller und um Bücher den Weg nach Berlin wenigstens zu versperren und seine Gleichstellung mit seinem nationalökonomischen Kollegen in Leipzig zu verhindern, schreibt er von ihm im letzten Hefte seines Jahrbuches, daß seine „radikal-demokratischen Prinzipien einer historischen Betrachtung gegenüberstehen“, dann daß seine Anschauungen den von Marx und des ganzen Sozialismus entsprechen, er fährt dann fort: „Und wie Bücher überhaupt gern Marx'sche Formeln gebraucht und Marx'schen Ideen mehr folgt, als ich für richtig halte, so scheint er auch hier sich ihm zu sehr anzuschließen.“ Dabei sendet dieser Herr, der freilich zur Zeit des Bismard-Puttamer'schen Systems preussischer Staatsrath wurde, seinen illogalen Denunziationen die Bemerkung voraus, daß Bücher ihn loyal angegriffen habe. All diese unsauberen Denunziationen finden sich in einer Besprechung, worin das größte wissenschaftliche Lob auf Bücher ausgesprochen wird. Der eifrige Nachbeter und Nachtreter Schmoller's, Herr Oldenberg, denunziert im gleichen Hefte des Jahrbuches den Wiener Privatdozenten Grünberg, daß er einmal Beiträge für die „sozialdemokratische Neue Zeit“ geliefert hat. Diese unsauberen Nachschafften gehören aus der Stille einer wenig gelesebenen Zeitschrift an die breite Öffentlichkeit. —

Die Verhandlungen der Wahlrechtsvorlage haben im österreichischen Abgeordnetenhaus begonnen. Es liegen hierüber folgende Depeschen vor:

Die Abgeordneten sind nahezu vollständig erschienen. Nach Vornahme der Wahl eines Ausschusses für die Ausnahme-Berordnungen begann die erste Lesung der Regierungsvorlage, betr. die Wahlreform sowie der bezüglichen Initiativanträge Fernerstorfer, Slavik, Plener und Haerndt. Hierauf ergriff der Ministerpräsident Graf Taaffe das Wort zu einer Erklärung. Die Erklärung des Ministerpräsidenten Grafen Taaffe besagt: Als die Regierung sich mit dem Programm der derzeitigen Parlamentssession beschäftigte, konnte sie nicht übersehen, daß die zahlreichen aus der Initiative des Hauses hervorgegangenen Wahlreform-Anträge voraussichtlich in der nächsten Zeit zur parlamentarischen Behandlung gelangen. Selbstverständlich war es an der Regierung, ihre eigene Stellung gegenüber der Wahlreformfrage klar und ungewisheitlich zu präzisiren. Abgesehen von diesem äußeren Anlasse ließ die sorgfältige Beobachtung mannigfacher Vorgänge des öffentlichen Lebens während der letzten Jahre innerhalb des Staates wie im Auslande der Regierung pflichtgemäß erscheinen, in dieser ersten und wichtigen Frage selbst die Initiative zu ergreifen, um durch einen formulirten Gesetzentwurf ihre prinzipielle Auffassung zum Ausdruck zu bringen. Schon dieser Entscheidungsgeschichte ist zu entnehmen, daß der Regierung eine feindselige Zending gegen irgend eine Bevölkerungsklasse oder politische Partei gänzlich fern lag und daß es nicht angeht, die Einbringung dieses lediglich durch Erwägungen allgemeiner staatlicher Natur veranlaßten Gesetzentwurfes als Maßregel zu bezeichnen, wozu die Regierung sich etwa unter dem Drucke äußerer Faktoren entschlossen hätte. Der Regierungsentwurf halte an den Grundlagen der bestehenden Verfassung fest und drücke den leitenden Gedanken aus, die Ausübung des Wahlrechts Allen einzuräumen, welche die staatsbürgerlichen Pflichten in der vorgeschriebenen Weise erfüllen. Dieser auf möglichste Erweiterung des Wahlrechtes abzielende Grundgedanke erscheint der Regierung als eine Forderung der Staatsraison, indem nur durch rechtzeitige und ausreichende Erweiterung des Wahlrechtes jene großen und schweren Gefahren wirksam und dauernd abgewendet werden können, welche der bürgerlichen Gesellschaft und damit der gesamtstaatlichen Ordnung seitens der bisher politisch rechtlosen Volkselemente drohen. Die Regierung muß daher ungeachtet des von den drei großen Klubs erhobenen Widerspruches an dem Grundgedanken festhalten. Die Regierung spricht gleichzeitig die Ueberzeugung aus, daß vorausgesetzt die prinzipielle Einigung über die von der Regierung beabsichtigte Erweiterung des Wahlrechtes selbst, es bei Schonung der bestehenden politischen Verhältnisse gelingen wird, einen Weg zu dem bezeichneten Ziele unter Mitwirkung des Hauses zu finden. Auf diese Darlegung ihrer Anschauungen glaubt die Regierung sich bei der ersten Lesung aller Wahlreformanträge beschränken zu sollen. (Allgemeine, anhaltende Bewegung.)

Die österreichischen Genossen haben in Rücksicht auf die anscheinend bevorstehende Auflösung des Abgeordnetenhauses folgenden Wahlaufschrei erlassen:

Parteigenossen und Genossinnen! Ihr wisst, daß wichtige Entscheidungen in Oesterreich bevorstehen. Durch das kräftige Eingreifen des Klassenbewußten Proletariats ist die Frage der Wahlreform zum Angelpunkt der gesamtinneren Politik geworden, und die Regierungsvorlage giebt dem Ausdruck. Es geht endlich vorwärts; nicht lange mehr und die schneidende Waffe des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechtes wird in unseren Händen sein. Bis dahin aber gilt es noch harten Kampf. Es läßt sich mit Grund annehmen, daß das Abgeordnetenhaus vor seiner Auflösung sieht, daß wir in Wäldern Neuwahlen haben werden, diesmal noch, hoffentlich das letzte Mal, auf Grundlage des alten, beschränkten Wahlgesezes. Daß wir eingreifen müssen, ist keinem zweifelhaft und ebenso sicher ist, daß diesmal das Eintreten der Sozialdemokratie in den Wahlkampf noch eine ganz andere Bedeutung haben werde als 1891. Diesmal gilt es Vorübung und Vorbereitung auf das allgemeine Wahlrecht. Unsere Organisation muß vervollständigt und noch enger geschlossen werden; daran wird bereits überall gearbeitet. Aber ein zweites thut noth. Soll der Wahlkampf uns die erwünschte Frucht bringen, die Auswählung der indifferenten Massen, das Eindringen der sozialdemokratischen Agitation in bisher feststehende Kreise, dann muß in Wort und Schrift mit voller Kraft gearbeitet werden. Dazu aber sind Geschmittel nöthig. Genossen, unsere Partei ist die der Armen und Aus-

Parteinachrichten.

Die Kölner Parteigenossen hielten am Vorabend der Eröffnung des Parteitag eine Volksversammlung ab, die glänzend verlief. Das Lokal „Karl der Große“ war, obgleich Tisch und Stühle entleert waren, von Männern und Frauen zum erdrückend gefüllt und Tausende fanden keinen Platz mehr.

Am Sonntag Vormittag 11 Uhr hielt Genosse Bebel in Aachen einen Vortrag über das gleiche Thema. Auch hier war die Versammlung ausgezeichnet besucht.

Die ultramontane „Vollst.-Ztg.“, die auf eine Neuauflage Bebel's in Berlin bezugnehmend kürzlich meinte: sie begreife nicht, warum Herr Bebel auf den Parteitag in Köln sich freue, wird wohl allmählich den Grund einsehen.

Das Organisationskomitee Süd-Ungarns beruft für die nächste Zeit einen Parteitag der ungarischen Sozialdemokraten nach Arad ein. Hauptzweck dieses Parteitages soll sein, den inneren Zwistigkeiten, die seit geraumer Zeit entstanden, ein Ende zu bereiten.

Wegen Beleidigung des Magdeburger Arztes Dr. Hagen wurde der Redakteur der „Vollstimm“, Genosse Böde, am 17. Oktober zu 100 M. Geldstrafe verurteilt.

„Bericht in der ersten Sitzung, die unter ihrem (der Wahlreform-Vorlage) Eindruck stattfand, war von der berühmten lex Trautmann keine Rede mehr, keine Rede ist mehr von den nationalen Auerstreibern und Stänkereien, die bisher für österreichische Politik ausgegeben worden sind.“

Das sind die Folgen, die schon heute sich geltend machen; die wichtigsten Konsequenzen haben wir daraus zu ziehen, wir haben aus der Vorlage etwas Vernünftiges zu machen, so unvernünftig sie ist. Und wir haben vor allem dafür zu sorgen, daß sie Gesetz wird, und sie wird Gesetz werden, mögen ganze Ströme von Tinte dagegen vergossen werden.

Kommunale Arbeiten in London. Der radikale Londoner Grasschaftsrath tritt von Amtswegen streng gegen alle Unternehmer bei städtischen Kontrakten auf.

Zu Berlin aber wehrt sich das „freisinnige“ Unternehmertum gegen jede Arbeit der Stadt in eigener Regie, es ist ihr lieber, daß die Arbeiter tüchtig ausgebeutet werden, wenn dabei nur die Unternehmer auf Kosten der Steuerzahler kolossale Profite in ihre Taschen stecken lassen können.

gebenteten, aber die Mittel für den Befreiungskampf hat ihr Netz aufgebracht, schneller, opferwilliger und mehr als alle Progenparteien. Auch diesmal werdet ihr zur Stelle sein.

Genossen und Genossinnen, ihr habt bisher gezeigt, daß ihr eure Zeit versteht, daß ihr wißt, wie man sich sein Recht erobert — Ihr werdet auch diesmal unserem Rufe folgen. Sammelt, wo ihr könnt und bedenkt: jeder Kreuzer, den die Tasche des Arbeiters für den Befreiungskampf spendet, wiegt einen vollen Gulden auf, den der Geldsack zur Erhaltung seiner Privilegien leihet.

Mit sozialdemokratischem Grusse Die Parteivertretung.

Eine Gefahr für den Dreieck ist die Wahlrechts-Reform des Grafen Taaffe, haben nun die Liberalen in Oesterreich herausgehöhelt. Nächstens werden sie den Beweis liefern, daß nach Einführung des allgemeinen Wahlrechtes die Erde erkalten und alle Menschen, Thiere und Pflanzen sterben werden.

Die österreichische Nationalitätenfrage und die Taaffe'sche Wahlrechts-Reform. Wie ein Spuk ist plötzlich das Interesse an den nationalen Streitigkeiten in Oesterreich verschwunden, alles, was politisch denken kann, beschäftigt sich ausschließlich mit der Frage der Wahlreform.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater. Dienstag, den 24. Oktober. Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. Vorabend: Das Rheingold. Schauspielhaus. Maria Stuart. Deutsches Theater. Man sagt. Berliner Theater. Der Hüttenbesitzer. Festung-Theater. Mauerblümchen. Friedrich-Wilhelmshädi. Theater. Freund Helig. Wallner-Theater. Der Progenbauer. Residenz-Theater. System Ribadier. Neues Theater. Jugend. Central-Theater. Berliner Vollblut. Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Viktoria-Theater. Frau Venus. Alexanderplatz-Theater. Der Hüttenbesitzer. National-Theater. Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago. Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater. Große Frankfurterstraße 132. Doppelpostkarte zu einf. Preisen. Sensationelle Novität! Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago. Große Aufführungspoffe mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Eugen Brudens. Koppel v. Lindere. Musik von Adolph Wiedede. Regie: Max Samst. Vorher: Die guten Flinten oder: Hirsch in der Ganshunde. Poffe in 1 Akt von M. J. Anders. Musik von verschiedenen Komponisten. Regie: Max Samst. Kaffeneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Morgen: Diefelbe Vorstellung. Sonntag, Mittags 12 Uhr: Volksvorstellung-Ratinee zu bedeutend ermäßigten Preisen: Der Trompeter von Säckingen.

Wallner-Theater. Gastspiel der Schliersee'r Bauern. Jägerblut. Wegen des großen Erfolges von Jägerblut wurde das Bauern-Gastspiel auf kurze Zeit verlängert.

Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas. Vorher: Die Bajazi. Parodistische Poffe mit Gesang in 1 Akt v. Ed. Jacobson und Benn Jacobson. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Central-Theater. Alte Jakobstraße 30. Vorlechte Sonntags-Aufführung. Berliner Vollblut. Poffe mit Gesang und Tanz in 4 Akten. Im 3. Akte: Bajazzi-Parodie, vorgelesen von Josephine Dora und Herrn Carl Meissner. Anfang: 7 1/2 Uhr. Morgen: Berliner Vollblut.

Neue freie Volksbühne. Zum letzten Male: Die Weber von Gerhart Hauptmann. Sonntag, 29. Oktober, präzis 2 Uhr, 3. Abteilung im Viktoria-Theater. Einschreibegelde 1 Mark, Monatsbeitrag 50 Pf. Mitglieder der 1. und 2. Abteilung, welche die Vorstellung noch einmal sehen wollen, zahlen 1 M. nach. Billets à 1 M. sind im Theater und an folgenden Adressen zu haben: N. E. Engel, Chorinerstr. 9. NO. H. Gättrich, Gollnowstr. 5. NW. H. Schiefel, Sohlomstr. 8. S. Herm. Böhm, Kommandantenstraße 62. 410/16 Wilhelm Hagemann, Oranienstraße 144. SO. Th. Stempel, Mariannenstr. 26. Heint. Kaufhold, Melchiorstr. 3. Hugo Röhm, Raumstr. 83. SW. G. Berling, Belle-Alliancestr. 96. O. Georg Lamde, Blumenstr. 4/5.

Castan's Panopticum. Weltberühmte Ausstellung von Wachfiguren und Gruppen. Illusionen. Irngarten. Schreckenskammer.

Passage-Panopticum. Soeben aus Chicago eingetroffen: Der blane Mann. Die Affendame. 11-1 Uhr. 4-9 Uhr.

Präuser's MUSEUM anatomisches Friedrichstraße 65a, Ecke Mohrenstraße. darunter der Schußkanal der Kugeln des deutschen Militärs, fünf Körper gehend durch. Geöffnet von früh 9-10 Uhr Abends für erwachsene Herren. Dienstag u. Freitag: Damentag. Entree 50 Pfg.

Alcazar. Dresdenstr. 52/53 (City-Paff.) Schönste und billigste Sehenswürdigkeit der Residenz! Spezialitäten I. Ranges! Neu! Novität! Neu! Rneipp II, oder: Das Blumengretel von Nieder-Schönhausen. Anfang: | Wochentags 7 1/2 Uhr. | Sonntags 6 Uhr. Entree Wochentags 15 Pf. R. Winkler.

Kaufmann's Variété. Stadtbahn-Station Alexanderplatz. Täglich: Gross. Concert. Spezialitäten-Vorstellung von nur Künstlern I. Ranges. Dinus Truppo, Elite-Akrobaten (6 Personen). Famills Kraussel, russisches Orchester (8 Personen). Fräulein Hedwig Marga, Koffim-Soubrette. Paul Krugolow, Gesang-Dumoriist. Fratelli Bozza, italien. musikalische Steinseher und Köche. Signorita Luisade Siro, italienische Koffim-Soubrette. Kassendöffnung: Sonntags 5 Uhr, Anfang 6 Uhr; Wochentags 7 Uhr, Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. A. Zimmermann.

American-Theater. Neu! Zwerchfellerschütternd! Neu! Die Gründung Roms in der Mörderstraße, oder: Die Rache des Gänserichs. Hochkom. Burleske von Oscar Wagner. Parodie! Ulk! Humor! Auftr. jimmfl. Spezialitäten. Anf. Woch. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 6 1/2 Uhr.

Gratweil'sche Bierhallen. Kommandantenstr. 77-79. Täglich von 5 Uhr ab: Grosses Frei-Concert. Soireen der feierlicher Sänger vom Brynkall-Palast. Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 15 Pf., reservirt 30 Pf. Anf. Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf., reservirt 50 Pf. Anerkannt gute Küche. Säle für Festlichkeiten u. Versammlungen. 3 Regalbahnen, 6 Bill., pr. Std. 60 Pf. Programm unentgeltlich. Carl Koch.

Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee. Dienstag, den 24. Oktober er.: Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Zum Schluss: Adele, die kalte Mamsell. Ensemble von M.ysel. Entree 50 Pf. Im Vorverkauf 40 Pf. (Siehe Plakate.) Donnerstag, den 26. Oktober: Soiree in Sansjoui.

Dr. Joseph Löwenstein, 27395 Al. Frankfurterstr. 5. Von meiner Krankheit hergestellt, habe ich die Praxis wieder aufgenommen. Als Zahnklinik empfehle mein Lokal. 27305 P. Treuner, Grimmstr. 25.

Etablissement Buggenhagen. Moritz-Platz. Täglich: Gr. Instrumental-Konzert. Gr. Frühstücks- u. Mittagessch. Spezial-Auswahl von Pakenhofer Lagerbier, hell und dunkel. An den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Neues Club-Haus. 72. Kommandantenstr. 72. Empfehle meine 4 hochdeleganten Festsäle (50-400 Pers.) den 2c. Vereinen zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. 2534b Habe noch einige Sonnabende und Sonntage zu vergeben. H. Ebert.

Louisenstädt. Klubhaus, Annenstraße 16. Saal zu Versammlungen und Benutzen sowie Vereinszimmer empfiehlt 88408 L. Ehrenberg.

G. Brochnow's Festsäle. 39. Sebastiansstraße 39. Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Sonnabend großer Saal. Empfehle meine Säle zu allen Festlichkeiten u. Versammlungen. 46758

Einweihungsfeier. meines von mir am 16. Juni d. J. übernommenen Schanklokals ganz ergebenst ein. Für gute Speisen und Getränke wird bestens gesorgt und bitte um zahlreiche Kundschafft. Achtungsvoll 27406 Adolf Kadpar, Vorsiftr. 9.

4/10 Pakenhofer, 2 Vereinszimmer für Gesang u. Rauchklubb etc. 2741b Bergmannstr. 92.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich Oranienstr. 184 einen Bagenhofer 4/10 Ausshant eröffnet habe und bitte um gütigen Zuspruch. Hermann Aepler. Großes schönes Vereinszimmer zu vergeben in Schöneberg, Kaiser Friedrichstr. 2. 49639

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir (außer Bruch) 1,50 Mk. Meine Reparaturen entsprechend billiger. Uhren, Gold- u. Silberwaaren Mannstr. 38, C. Wunsch, a. d. Oranienplatz.

Roh-Tabak. Alle Sorten Max Jacoby, Streiberstraße 52. 47978

Die Geburt eines kräftigen Knaben geigen hocherfreut an Berlin, 22. Oktober 1893. Adolf Adler u. Frau, Rothringstr. 99. 27375

Durch die Geburt eines kräftigen Knaben wurden hocherfreut Gustav Sabor u. Frau. Berlin, den 22. Oktober 1893. 50392

Am Sonnabend, den 21. Oktbr., verstarb nach jahrelangem Leiden unser Mitglied, der Maler 874/18

Joseph Hohlwegler an der Proletariatskrankheit. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 25. Oktbr., von der Wohnung, Mittenwalderstraße 24, aus statt, und werden die Genossen aufgefordert, zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand des soz. Wahlvereins Berlin III.

Nachruf! Allen Kollegen mache ich hierdurch die traurige Mitteilung, daß unser treuer Kollege und Kampfgenosse Joseph Hohlwegler am Sonnabend, den 21. d. M., nach schwerem Leiden verstorben ist. Wir verlieren in ihm einen thätigen Mitkämpfer, der, durchdrungen von der Idee des Sozialismus, für die Befreiung des Proletariats mit all seinen Kräften kämpfte. Sein ruheloses Wirken für die Sache der Arbeiter sichert ihm ein ehrendes Andenken bei allen, die ihn kannten. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 25. Oktbr., Nachm. 3 Uhr, von der Wohnung, Mittenwalderstraße 24, aus nach dem Michaeliskirchhof in Rixdorf, Hermannstraße, statt, und bitte ich, dem Verschiedenen auf seinem letzten Wege möglichst zahlreich das Geleit zu geben. 235/2 Berlin, den 22. Oktober 1893. Der Vertrauensmann d. Maler u. Anstreicher Berlins.

Todes-Anzeige. Am Sonnabend, den 21. Oktober, 6 1/4 Uhr früh, verschied nach kurzem aber schwerem Leiden meine innigst geliebte Frau, unsere gute Mutter, unsere liebe Schwester, meine gute Tochter, die Hebamme

Frau Minna Hübner geb. Langenbecker im 38. Lebensjahre. Alle, die ihren edlen Charakter, ihr für alle Mitmenschen warm empfindendes Herz gekannt haben, werden unseren tiefen Schmerz zu würdigen wissen. Sie ist uns allen unvergesslich! Die trauernden Hinterbliebenen Hugo Hübner und Kinder, Mutter und die Geschwister. Beerdigung am Dienstag, 24. Oktober, Nachm. 3 Uhr, von d. Leichenhalle des St. Nikolai- u. Marienkirchh., Prenzlauer Allee 7, aus. 27325

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein mir unvergesslicher Mann, der Mechaniker 2744b Willy Ulrich am Herzschlag gestorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 25. d. M., Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der St. Pauls-Gemeinde (Wilmers) aus, statt. Die tiefbetrübtete Wittwe Emma Ulrich nebst Kindern.

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Köln, den 22. Oktober.

Vorversammlung
am Sonntag, den 22. Oktober 1893.

In dem in der Nachenerstraße belegenen, für die Verhandlungen des diesmaligen Parteitages bestimmten Lokal „Carl der Große“ fanden sich zwischen fünf und sieben Uhr Abends die Delegierten ein. Der schöne Saal des Stollbühnen ist auf das Prachtvolle geschmückt. Gleich im Vorraum heißt ein Gruß die eintretenden Genossen willkommen. Den Verhandlungsraum selber schmücken zwei gewaltige rote Banner, die von der Tede herabwallen. Das eine trägt in Goldbuchstaben den Schlachtrauf der Partei: „Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!“, das andere die Worte: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!“ Auf den oberen Fenstern der Glaswand, die den Saal vom Vorraum scheidet, stehen in roten und weißen Buchstaben die Verse:

Feist steht der Bau, Neonen alt
Schon seh' ich Pfeiler ragen,
Das hochgewölbte schließt sich bald,
Und schließen muß sich's sonder Fragen!

Die Sprüche: „Der Arbeit der Lohn!“ — „Zum Frieden der Kampf!“ — „So schafft neue Waffen für die alten Kämpen, die stetig die Jugend lenken.“ — „Es bleibe Selbstachtung und Würdevollen Grundfah — die Stärke der Partei!“ schließen sich an. An dem Balken gegenüber, der die Glaswand der Tede trägt, zeigt ein Schild die Worte: „Gedacht sei Derer, die für uns gelebt, gerungen, gelitten für der Menschheit heilige Rechte, Vom Feind befreit“, „vernichtet“ und dennoch unbezungen.“ Weitere Schilder an den Wänden tragen die Sprüche: „Durch Wissen zur Macht — durch Macht zum Sieg.“ „Die Arbeiter sind der Feind, auf dem der Staat der Zukunft erbaut wird.“ Gewinde aus Lannentzweigen an den Balkons vollenden den Schmuck des Raumes. Für das Bureau, das die Verhandlungen leiten wird, ist eine niedrige, breite Estrade errichtet, die unten mit rothem Stoff behangen ist. Rechts ausgehängt ist auch das Rednerpult, das sich unmittelbar davor befindet, flankiert von den Büchern Marx' und Lassalle's auf hohen Postamenten. Die Delegierten nehmen an länglichen Plätzen, Weiter im Hintergrunde befindet sich der Zuschauerraum, der annähernd tausend Personen faßt.

Die Versammlung wird um 7 1/4 Uhr eröffnet. Genosse Hengstbach-Köln heißt die Delegierten Namens der Kölner Parteigenossen willkommen. Als vor einem Jahre in Berlin auf Anregung der Kölner Delegierten beschlossen wurde, den nächsten Parteitag in Köln stattfinden zu lassen, ging man von dem Gedanken dabei aus, daß es von ungeheurer agitatorischer Bedeutung sei, hier einmal den Parteitag abzuhalten. Wir wünschen, daß die Beratungen zum Besten der Partei ausschlagen, und daß sie auch in agitatorischer Beziehung von Erfolg begleitet sind.

Genosse Bebel begrüßt die Delegierten gleichfalls im Namen des Parteivorstandes auf das Herzlichste und dankt im Namen des Kongresses für die freundliche Aufnahme in Köln. In Berlin haben wir freudig zugehört, als Köln vorgeschlagen wurde, weil die agitatorischen Wirkungen, die notwendig mit den Verhandlungen verbunden sind, für Köln und den weiteren Umkreis von größtem Werthe sind. Für die älteren Parteigenossen und alle, die mit der Geschichte der Entwicklung des Sozialismus in Deutschland vertraut sind, giebt es aber noch besondere Gründe, Genugthuung darüber zu empfinden, daß wir hier in Köln tagen. Wenn eine Stadt in Deutschland sich als Geburtsstätte des deutschen Sozialismus betrachten kann, so ist es Köln. Genau 51 Jahre ist es her, daß der Hauptbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx, hier in Köln Redakteur wurde. Er hatte seine juristischen Studien beendet, hatte vergeblich in Bonn eine Dozentenstelle zu erhalten gesucht, als er die Einladung erhielt, die Chefredaktion der „Rheinischen Zeitung“ zu übernehmen. Von besonderem Interesse ist es angesichts der jetzigen Haltung der deutschen Bourgeoisie, daß es ausgesprochene Bourgeois waren, die die Zeitung ins Leben riefen. Ich nenne nur die beiden Namen der Gründer: Camphausen und Hansmann. Unter ihrer Regide erschien das Blatt. Nachdem Marx eine Zeit lang Mitarbeiter gewesen war, wurde er im Oktober 1842, also genau vor 51 Jahren, ihr Chefredakteur. Innerhalb weniger Monate zog er sich in reichstem Maße den Horn und den wüthenden Has der Regierungsorgane zu. Aber nicht nur politisch stand er in den ersten Reihen der schärfsten Opposition, auch seine sozialen Studien nahmen hier ihren Anfang. Er veröffentlichte eine Arbeit über den Holzdiebstahl und über die Lage der Winger an der Mosel. Nachdem die armen Besoren, die zwei, ja drei Mal Jesus lesen mußten, eingesehen hatten, daß sie die Wirkung der Zeitung nicht verhindern könnten, erfolgte am 1. Januar 1843 das Verbot des Blattes. Die Zeitung fristete noch einige Monate ihr Leben, nachdem die Herausgeber versprochen hatten, den Chefredakteur Marx zu entlassen. Wenige Zeit später ging das Blatt aber doch zu Grunde. Hier in Köln war es aber auch, wo Marx Engels kennen lernte. Von dem Frühjahr des Jahres 1843 datirt jene intime Freundschaft zwischen den beiden Männern, die das ganze Leben über dauerte und vom fruchtbarsten Einflusse auf unsere ganze Bewegung war. Ruhig kann ich sagen: Marx wäre nicht geworden, was er geworden ist, wenn er nicht Engels kennen gelernt hätte. Und auch umgekehrt, wäre Engels ohne Marx nicht Engels geworden. Marx ging nach Paris und gab mit Hilfe die „Deutsch-französischen Jahrbücher“ heraus. Häufig kam Engels nach Paris. Er war mit Marx in Brüssel, und als Frucht seiner Studien erschien im Jahre 1844 „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“. Da kam 48. Die Revolution brach aus, und das erste Erzeugniß der gemeinsamen Arbeit von Marx und Engels erschien, das „kommunistische Manifest“. Beide Männer erkannten aber, daß ihrer Thätigkeit im Auslande der nötige Boden fehlte. In Deutschland selber wollten sie die Sache der Revolution fördern. Am 1. Januar 1848 erschien die „Neue Rheinische Zeitung“. Es war ein ausgesprochen sozialistisches, oder wie man damals sagte, kommunistisches Organ. Sofort war es den wüthendsten Verfolgungen ausgeföhrt. Aber noch war die Revolution nicht niedergeschlagen und das Blatt konnte nicht unterdrückt werden. Doch mit dem Sieg der Reaktion war auch das Schicksal der Zeitung entschieden. Am 19. Mai 1849 wurde die „N. Rh. Ztg.“ verboten. Wer kennt nicht Freiligraths Gedicht „Abschiedsworte an die Neue Rheinische Zeitung“?

Kein offener Hieb in offener Schlacht
Sie fällten die Wägen und Läden
Sie fällten die schleichende Niedertracht
Der schmutzigen Westalmücken!

Die „schmutzigen Westalmücken“ herrschen leider auch heute noch bei uns. Es ist das preussische Junkerthum, der Todfeind der Bourgeoisie. Doch im jahrzehntelangen Kampfe wurde sie nicht fertig mit ihm. Sie kroch zu Kreuze. Eine winzige

Minorität sind die Junker ihrer Zahl nach, aber sie sind stark durch die öffentlichen Positionen, die sie im Heer und in der Verwaltung einnehmen, durch die soziale Position, die sie als Agrarier auf ökonomischem Gebiete befügen.

So wird der deutschen Sozialdemokratie nichts weiter übrig bleiben, als auch in dieser Richtung die Arbeit der Bourgeoisie zu verrichten, die sie aus Angst vor der Sozialdemokratie unvollendet gelassen hat und endlich einmal mit den Junkern abzurechnen. Zurück zu den Ereignissen in Köln. 1847 war der kommunistische Arbeiterverein in London gegründet worden. Die Propaganda in Deutschland ließ sich nur durch einen Geheimbund betreiben, und die Zentrale kam schließlich nach Köln, daß so zum dritten Male der Ort wurde, wo die Fäden der sozialistischen Bewegung sich vereinigten. Aber mit der Niederlage der Revolution kam auch das Ende dieses Bundes. Im Oktober 1852 wurde der berüchtigte Kommunistenprozess in Köln verhandelt und Strafen von 6, 5 und 3 Jahren Gefängniß verhängt. Mitglieder des kommunistischen Arbeitervereins später noch eine Rolle im öffentlichen Leben freilich in anderer Richtung. So Heinrich Bürgers, der fortschrittlicher Abgeordneter wurde, Dr. Hermann Becker, der Oberbürgermeister derselben Stadt, wo er zu fünf Jahren Gefängniß verurtheilt war; der Oberbürgermeister Wallach von Mainz und der frühere Oberbürgermeister von Frankfurt a. M., der jetzige Minister, Herr Miquel. (Große Heiterkeit.) Von den Verurtheilten in Köln aber nenne ich als einen, der stets treu zur Fahne gehalten, stets sich ganz in den Dienst des Proletariats gestellt hat, den alten Lehner aus London, der als Delegirter des kommunistischen Arbeiterbildungsvereins in unserer Mitte weilte. Ihn heiße ich herzlich willkommen. (Stürmischer Beifall.) Seitdem hat Köln keine besondere Rolle in der Bewegung gespielt, wohl aber das Rheinland in den sechsziger Jahren, wo Laffalle sich die ersten politischen Sporen verdiente. Offen müssen wir aber auch eingestehen, daß es seitdem hier nicht so ist, wie es sein sollte. Deshalb aber spielen die rheinisch-westfälischen Proletarier nicht die Rolle in der Bewegung, die sie kraft ihrer Intelligenz und der weit vorgeschrittenen industriellen Entwicklung des Rheinlandes verdienen? Der Ultramontanismus hat es verhindert. Er, der den Arbeitern nicht nur das irdische, sondern auch das himmlische Paradies versprach, nahm uns den Wind aus den Segeln. Gesehicht benutzte er auch soziale Momente für seine Agitation. Aber seit dem Wegfall des Kulturkampfes sehen auch die Arbeiter und Kleinbürger, die den ultramontanen Fahren folgten, ein, daß sie genasführt werden. Sie schließen sich uns an. Der Parteitag hier wird diesen Prozeß beschleunigen und die Stunde naht, wo wir die Ernte einheimen. (Stürmischer Beifall.) Redner schließt mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie und erklärt den Parteitag für eröffnet.

An Genossen Engels wurde auf Beschluß des Parteitages folgendes Telegramm abgesandt:

Friedrich Engels,
122 Regents Park Road London NW.

Die an der Geburtsstätte des deutschen Sozialismus zum Parteitag anwesenden Vertreter der deutschen Sozialdemokratie senden dem Mitbegründer des Sozialismus und ihrem unentwegten Vorkämpfer herzlichsten Gruß und dankende Anerkennung.

Kongress-Bureau.

Zu Vorstehenden werden per Akklamation Singer-Berlin und Zell-Weipzig gewählt; zu Schriftführern werden Antrich-Berlin, Fischer-Hamburg, Hoyerichter-Köln, Bruhns-Bremen und Hertel-Nürnberg gewählt.

Singer dankt für die Ehre und das Vertrauen, das ihm die Parteigenossen auch diesmal wieder erwiesen hätten, er erinnerte daran, daß auch Bebel ein Kölner sei, dem die Partei zu großem Danke verpflichtet sei. (Stürmischer Beifall.)

In die Mandatsprüfungskommission werden die folgenden Delegierten gewählt: Mehner-Berlin, Erdbeer-Köln, Meike-Dresden, Dahlen-Halberstadt, Samberger-Culmbach und Hoyerichter-Köln.

Die vorgeschlagene Geschäftsordnung wird debattelos genehmigt.

Von Bebel ist der Antrag gestellt worden, die Frage des allgemeinen Stimmrechts und der Beteiligung bei den Landtagswahlen mit auf die Tagesordnung zu setzen. Der Antrag wird angenommen.

In übrigen wird die vorgeschlagene Tagesordnung angenommen. Bei der Frage „Antisemitismus und Sozialdemokratie“ bat Heymann, diesen Punkt nicht zu verhandeln. Die Partei habe gar keinen Anlaß, die antisemitische Partei anders zu behandeln als andere Parteien. Die Sozialdemokratie sei dem Antisemitismus gegenüber in der Lage desjenigen, der sich die Hände reibt, wenn die soziale Agitation und Revolution in Kreis getragen wird, in die sonst der Sozialismus nur schwer Eingang finden dürfte.

Bebel bittet dagegen um Befassung des Punktes auf der Tagesordnung. Er habe die Frage auf dem letzten Parteitage nicht behandeln können, auch in der nachfolgenden Zeit nicht. Das Schweigen in dieser Frage sei von den Antisemiten schon sehr gegen die Sozialdemokratie ausgenutzt worden. Der Kongress schließt sich der Ansicht Bebel's an.

Es gelangen also zur Verhandlung:

1. Der Geschäftsbericht des Parteivorstandes. (Referent A. Auer.)
2. Bericht der Kontrolleure. (Referent Meister.)
3. Parteipresse und Agitation mit besonderer Berücksichtigung der Landagitation.
4. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit. (Referent Paul Singer.)
5. Meißner 1894. (Referent B. Niebknecht.)
6. Antisemitismus und Sozialdemokratie. (Referent Bebel.)
7. Anträge zum Programm und Organisation.
8. Wahl der Parteileitung und Bestimmung des Ortes, wo sie ihren Sitz zu nehmen hat.

Dazu komme noch der oben erwähnte Antrag Bebel und diejenigen später eingegangenen Anträge, die vom Kongress befürwortet werden.

Ein großer Theil der Delegierten wünscht die Gewerkschaftsfrage auf die Tagesordnung zu setzen. Ein anderer Theil hält die Erörterung für überflüssig, da die Frage klar sei.

Dr. Arons-Berlin stellt den Antrag mit einer Sympathie-Erklärung für die Gewerkschaften, die Frage nicht zu diskutieren. Der Kongress beschließt, die Gewerkschaftsfrage zu verhandeln. Der Antrag Arons fällt damit. Zum Referenten war Schippel vorgeschlagen, er lehnt ab und Legien-Hamburg wird das Referat übernehmen. Zum Korreferenten wird Auer ernannt. Zum Referenten in der Frage des Allgemeinen Stimmrechts und der Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen wird Bebel ernannt. Der Antrag Bebel wird als vorletzter Punkt behandelt worden. Die Gewerkschaftsfrage soll nach dem Punkt 6 (Meißner) verhandelt werden.

Die Sitzungen werden von 9-1 Uhr und von 3-7 Uhr abgehalten werden.

Hier wird die Sitzung abgebrochen und auf Morgen vertagt.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 23. Oktober.

Vormittags-Sitzung.

Um 9 1/4 Uhr eröffnet der Vorsitzende Singer die Verhandlungen des Parteitages. Als Schriftführer fungieren Hoffmann-Köln und Hertel-Nürnberg. Eine Reihe Begrüßungsschreiben ist eingelaufen, darunter eines von den bulgarischen Parteigenossen.

Erster Punkt der Tagesordnung: Geschäftsbericht des Vorstandes.

Singer schlägt vor die Punkte 1, 2 und 3 der Tagesordnung für die Diskussion zu verbinden, nachdem vorher die Referenten Auer und Meister gesprochen haben und auch die hierzu gestellten Anträge mit hineinzuziehen.

Der Vorschlag wird gebilligt.

Auer: Der Bericht liegt gedruckt vor, daher kann ich kurz sein. Was die Organisation der Partei betrifft, so ist eine Dezentralisation der Arbeiter beim Wahlkampf herbeigeföhrt worden. Die Dezentralisation hat sich im großen und ganzen bewährt, wenn auch nach der einen oder anderen Richtung dies oder jenes hätte geschehen können. Irrthümer und Mängel besteten eben jedem Menschenwerk an. Sie sind zum Theil veranlaßt durch die Summe von Schwierigkeiten, die durch die vorhandenen Kräfte nicht bewältigt werden konnten. Die Provinzial- und Landeskomitees stehen dem Gebiete, auf dem zu kämpfen war näher. Deshalb mußte sich die Zentraleleitung darauf beschränken für Munition zu sorgen. Sie lieferte Geld dorthin, wo Ebbe war. Ferner mußte die Zentrale zum Theil wenigstens auch die geistigen Waffen für den Wahlkampf liefern. Ich habe die Ueberzeugung, daß die Parteileitung ihre Schuldigkeit gethan hat. Die Debatte wird zeigen, ob die Delegierten der gleichen Meinung sind. In bezug auf die Agitation sind auf früheren Parteitagen stets die Anforderungen laut geworden, mehr für die Landagitation zu thun. Auch die Parteileitung ist dieser Ansicht und glaubt alles gethan zu haben, was sich thun ließ. Ohne Erfolge ist die Thätigkeit nicht geblieben. Der Fleiß ist eine Ernte, wenn auch eine bescheidene, gebracht. Das beweist das Resultat der letzten Reichstags-Wahlen. Ueberausende Erfolge brachten manche ländliche Wahlkreise, so in Norddeutschland und in Bayern. Leider sind die führenden Genossen in Süddeutschland nicht erschienen. Wir müssen wohl annehmen, daß sie durch ihre Arbeiten verhindert sind. Hoffentlich ist es das nächste Mal anders. Vielleicht ist es angebracht, mit unserem nächsten Parteitag mehr nach Süden zu gehen. Wenn der Berg nicht zu Mohamed kommt, muß Mohamed zum Berge. (Heiterkeit.) Der Parteileitung war der Aufgeworden, für Flugblätter für die ländliche Bevölkerung sorgen. Ein solcher Auftrag läßt sich sehr einfach ertheilen, schwer erfüllen. Mit den Beschläßen, das hat zu geschehen, ist Weg dahin noch nicht geebnet. Die Beschaffung der Landliteratur ist außerordentlich schwierig. Trotz aller Anregungen hat die Initiative, die gegeben wurde, nicht viel geholfen. Spontan aber entstanden in den ländlichen Bezirken Flugblätter, die sehr gut gewirkt haben. Je nach den Provinzen und Himmelsrichtungen sind die Gewohnheiten der ländlichen Bevölkerung außerordentlich verschieden. Es ist etwas ganz anderes, ob man für norddeutsche oder bayerische Bauern, für pommerische Hörige oder süddeutsche Kleinbauern schreiben muß. Allgemein gehaltene Flugblätter von der Zentraleitung aus nützen nichts. Doch die Mittel wird sie den Provinzen für die Landagitation gern zur Verfügung stellen. Nun zur Presse. Da ist alles geblieben, wie es war. Selbst die Aenderung, die der Druckfehlerentwurf an der Zahl der Flugblätter vorgenommen, ist falsch. Wir haben die beiden: den „Wahren Jakob“ und den „Süddeutschen Postillon“. Die materiellen Verhältnisse und der Inhalt der Parteipresse haben sich wesentlich gebessert, dank der politischen Erregung, die die Auslösung des Reichstages hervorgerufen hat. Unterföhungen der Parteipresse aus der Zentralkasse werden aber auch in Zukunft noch in manchen Fällen nötig sein. Das Schwerkgewicht der Agitation ruht nicht mehr so wie früher auf der mündlichen Agitation, der allerlei Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Die Ansprüche, die an einen Redner gestellt werden, sind gestiegen. Bekannte Redner werden überall hin verlangt. Können aber nicht überall sein. Der A. muß es sein, den B. haben wir selber, schreiben die Genossen in der Provinz, wenn wir ihnen B. vorschlagen. (Heiterkeit.) Früher war man mit den Hpslonen sehr zufrieden. Da tritt nun die Presse an die Stelle. Sie hat eine Verbreitung gefunden, die zwar nicht das Ende unserer Wünsche ausmacht, aber ihr bereits den Löwenantheil der Agitation zumeist. Wenn hier und da Wünsche laut geworden sind, daß dies und jenes in bezug auf die Parteipresse zu geschehen hat, so können wir eben nur mit den vorhandenen Mitteln arbeiten. Das zeigte sich bei der Jugendliteratur. Hier waren die Prospekt bereits gedruckt, und doch mußte im letzten Augenblick das Projekt aus persönlichen Umständen fallen. Seit dem Halle'schen Parteitag sind die vorhandenen Kräfte, die für die Leitung der Presse vorhanden sind, bis auf den letzten verfügbaren Mann beinahe in Anspruch genommen worden. Den vielen Anforderungen gerecht zu werden ist schwer. Eine ganze Reihe Anträge wünscht ein Zentral-Wochenblatt für die Partei. Die Gründe dafür mehren sich von Jahr zu Jahr. Die deutschen Parteigenossen im Auslande dringen darauf, sie bezeichnen ein solches Organ als eine Lebensfrage für sie. Für mich wäre die Frage gelöst, wenn ich wüßte, wo der rechte Kerl für den Posten vorhanden ist. Kann diese Frage nicht gelöst werden, so wird es uns hiermit geben wie mit der Jugendliteratur. Es war so schön gewesen, es hat nicht sollen sein.“ Für das Ausland ist ein Tageblatt zu theuer, die Genossen sind gezwungen, den „Sozialist“ zu halten und das wünschen wir nun eigentlich nicht. Die geeigneten Kräfte für die Redaktion sollen erst gefunden werden. Es darf nicht heißen: Wenn wir nur erst den Sattel haben, findet sich auch der Gaul. In bezug auf die Organisation und die Parteikasse kann das Eine geschehen, daß die Parteigenossen im Lande die gute Gewohnheit, ab und zu eine Postanweisung an den Parteikassierer zu senden, nicht ganz einschläfen lassen. (Heiterkeit.)

Namens der Kontrolleure erstattet Genosse Meister Bericht. Vier Beschwerden liefen ein. Eine davon war von gewisser Bedeutung. Die Königsberger verlangten ein täglich erscheinendes Blatt, das in Königsberg gedruckt werden sollte. Der Vorstand schlug ein gemeinsames Blatt für Ost- und Westpreußen vor. Königsberg lehnte es ab. Auf den Vorschlag Königsbergs ging der Vorstand nicht ein, weil ein jährlicher Zuschuß von 20000 M. erforderlich gewesen wäre. Die Kontrolleure schlossen sich dieser Ablehnung an. Zwei andere Beschwerden betrafen Unterföhungssachen, eine die Verweigerung der Erstattung von Gerichtslosten. Auch in diesen Fällen billigten die Kontrolleure das Verhalten des Vorstandes. Die Kontrolleure können die Hoffnungen und Wünsche Auer's in bezug auf die Presse nicht theilen. Der Vorstand hätte bei der Bewilligung von Unterföhungsgeldern für die Presse halbsürriger sein können. Hierin befinden sich die Kontrolleure einmüthig im Gegensatz zum Vorstand. Die Blattgründungen in der Provinz werden im Hinblick auf die große Krippe zu leichtsinnig vorgenommen. Die Revisionen der Kasse,

des „Vorwärts“ und der Buchhandlung sind regelmäßig alle Vierteljahre vorgenommen. Alles wurde in besserer Ordnung gefunden und nicht ein Monikum gezogen. Bei der Revision der Buchhandlung trat hervor, daß manche Genossen säumig im Zahlen sind. 150 Abonnements mußten verfaßt werden, die zum Teil auch Erfolg hatten. Nächsten die Genossen an den einzelnen Orten die Kontrolle mitausüben. Namens der Kontrolleure beantrage ich Decharge für den Kassirer und alle diejenigen, die sich in Parteistellung befunden haben.

Die Diskussion über Punkt 1, 2 und 3 der Tagesordnung (B: Parteipresse und Agitation mit besonderer Berücksichtigung der Landagitation) wird eröffnet.

Fuchs-München: Die „Neue Welt“ ist trotz der weitgehenden Klagen auf dem vorigen Kongresse nicht besser geworden. Sie gibt Bilder, die für die „Gartenlaube“ passen, aber nicht für ein Arbeiterblatt. Die „N. W.“ hat eine Auflage von 200 000, da kann besseres geleistet werden. Der „Süddeutsche Postillon“, dessen Redakteur ich bin, hat 40 000 Abonnenten, und er ist besser, wie ich zu behaupten wage. Der jetzige Redakteur Koloski ist nicht geeignet. Warum wendet sich der Vorstand nicht an wirkliche literarische Größen, an Carl Dendel, Leopold Jacobi, Edgar Steiger? Für die Redaktion des politischen Wochenblattes schlägt Redner Dr. Eng-Magdeburg und Max Schippel vor. Als Mitarbeiter nennt er Schoenlant, Wurra, Legien, Leo Frankl, Areling, Wassiljew-Bern, Stead, Otto Lang-Zürich, Alois-Stuttgart, Bernstein, Löwenfeld-München, Stern u. s. w. vor. Die Nichterwähnung des „Süddeutschen Postillon“ als Partei-Organ hat zu unangenehmen Anfragen Veranlassung gegeben. Redner bittet um Nichterwähnung.

Singer stellt fest, daß der „Süddeutsche Postillon“ in dem Verzeichnisse der Parteipresse vom 10. Oktober genannt und der Druckfehler im Bericht berichtigt ist.

Dr. v. Rönneberg: Das Fernbleiben der bayrischen Abgeordneten erklärt sich aus wichtigen Anträgen, die jetzt vorliegen. Aber muß sich also mit und armen Wärmern zweiter Klasse begnügen. Redner wünscht bessere Berichterstattung über die Verhandlungen der bayrischen Kammer im „Vorwärts“. Bei der Landagitation sind Gegenden in Angriff genommen worden, wo ein Erfolg von vornherein ausgeschlossen war. Mühen zunächst diejenigen Bezirke in Angriff genommen werden, wo Anfänge von Industrie vorhanden sind. Redner wünscht Vermehrung der Wahlkreis-Konferenzen und Provinzialtage. Die Presse ist besser geworden. Aber vor kostlosen Gründungen muß noch immer gewarnt werden.

Herbert Stettin: Bei der Landagitation hätte mehr erreicht werden können, wenn mehr Geld zur Verfügung gestellt worden wäre. Freilich sind die notwendigen Mittel immer bereitwillig gegeben worden. Für die Förderung der Landagitation wäre ein Monatsblatt besser, als ein Wochenblatt. Die Antisemiten hätten den Haupterfolg den Schlagwörtern zu danken, die sie dem Sozialismus entlehnten. In den größeren Orten der Provinz müßte mindestens ein Genosse ständig unterrichtet werden, damit er vor Maßregelung geschützt ist. Die Mittel hierfür zu verwenden, wäre zweckmäßiger, als die Hingabe so vieler Tausende an die Provinzialpresse. Das Zentrale Wochenblatt würde der kleinen Provinzialpresse, die mit deren Sorgen zu kämpfen hat, außerordentliche Konkurrenz bieten. Was auf der einen Seite gewonnen wird, geht auf der anderen verloren. Auf die Verbreitung des „Sozialist“ im Ausland haben wir gar nicht Rücksicht zu nehmen. Das hieße diesen Elementen zu viel Ehre antun. Redner bittet um Fortfall der Fremdwörter im „Vorwärts“.

Sherke-Barmen bringt eine spezielle Barmen Angelegenheit zur Sprache, die Ablehnung eines Gesuches, die streikenden Textilarbeiter in Barmen mit 4000 M. zu unterstützen durch den Parteivorstand.

Bogatsch-Friedeberg-Renswalde: Der Vorwurf, daß der Parteivorstand für die Landagitation nicht genug getan hat, besitzt einen berechtigten Kern. Die Landagitation darf nicht nur vor den Wahlen betrieben werden. Die Agitationstouren mit Pauken und Trompeten von Berlin und anderen großen Städten aus kosten viel Geld und nutzen nicht entsprechend. Die Diskussionsredner aus den größeren Städten müssen an den Feiertagen aufs Land gehen.

Jubeil-Berlin verlangt, daß das Redaktionspersonal des „Vorwärts“ unbedingt vervollständigt wird. Drei Redakteure sind Reichstags-Abgeordnete und durch parlamentarische und agitatorische Tätigkeit in Anspruch genommen, sodas sie nicht ihre ganze Kraft dem Blatte zur Verfügung stellen können. Unser alter Liebnacht ist für die Agitation unentbehrlich. Auch seine Tätigkeit ist gesplittert. Ein ständiger politischer Redakteur, der der parlamentarischen Tätigkeit fernbleiben muß, ist einzustellen. Auch ein tüchtiger Lokalredakteur muß gefunden werden. Jetzt ist der lokale Teil recht gut, aber der jetzige Redakteur dieses Blattes bleibt nicht an diesem Posten. Die „Neue Welt“ ist nicht geworden, was sie werden sollte. Hoffentlich läßt sich auch hier eine tüchtige Kraft finden. Die Frage des Zentral-Wochenblattes hält Redner noch nicht für spruchreif.

Milarg-Berlin: Unter den polnischen Arbeitern im Osten muß die „Gazeta Robotnicza“ verbreitet werden, damit sie nicht als Lohndrücker nach dem Westen kommen. Die Gründung eines Zentral-Wochenblattes ist notwendig. Die Berliner Pressekommision hat nur auf den lokalen Teil des „Vorwärts“ Einspruch. Die Genossen des 6. Berliner Wahlkreises wünschen bei den Stichwahlen strikte Wahlenthaltung gemäß dem St. Galler Beschlusse.

Schulze-Königsberg: Unser Streit mit dem Vorstand hat dadurch Erledigung gefunden, daß die Königsberger ein Wochenblatt gegründet haben, das viel besser geht, als ein Tagesblatt gehen würde. Die Landagitation muß von den Provinzial- oder Kreis-Komitees ausgehen. Wochenblätter, die von dem in der Provinz erscheinenden Tagesblatt ausgehen, würden die Agitation fördern, ebenso die Verteilung von kleinen Broschüren. Die „Gendarmen“-Broschüre hat in Ost- und Westpreußen außerordentlich gewirkt. Das muß mehr wie Redner. Redner ist für die Gründung eines Zentral-Wochenblattes.

Schradet-Osnabrück: Die bekannten Genossen Webel, Liebnacht, Singer müßten ab und zu Landagitation betreiben, da die gegnerische Presse immer behauptet, diese Genossen sprächen ganz anders, wie unsere Landagitatoren.

Haber-Ludwigshafen empfiehlt ein Zentral-Wochenblatt zu schaffen. Mit der „Neuen Welt“ sind die Genossen unzufrieden. Redner schlägt vor, das Organ dem Genossen Diech in Stuttgart zu übergeben. Auf dem Lande muß mit dem ABC des Sozialismus begonnen werden.

Ueber den weiteren Verlauf der Verhandlungen gehen uns die folgenden Privat-Telegramme zu:

Schoenlant: Die Frage der Vermehrung des Redaktionsstabes ist von grundsätzlicher Bedeutung, denken Sie an Auer's Ausrufung in Halle, „unsere Zeitungen werden in Zukunft wesentlich dazu dienen, das Rückgrat der Partei in sekundärer Hinsicht zu bilden“, das mag praktisch sein, ich will es auch gelten lassen, aber die Presse, die unsere wichtigste Waffe im Kampfe ist, darf nicht zur milchenden Kuh werden, darf nicht dazu benutzt werden, möglichst hohe Ueberschüsse heraus zu quetschen, das Zentralorgan, der „Vorwärts“, das leitende Blatt der Partei, das die Segner lesen, das in den Ministerhotels auf den grünen Tischen der Regierung liegt, es muß hieb- und schneidest gegen alle Angriffe sein. Ich, der ich Redakteur des „Vorwärts“ und jahrelang in der Parteipresse war, der ich als Fachmann gelten kann, muß sagen, der „Vorwärts“ ist nicht hieb- und schneidest, er verdient die schärfste Kritik. Aber das ist nicht Schuld der Redakteure, sondern Schuld der Organisation, des Systems. Es ist für die vorhandenen Redakteure einfach unmöglich, die Arbeit zu leisten. Von dem Bannerträger

unserer großen Ideen, der der „Vorwärts“ sein soll, muß man nicht nur verlangen, daß er unser Programm grundsätzlich vertritt; der „Vorwärts“ muß auch ein aktuelles Blatt sein. Die Anforderungen, die an ein modernes Blatt gestellt werden, haben sich gesteigert. Der „Vorwärts“ ist nicht nur ein Parteiorgan, sondern auch ein Blatt, das den Kampf nicht mit einer, sondern mit allen Parteien führen muß, er erscheint in Berlin, dort wo die redaktionelle Technik auf das raffinierteste ausgebildet ist. Der „Vorwärts“ soll nicht nachhinken, nicht spät und ungenügend berichten. Fünf Redakteure brauche er zum mindesten, sagte Webel in Berlin, aber er hat nie fünf Redakteure gehabt. Liebnacht ist unser bester Agitator, eine unerfessliche Kraft im Parlament, man kann nicht von ihm verlangen, daß er so Chefredakteur ist, wie bürgerliche Blätter Chefredakteure haben, es muß ausgesprochen werden: dem „Vorwärts“ fehlt ein wirklicher Chefredakteur. Liebnacht, der selber ja bedauert hat, daß er nach Berlin verpflanzt, ist nicht der Bureaumensch, der sich hinsetzt und disponiert, er ist ein glänzender Journalist, ein genialer Schriftsteller, doch es ist ihm unmöglich, dabei noch das zu leisten, was von einem Chefredakteur verlangt werden muß. Die anderen Redakteure sind im äußersten Maße überlastet, so daß sie unmöglich alles erfüllen können. Mag der „Vorwärts“ auch statt 40 000 M. nur einige dreißigttausend abwerfen, das ist gleich, er wird, wenn er einen vollständigen Redaktionsstab besitzt, um so mehr leisten können. Die Mittel hierzu müssen vorhanden sein, dann wird er auch in Kreise eindringen, die ihm jetzt verschlossen sind. Wer ist im Stande, sich aus dem „Vorwärts“ allein zu informieren? Für jeden, der sich lebhafter und eingehend mit Politik beschäftigt, ist das unmöglich, er muß ein großes bürgerliches Blatt noch daneben halten. Aus dem Zentralorgan der Partei soll sich aber jeder Parteigenosse vollständig unterrichten können, ohne aus bürgerliche Blätter angewiesen zu sein. Mehrfach sind sogar Provinzial-Parteiblätter dem „Vorwärts“ voraus. Das Zentralorgan aber muß zu allem Wichtigem sofort Stellung nehmen und den Ton gewissermaßen angeben, hauptsächlich ist es oft umgekehrt. Dieser Zustand gereicht uns nicht zum Vorteil, er darf nicht länger geduldet werden. (Beifall.)

Gewehr-Ebersfeld ist mit der Dezentralisation der Agitation sehr einverstanden. Er bittet, die Kopfblätter abzuschaffen.

Albert-Düsseldorf empfiehlt die Herausgabe eines einheitlichen Flugblattes bei wichtigen Fragen für das ganze Reich, ein Preisanschreiben werde die geeignetste Form hierfür ausfindig machen helfen.

Duch-Düsseldorf wünscht ein monatlich nicht ein wöchentlich erscheinendes Zentralblatt. Die Druckaufträge der Partei will Redner auch anderen Parteigeschäften zugewendet sehen.

Jochem-Danzig ist gegen das Zentral-Wochenblatt. Der „Vorwärts“ solle besser redigiert werden, das sei der beste Erfolg für das beabsichtigte Zentral-Wochenblatt.

Schmalzfeldt-Bremehafen ist Schoenlant's Ansicht. Er behauptet weiterhin, daß die Laborkosten-Vorlage nicht von der Parteileitung mehr in den Vordergrund der Agitation gerückt worden ist.

Schulz-Wilhelmsburg tritt für, **Klees-Magdeburg** gegen die Gründung eines Zentral-Wochenblattes ein.

Günter-Braunschweig will ein kopfloses Wochenblatt für die Landagitation geschaffen haben.

Nachmittags-Sitzung.

Die Nachmittags-Sitzung wird von Singer eröffnet, der die beiden holländischen Genossen Troelstra und van Kol, sowie den später eingetroffenen österreichischen Genossen Neumann begrüßt.

Neumann-Wien hält eine Ansprache, in der er auf die Erfolge hinweist, die die österreichische Sozialdemokratie in der letzten Zeit aufzuweisen hat und die sie zum guten Teil aus der deutschen Sozialdemokratie zu verdanken habe. Das objektive Verfahren gegen die Presse sei zum Leidwesen der Herren Staatsanwälte in seinen Konsequenzen durchbrochen worden, auch die endliche Einführung eines neuen Wahlgesetzes mit allgemeinem Stimmrecht stehe in Aussicht. Die Sozialdemokraten Oesterreichs werden das Volk so aufzuwecken, daß keine der bürgerlichen Parteien wagen werde, sich der Wahlreform zu widersetzen. (Beifall.)

Es wird darauf die Diskussion über den Geschäftsbericht, die Parteipresse und die Landagitation fortgesetzt.

Reiß-Köln hält es für notwendig, möglichst viele Parteiblätter zu gründen, die den speziellen Verhältnissen der einzelnen Landestheile angepaßt sind. Nach Köln gehöre zum Beispiel unbedingt ein Blatt, das täglich den Kampf mit dem Zentrum und diesem ausschließlich zu führen habe.

Von Grillenberger ist ein Telegramm eingegangen, indem er anzeigt, daß er wegen der morgen im bayerischen Landtage stattfindenden Agrardebatte nicht abkommen könne, da die Gesundheit Wolmar's zudem nicht ganz zuverlässig sei.

Köner-Hamburg ist gegen ein wöchentlich erscheinendes Zentralorgan. Es fehle an den tüchtigen geistigen Kräften dafür, diese ziehen sich aus den Redaktionen als selbständige Schriftsteller zurück. Gerade die Schriftsteller-Ges. hier im Saale soll sich das ad notam nehmen. (Große Heiterkeit.)

Schulz-Berlin wünscht mehr Flugblätter für die ländlichen Distrikte.

Luz-Magdeburg führt aus, daß in die Geschäftsleitung des „Vorwärts“ höhere Gesichtspunkte hineingetragen werden müssen. Es sei kein besonderer Erfolg, wenn 40 000 M. Ueberschüsse gemacht werden, das Blatt aber nicht besser wird; die erste Bedingung ist, daß der „Vorwärts“ eine Zeitung wird und nicht bloß ein Organ für die Polemik großen Stils, der Vorwurf bezüglich der Berichterstattung über den bayrischen Landtag sei sehr berechtigt, aber diese Vorwürfe lassen sich noch häufen, so wurde über die Revolution in Brasilien, über die englische Bergarbeiterbewegung, über die französischen Wahlen u. u. höchst mangelhaft berichtet. Würde ein Kapitalist ein sozialdemokratisches Blatt gründen, so würde er es mit Bechtigkeit auf 120 000 Abonnenten bringen, denn es würden von diesem im Geschäftsinteresse die höheren Gesichtspunkte geltend gemacht werden. Ein gut Teil Schuld daran, daß der „Vorwärts“ nicht auf der Höhe der Zeit steht, trägt der Umstand, daß 3 oder 4 Redakteure Abgeordnete sind, deren Arbeitskraft zum guten Teil der Redaktion verloren geht. Die höheren Gesichtspunkte werden aber auch in der Provinz vernachlässigt. Auch hier geht das Bestreben darauf hinaus, Ueberschüsse zu machen. Sehr charakteristisch ist weiter die Behandlung der Redakteure, wie sie in den Ausführungen Köner-Hamburg und in dem Antrag Eggers-Altona zum Ausdruck kam. Man behandelt die Journalisten hier wie bezahlte Tintenkücheln. Dies wird zur Folge haben, daß sich dann die Redakteure in einem Nachverein gegen die Unternehmer organisieren müssen. Könen aber in der Behandlung der Presse höhere Gesichtspunkte zum Ausdruck, so würde sich eine bedeutende propagandistische Wirkung erzielen lassen. Vielleicht würde es beim „Vorwärts“ wesentlich besser werden, wenn er als reines Lokalblatt mit anderen Zeitungen konkurrierte. Das „Hamburger Echo“ ist bei bedeutend geringeren Redaktionskosten, wie mit Webel zuerst, weit besser; es ist eine wirkliche Zeitung, gegenüber dem „Vorwärts“. Die Gründung eines Wochenblattes ist eine Notwendigkeit, wir müßten ein Organ zur Befprechung von reinen Partei-Angelegenheiten haben. Die Befprechung der Frage der preussischen Landtags-Wahlen in der „Neuen Zeit“ war durchaus deplaciert. Der „Vorwärts“ aber wird durch eine Befprechung von reinen Parteifragen in eine Zwitterstellung hineingedrängt. Ein solches Wochenblatt würde unseren Lokalblättern aber nur eine sehr geringe Konkurrenz machen. Der Antrag Günther-Braunschweig, die Gründung eines halbjährigen Wochenblattes für die Landagitation, ist sehr wichtig; im

wesentlichen sind die Verhältnisse für die halbjährigen Nummern, für die ganz leibigenen landwirtschaftlichen Arbeiter dieselben, auf dem leeren Raum aber könnte gut den lokalen Verhältnissen Rechnung getragen werden.

Legien-Hamburg entwickelt seine Anschauungen über die Landagitation, er empfiehlt vierzehntägige Ausgaben der Provinzialpresse für die Landbevölkerung zur Gratisverteilung. Unberechtigt seien die Vorwürfe gegen den Parteivorstand, er habe nicht genügend agitirt, die Agitation könne nicht von einer Zentralkasse aus geleistet werden. Fehle es an der Zentrale an Arbeitskräften, so müsse die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes vermehrt werden. Redner ist für ein wöchentlich erscheinendes Zentralorgan.

Stein-Hanau teilt seine Erfahrungen in der Landagitation mit.

Gerard-Hamburg erhält als Geschäftsführer der Hamburger Druckeret das Wort. Er fährt aus: Die Klagen über die „Neue Welt“ sind fast größer als im vorigen Jahre. Sie seien berechtigt aber doch übertrieben, das Blaue lasse sich nicht vom Himmel holen. Fuchs habe in nicht gerade geschmackvoller Weise seinen „Postillon“ gelobt; ein „Postillon“ lasse sich nicht mit der „Neuen Welt“ vergleichen. Der „Postillon“ koste 10 Pfennige, die „Neue Welt“ 1 Pfennig. Koloski sei sehr unterrichtet auf literarischem Gebiet, er arbeite pünktlich und gewissenhaft von seinem Vorgänger sei gewissenlos gearbeitet worden; bei den Bildern sei die „Neue Welt“ auf Gleiches anderer Blätter angewiesen. Ein Originalbild würde 8-100 Mark kosten, wo soll das Geld herkommen, wenn überall für unsere Parteipresse Zuschüsse geleistet werden müssen? Sehen Sie sich die Abrechnung an, die frühere „Neue Welt“, die als umfangreiches Familienblatt erschien, war ein arger Desorganisator, deshalb wurde die jetzige „Neue Welt“ nur als Beilage unserer Zeitungen bestimmt. Vorstand und Verlag werden alles thun, um berechtigten Beschwerden abzuhelfen.

Stroebel-Niel wünscht eine Enquete, eine Materialiensammlung für die Landagitation. Wenn der Umfang der „Neuen Welt“ nicht vergrößert wird, so kann keine Abhilfe geschaffen werden. Man vergesse nicht, daß das Blatt für die große Masse bestimmt ist.

Lienau-Neumünster und **Dreyer-Kassel** besprechen die Landagitation.

Liebnacht weist auf die Schwierigkeiten der Landagitation hin. Eine neue Sprache müsse da gewissermaßen gelernt werden. Redner empfiehlt die Annahme des Antrages der Meyer Genossen auf Herausgabe zweisprachiger Flugblätter für Lothringen. Für ein Zentralblatt, das wöchentlich erscheint, sei er schon auf dem Halleschen Parteitage gewesen. Jetzt kommen wir alle darauf, daß wir ein Blatt, wie die „Voll's-Tribüne“ war, gebrauchen. Aber weshalb ging die „Tribüne“ zu Grunde? Man fand nach Schippel's Rücktritt keinen passenden Redakteur. Fanden wir ihn heute, so wäre ich sofort für die Gründung des Wochenblattes. Fuchs hat eine ganze Deporelliste von angeblich geeigneten Männern vorgeführt, wir kennen diese Männer auch, aber sie sind für diesen Posten nicht geeignet. Für diesen Posten ist ein Mann erforderlich, der mit der ganzen Parteigeschichte genau vertraut ist, der ein Politiker und ein bewährter Charakter ist. In einer Person vereinigen sich diese Eigenschaften selten. Statt ein neues Blatt zu gründen, sollte man die vorhandenen besser machen. Der Redner geht nun auf die einzelnen Vorwürfe, die gegen den „Vorwärts“ erhoben worden sind, ein. Die Berichterstattung über die Partikulär-Landtage müsse aus Raumrücksichten kurz sein. Wenn die bayrischen Genossen etwas besonderes auf dem Herzen haben, mögen sie schreiben. Ueber den englischen Bergarbeiterstreik habe der „Vorwärts“ die besten zusammenfassenden Berichte aus der Feder Berntens gebracht. Die brasilianische „Revolution“, eine Kagalgeret zwischen Aliquen, hat weniger Bedeutung als irgend eine Gemeinewahl. Der „Vorwärts“ hat höhere Gesichtspunkte verfolgt, aber nicht um höhere Gesichtspunkte, handelt es sich, sondern um ein höheres Maß von Kräften, wir werden uns diese Kräfte, die in der jungen Partei erst heranwachsen, auch ergreifen, heute steht es schon besser wie im vorigen Jahre, und im nächsten Jahre wird es besser als heute sein. Der „Vorwärts“ soll keine Mißluk sein — richtig — aber auch keine Verorgungsanstalt für solche, die auf die Redaktionsposten nicht gehören. In Bezug auf das, was dem „Vorwärts“ strommt, besteht keine Meinungsverschiedenheit mehr zwischen mir und dem Vorstand. Schoenlant verglich den „Vorwärts“ mit bürgerlichen Blättern. Der „Vorwärts“ hat eine ganz andere Mission als diese. Nur warf ihm die ausschließliche Polemik vor. Er vergißt aber, daß der „Vorwärts“ das Zentralorgan einer kämpfenden Partei ist. Die Polemik ist da die erste Aufgabe. (Beifall.)

Lutz-Berlin empfiehlt kräftige Agitation unter den Handlungsgesellen.

Antik-Berlin bemängelt die süßlichen, charakterlosen Bilder im letzten Jahrgange der „Neuen Welt“. Er empfiehlt Originalbilder in Holz schneiden zu lassen, die Klischees ließen sich dann weiter verlaufen.

Joachim-Kassel schlägt zur Befahrung des „Vorwärts“ vor, das Redaktionspersonal des „Echo“ nach Berlin nehmen. (Heiterkeit.) Der „Vorwärts“ müsse aktuell werden. Wolle man lernen, wie die Landagitation zu betreiben ist, dann müsse man bei den Antisemiten in die Schule gehen. (Widerspruch.) Die Antisemiten haben Bauernagitatoren, die von Dorf zu Dorf ziehen. Mit alten Nummern unserer Parteiblätter richten wir bei den Bauern nichts aus.

Fuelle-Würzburg bespricht die Verhältnisse der Würzburger „Volltribüne“.

Sustopf-Hornberg führt aus, bei der Landagitation müsse betont werden, daß wir eine politische und soziale Partei sind, die sich um die Religion ihrer Mitglieder nicht kümmert. Die Parteiliteratur muß zu viel billigerem Preise abgegeben werden.

Kahnenstein-Gießen sagt, in der Landagitation müsse dezentralisiert und die Initiative in den einzelnen Provinzen selbst ergriffen werden, die Verbreitung der Bebel'schen Rede über den Zukunftsstaat durch ganz Deutschland war, des Schlüssitates wegen: Den Himmel überlassen wir den Engeln und den Engeln, nicht angebracht. Nein, wir überlassen den Himmel denen, die daran glauben, mancher Genosse konnte sich durch das Jtzt in seinen berechtigten religiösen Empfindungen gekränkt fühlen. (Widerspruch.) Redner wünscht im „Vorwärts“ weniger Raisonnements und mehr tatsächliches Material.

Kron-Schmidt-Berlin empfehlen bringen die Verstärkung des Redaktionspersonals des „Vorwärts“. Besonders erbittert wird der Rücktritt Schoenlant's, der erfolgt sei, weil der Vorstand aus Sparmaßregeln die Einstellung eines zweiten politischen Redakteurs ablehnte, der Verlust der tüchtigen Arbeitskraft ist bedauerlich.

Nachdem noch **Beckmann-Höchst** und **Liehe-Breslau** über die Provinzialpresse geklagt hatten, wird die Debatte vertagt. Schluß 7 Uhr.

Tokales.

Der Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorbereitung der Magistratsvorlage wegen Ankaufs von Grundstücken in der Stralauerstraße und in der Kleinen Stralauerstraße behufs Errichtung eines neuen Rathhauses hielt am Montag Abend unter Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzers Dr. Langenhans und in Anwesenheit der Magistratskommissare Kämmerer Maas und Stadtrat Borchardt seine dritte Sitzung ab. In derselben wurde nunmehr die Magistratsvorlage unter Herabminderung des Kaufpreises um 10 000 M. auf 4 985 000 M. in der Voraussetzung endgiltig mit 11 gegen 2 Stimmen genehmigt, daß die bestehenden Mietverträge dem recht-

zeitigen Beginn und der rechtzeitigen Fortsetzung des Baues nicht entgegenstehen auch die etwaigen Mieterschädigungen für frühere Lösung der Verträge von den Verkäufern gezahlt und die Entschädigung von 50 000 M. für den Vermittler Oswald Schneider nicht entrichtet werden. In Betreff des Gebäudes in der Jüdenstraße, in welchem sich das Amtsgericht I und Landgericht I befinden, hat der Magistratskommissar mitgeteilt, daß sich in bezug auf die Bedingungen für den Erwerb dieser Grundstücke seit dem Jahre 1896 nichts geändert habe, diese Bedingungen aber der Art sind, daß die Stadtgemeinde auf dieselben eingehen nicht im Stande sei.

Der Vorstand der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Berlin soll auf Antrag des Magistrats um zwei Gemeindefunktionen vergrößert werden. Diese Gemeindefunktionen sollen lebenslänglich mit Pensionsberechtigung und einem Anfangsgehalte von 5400 M., das sich von drei bis drei Jahren um 300 M. bis zum Höchstbetrage von 6800 M. steigert, angesetzt werden. Dem Magistrat soll nach dem Beschlusse des vorberatenden Ausschusses das Recht vorbehalten bleiben, diese Vorstandsfunktionen, sofern sie aus der Zahl der Magistrats-Mitglieder entnommen sind, wieder abzurufen und als Magistrats-Mitglieder weiter zu beschäftigen, und zwar in derjenigen Gehaltsstufe, welche sie inne haben würden, wenn sie ohne Unterbrechung als Magistrats-Mitglieder beschäftigt gewesen wären. Die lebenslängliche Anstellung und die Pensionsberechtigung wird durch die Rückberufung nicht aufgehoben. Der Versicherungsanstalt fällt aber der entsprechende Anteil an der Pension zur Last, welche sie bei den Beamten, die nicht Magistrats-Mitglieder waren, voll zu tragen hat.

Wir werden dieser Angelegenheit, die wir vorläufig registriert, noch in nächster Zeit einer Erörterung unterziehen.

Von den Innungen. Der Bericht der Gewerbe-Deputation des Berliner Magistrats für 1892/93 bringt eine Nachweisung über die Verhältnisse der hiesigen Innungen. Derselbe führt 69 Innungen auf, denen am 1. Dezember 1892 zusammen rund 17 500 Mitglieder angehörten. Die häufigsten Innungen waren: die Schuhmacher mit 2228, die Schneider mit 1450, die Tischler mit 1418, die Weber mit 1088 Mitgliedern; die schwächsten: die Zingischer mit 6 und die „gewerbsmäßigen Beirather in fremden Rechtsangelegenheiten“ mit 5 Mitgliedern. 96 Innungen, also mehr als die Hälfte, hatten noch keine 100 Mitglieder. Neue Innungen haben sich im Jahre 1892/93 nicht gebildet, dagegen haben sich zwei aufgelöst. Ueberflüssig sind sie alle; denn die Auffassung des Kleinhandwerks durch den Großbetrieb vermag keine von ihnen auch nur einen Schritt aufzuhalten.

Die Einweihung der an der Prenzlauer Allee neu erbauten Immanuelkirche, welche am Sonnabend Mittag in Gegenwart des Kaisers, nach den Berichten bürgerlicher Blätter „unter Entfaltung außergewöhnlichen Pompes“, stattgefunden hat, hat wieder einmal den Beweis geliefert, daß es in Berlin viel zu viel Polizei giebt. Die „Festkrone“, welche vom Bahnhof Alexanderplatz bis zur Kirche reichte, war schon lange vor Beginn der Feier mit einem wahren Meer von Schupsteuern, Wachmeistern, Polizeileutnants u. s. w. besetzt. Dabei war die Teilnahme der umwohnenden Bevölkerung eine verhältnismäßig unbedeutende. Die Polizei hätte es auch sehr wohl wissen können, daß das Schauspiel nicht allzu viel Neugierige anlocken würde. Die Kircheneinweihungen haben in Berlin Nord“ von vornherein eine besonders große Anziehungskraft besessen, und das bisherige Reich, welches sie auf einen gewissen, aber geringen Teil der dortigen Bevölkerung ausübten, haben sie auch bereits zum größeren Theile eingebüßt. Diese Kircheneinweihungen haben sich denn nachher zu oft wiederholt und sind besonders in den letzten Monaten in zu kurzen Zwischenräumen auf einander gefolgt. Die Immanuelkirche ist die 10. der Kirchen, welche in genau einem einzigen Jahre in oder um Berlin eingeweiht worden sind. Da muß auch der müßige Gaffer schließlich einweihungsmüde werden. Wenn die Polizei trotz dieser Ermattung der Teilnahme des Publikums, die auch ihr bereits ausgefallen sein muß, und sogar ungeachtet des besonderen, die Zahl der Neugierigen noch vermindern den Umständen, daß am Sonnabend schlechtes Wetter war, wiederum so zahlreich auf dem Platze erschienen ist, so muß man annehmen, daß sie anderswo abkömmlich war. Die andere Erklärung, daß man aus Anlaß der Einweihung andere Theile der Stadt zeitweilig ihres polizeilichen „Schutzes“ beraubt habe, muß zurückgewiesen werden, weil es ja gerade die Polizei ist, welche meint, daß überall da, wo sie nicht aufpaßt, „Sicherheit und Ordnung“ gefährdet sind.

Nun — tutsch! Die Firma Eugen Neumann u. Co. verwarft sich in einer Zuschrift an uns streng dagegen, untreue Geschäfte zu betreiben, wie solche zur Illustration im Artikel vom 21. Oktober 1893 im „Vorwärts“ unter der Ueberschrift „Nun — tutsch“ behauptet worden. Die Firma schreibt uns: Der verurtheilte Destillateur hat Imitation oder künstlich hergestellten Rum unter der Etiquette echten Jamaica-Rum verkauft und darauf hin ist derselbe auch bestraft worden. Die Firma Eugen Neumann u. Co. verkauft laut ihrem Preisverzeichnisse genau ihre Rums, Aracs und Kognacs unter dem Etiquette resp. Namen, welcher den Waaren geb. hat: Jamaica-Rum Nr. 2 und 3 Imitation als Kunstwaare, diese ist aus bestem Spirit hergestellt und erhält ihren Rumgeschmack durch Rumessenz. Jamaica-Rum, Cat Verschnitt, ist echter Rum mit Spirit und Wasser in den Prozentsätzen niedriger gestellt. Endlich Original-Jamaica-Rum, unverfälscht. Von einer Fälschung der Waare kann also absolut keine Rede sein, ebenso wenig von einer Täuschung des laufenden Publikums. Letzteres erfährt schon aus den Etiquetten ganz genau, ob es unverfälschte Originalwaare, Verschnittwaare oder Kunstwaare erhält, wird also durchaus recht bedient.

Was Herr Neumann nun eigentlich in dieser Zuschrift bezieht hat, ist uns unverständlich. Wir haben an den Waaren, die er in seinem Preisverzeichnisse empfohlen, gezeigt, mit welchem Zeug der Arbeiter, der nicht im Stande ist, sich „echte“ Waare zu kaufen, vorlieb nehmen muß, wenn er sich einen sogenannten Genus verschaffen will. Das Herr Neumann klug genug war, die Imitations- und Verschnittwaare, die er selbst, als solche zu verkaufen, das ist es ja eben, was wir in unserer neulichen Notiz als bezeichnend hervorgehoben haben.

Zum Kapitel der Milchrevisionen theilt die „Berliner Milcheitung“ folgenden bemerkenswerthen Fall mit: Bei dem Milchhändler Schulz in der Zimmerstraße wurde an einem Juli Vormittage ein Faß Milch als nicht marktfähig versiegelt. Am Nachmittag desselben Tages erhielt Sch. den Befehl, daß die Milch freigegeben worden sei. Sch. war natürlich der Meinung, daß die Sache damit ihr Ende gefunden habe. Allein vier Wochen später wurde er ganz unerwartet zur Polizei zitiert, woselbst er wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittel-Gesetz vorgenommen werden sollte und zwar auf Grund des oben angeführten Falles. Als Sch. sich darauf berief, daß die Milch ja sofort wieder freigegeben worden sei, erwiderte man ihm, es habe ein Irrthum des Chemikers vorgelegen, die Milch sei thatsächlich nicht marktfähig gewesen. Am letzten Freitag erhielt Sch. ein Strafmandat, auf zehn Mark lautend, gestellt. Außerdem soll er noch 1,20 M. Kosten bezahlen. Schulz ist aber nicht willens, Strafe und Kosten schweigend zu entrichten, vielmehr entschlossen, richterliche Entscheidung zu beantragen.

Zu dem Schwindel in der Seifen- und Parfümeriebranche, über welchen der „Vorwärts“ in der Mittwoch- und Freitag-Nummer berichtet, erfahren wir noch aus Nachkreisen, daß außer den Kaufleuten Wissing und Mossmann, die bekanntlich bereits hinter Schloß und Riegel liegen, noch weitere 5 Berliner Firmen in dieser Angelegenheit mit dem

Strafrichter Bekanntheit machen werden. Die Untersuchung ist in vollem Gange und es empfiehlt sich daher für alle diejenigen, die durch diesen „Schlussschwindel“ und ähnliche Wandler der Reisenden geschädigt worden sind, zur eventuellen Wiedererlangung der ihnen abgeschwindelten Summen, umgehend der Staatsanwaltschaft des Landgerichts I Mittheilung zu machen resp. Anzeige zu erstatten. Ein lukratives Geschäft ist der Schlussschwindel auf alle Fälle; der Erfinder dieses Systems ist, wie berichtet wird, jetzt mehrfacher Millionär und besitzt eine Villa am Rhein und eine in der Nähe Berlins. Auch er dürfte in seiner behaglichen Lebensweise jetzt etwas unruhig gekört werden. Die gedruckten Schlussscheine enthalten auch den Vermerk: Erfüllungsort Berlin. Derselbe wird von den jowialen Provinzialen meist nicht verstanden und die Reisenden hüten sich, den wahren Sinn des Wortes zu erklären. Doch gerade das ist es, worauf es den Betrügnern ankommt. Es bezeichnet den Gerichtsort. Die Firmen klagen und müssen eventuell ebenfalls in Berlin verklagt werden. Die etwas umständlichen Kleinräuber lassen sich hierzu nicht so leicht bewegen und um Scheerereien aus dem Wege zu gehen, zahlten sie lieber. Von dem Reisenden einer der 5 Firmen, die nächster Tage veröffentlicht werden sollen, wurde einem Händler in Medlenburg gesagt, er bekomme die Waare in Kommission, und was er nicht verkaufe, nehme die Firma zurück. Er erchrat nicht wenig, als er noch 3 Monat unter Hinweis auf den Schlussschein die Aufforderung erhielt, erdicht (180 M.) zu zahlen, sein Ziel sei um. Der Mann wußte sich nicht zu helfen; er ließ sich das Geld, zahlte — und hat jetzt theuren Schand auf dem Halbe. — Hoffentlich wird den Betrügnern das Handwerk gründlich gelegt und den Geschädigten das Geld zurück erstattet.

Ein neuer Eisenbahn-Billettschwindel. Erinnerung sein dürfen noch die vor einiger Zeit in Hamburg erfolgten Verhaftungen von Eisenbahnbeamten, durch welche gleichzeitig zahlreiche Reisende belästet wurden. Ein ähnlicher Fall ist dieser Tage auch in Berlin aufgedeckt worden. Es wird darüber berichtet:

Umfangreiche Verhaftungen wurden am Sonnabend Abend und Sonntag Morgen bei Angestellten der Stettiner und Nordbahn vorgenommen, welche durch Verkauf gefälschter Fahrkarten sich einen unredlichen Nebenverdienst geschaffen haben. Wie verlautet, befindet sich der Anführer und Leiter dieser Unternehmungen in Stettin, von wo aus er einen großen Theil seiner Kollegen mit in das Verbrechen zog. Die Betrügnereien sollen sich auf eine lange Zeit zurückführen lassen. Die Untersuchung ist bereits im Gange und wird voraussichtlich noch weitere Aufschlüsse ergeben.

Derartige Betrügnereien sind, wenn sie auch keinen Vergleich mit den Bank- und Wechseltschwindlern Wolf, Sommerfeld und Konforten aushalten, selbstredend in hohem Grade verwerflich. Eine Parallele wäre aber erst zu ziehen, wenn man näheres über die Verhältnisse der verhafteten Eisenbahnangestellten erfähre und sich darüber informieren könnte, ob diese Fälle ähnlich zu beurtheilen sind, wie die typisch gewordenen Vergehens der elend besoldeten Postbeamten. Vielleicht theilt uns einer unserer Leser näheres mit.

Neue Gründung. Nachdem der absonderliche Plan einer Verquickung des Vegetarismus mit der Sozialdemokratie an dem gefundnen Sinn unserer Berliner Parteigenossen kläglich gescheitert ist (siehe Verfammlungsbericht), soll, wie verlautet, die Gründung einer vegetarisch-anarchistischen Partei unter dem Namen „Partei für Kohlseder Art“ in Aussicht genommen worden sein. — Unsern Segen hat sie.

Aus der besseren Gesellschaft. Viel Aufsehen macht der Selbstmord des 62 Jahre alten Kaufmanns Adolf v. Lepel, der seit Jahren das Grundstück Unter den Linden 9 verwaltete und in Charlottenburg wohnte. Er gehörte einer sehr begüterten Familie an und war noch Ende der sechziger Jahre Besitzer des Schlosses Schönholz. v. L. kam in seinen Verhältnissen zurück und übernahm schließlich die Verwaltung des genannten Hauses, in dem sich das Hotel Bauer befindet. Die Vertreter der Eigentümer (Vogel'sche Erben) waren nun am Sonnabend in einer im Weisheit eines Rechtsanwaltes abgehaltenen Konferenz dahin übereingekommen, eine Durchsicht der von dem Verwalter geführten Bücher vorzunehmen. Dabei ergab sich zunächst, daß v. L. die Bücher entfernt und in der Nachbarschaft versteckt hatte. Da ihm dies aber nichts nützte, so rannete er gegen 6 Uhr Nachmittags in ein im dritten Stock belegenes Fremdenzimmer des Gasthofes und versuchte sich durch den Genus von Schwefelsäure zu vergiften. Das 3. Polizeirevier wurde von dem Geheißnis sofort benachrichtigt und ließ den Todkranken mittels Krankenwagens einem Hospital zuführen. Dort ist er noch an demselben Abend um 8¼ Uhr gestorben, ohne zum Bewußtsein zurückgekehrt zu sein.

Ein Feuer entstand am Sonnabend Nachmittag 4 Uhr in der vierten Etage des Hauses Münchenergerstr. 29 dadurch, daß Kinder mit Streichhölzern spielten. Verbrannt sind verschiedene Mobilien und Bücher. Die Ursache war die alte, Mann und Frau mußten auf die Fabrik gehen und ihre Kinder unbeaufsichtigt zurücklassen. An der Zerstörung der Familie und der Verwahrlosung der Jugend ist aber trotz alledem der tugendreiche Kapitalismus unschuldig — alle diese Sünden hat die Sozialdemokratie auf dem Gewissen.

Ueber drei vermiste jugendliche Personen wird berichtet: Seit dem 19. d. Mts. ist das 15 Jahre alte Mädchen Hedwig Jall, das aus Prenzlau stammt, spurlos verschwunden. Die Vermiste hat graue Augen, dunkles Haar und besonders große absteckende Ohren. Sie trug dunkle Kleidung und einen braunen Hut. Ferner ist der schwachsinnige 13 Jahre alte Knabe Willi Bielerfeld, der sich am Sonnabend aus der elterlichen Wohnung, Bräunerstr. 4, entfernte, dorthin nicht zurückgekehrt. Der Knabe hat hellblondes Haar und trug eine graue Hofe und eine Schirmmütze. Am denselben Abend um 8 Uhr ist das 14jährige Mädchen Anna Keitner aus der mütterlichen Wohnung, Tharitz 43, verschwunden. Das klein und schwächlich gebaute Kind hat blaue Augen, dunkles Haar, trug einen grünen Rock, blaue Schürze und Polypantoffeln. Als besonderes Merkmal wird das Fehlen eines Schneidezahnes angegeben. In allen drei Fällen wird vorläufig Unglück vermuthet.

Entweichen aus der Irrenanstalt in Herzberge ist vorgefallen der frühere Schreiber Adolf Krüger, der der Kriminalpolizei lange Zeit zu schaffen gemacht hat, indem er sie mit vielen Kleinigkeiten beschäftigte, aber auch Einbrüche verübte, die ebenso verwegene waren, wie seine Ausbrüche aus den Strafanstalten. Er spielt regelmäßig den wilden Mann und hatte in Berlin auch stets Erfolg, weil die Gerichtsbärge ihn für unzurechnungsfähig erklärten. Die Kriminalpolizei war immer anderer Ansicht, da Krüger's Straftathen mit außerordentlichem Geschick vorbereitet und ausgeführt wurden, und weil er den Beamten offen erklärt hatte, daß er lieber in eine Irrenanstalt, als in das Juchthaus gebracht werden wolle, weil er aus der ersten leichter entweichen könne.

Bezüglich der choleraerkrankten Frau Dürkop wird gemeldet, daß nunmehr auch die Begleiterscheinungen der Seuche, die Krampfanfälle, aufgehört haben. Bei dem Ehemann, einer erwachsenen Tochter, einem fünfzehnjährigen Sohn der Erkrankten, sowie bei der Frau, die sie zuerst gepflegt hat, sind verdächtige Erscheinungen bis jetzt nicht zu Tage getreten. Alle vier Personen befinden sich aber noch zur Beobachtung im Krankenhaus, dürfen aber heute entlassen werden.

Ein zweiter Cholerafall aus der Umgebung Berlins wird aus Zerpenschleuse gemeldet. Dort erkrankte am

Freitag voriger Woche unter choleraerbdächtigen Erscheinungen die 26jährige Ehefrau des daseibst wohnenden Holzarbeiters Gorre und verstarb schon nach zwölftägigem Krankenlager. Der sofort benachrichtigte Kreisphysikus, Dr. Philipp, hat sich am Sonnabend nach Zerpenschleuse begeben.

Erfahrung. Auf Grund schöffengerichtlichen Vergleichs vom 12. Oktober 1893 bringen wir nun auch wie bereits in unserer Nummer vom 13. Juli 1893 zur Kenntniß unserer Leser, daß die in unserer Nr. 156 vom 6. Juli 1893 in bezug auf Herrn Gärtnerbesitzer Bluth in Groß-Lichterfelde von der Mißhandlung eines Mädchens gebrachten Meldung auf einem thatsächlich unrichtigen Bericht zurückzuführen ist.

Wir geben hierdurch unserem Bedauern erneuten Ausdruck, daß diese Meldung in unserer Zeitung Aufnahme gefunden hat und bedauern insbesondere auch die Fassung des Artikels.

Berlin, den 12. Oktober 1893.
Die Redaktion des „Vorwärts“.
Schröder.

Polizeibericht. Am 21. d. M. stürzte gegen Mittag ein allein in der elterlichen Wohnung Dintens 219 befindlicher fünfjähriger Knabe, nachdem er das zugewirkelte und außerdem mit einer Schnur zugebundene Fenster geöffnet hatte, aus dem zweiten Stock auf den Hof hinab und erlitt schwere Verletzungen, insbesondere am Kopfe. — Gegen Abend machte in dem Fremdenzimmer eines Hotels ein Kaufmann den Versuch, sich zu vergiften. Er wurde noch lebend nach der Charite gebracht. — In der Gartenstraße fiel ein Tischler beim Absteigen von einem fahrenden Omnibus zu Boden und zog sich eine derartige Verletzung am Hinterkopfe zu, daß er die Hilfe der Sanitäts-wache in Anspruch nehmen mußte. — In der Rosenthalerstraße verunglückte eine obdachlose Frau, indem sie von der Bord-schwelle des Bürgersteiges fiel und sich dabei den linken Oberschenkel brach. Sie wurde nach der Charite gebracht. — Am 22. d. M. Morgens versuchte ein Kaufmann in seiner Wohnung in der Andreadstraße sich zu erschießen und verletzte sich schwer am Kopfe. — Beim Abbruch des Hauses Friedrichstr. 43 fielen Vormittags drei Arbeiter, die mit der Entfernung eines Ankers beschäftigt waren, infolge einer plötzlichen Drehung desselben etwa 2½ Meter hoch herab. Hierbei wurde einer von ihnen innerlich schwer verletzt, während die beiden anderen anscheinend nur leichte äußere Verletzungen davontrugen. — Vor dem Hause Potsdamerstr. 129b fiel gegen Abend ein Schuhmacher infolge eines Fehltritts zu Boden und verletzte sich nicht unerheblich an der Stirn. — Am 21. und 22. d. M. fanden 11 kleine Brände statt.

Gerichts-Beilage.

Wegen eines gegen die Cris-Krankenkasse verübten Betruges war der Zimmermann August Schulz vom Schöffengericht zu vier Wochen Gefängniß verurtheilt worden. Schulz erlitt in diesem Frühjahr eine Verletzung der rechten Hand, die ihn erwerbsunfähig machte. Er erhielt wöchentlich 12 Mark Krankengeld. Bald nach dem Unglücksfall erhielt Schulz von einem Unternehmer das Anerbieten, dessen Bau zu beaufsichtigen. Er nahm die Stellung an und verdiente dabei wöchentlich 42 Mark. Ferner ließ er seine beiden bei ihm wohnenden Söhne, von denen der eine nichts, der andere die Schlosserei erlernt hatte, auf dem Bau als Zimmerleute arbeiten, wodurch er ihnen einen Wochenlohn von je 30 M. verschaffte. Die drei Personen hatten somit einen Gesamt-Wochenlohn von 102 M. Trotz dieses auskömmlichen Verdienstes fuhr Schulz fort, die Krankenkasse in Anspruch zu nehmen. Im gezeigten Termine vor der zweiten Instanz machte Schulz die thörichte Ausrede, daß er als Aufschlagsmann nur mit dem Kopfe gearbeitet habe, das Krankengeld habe er doch wegen der verletzten Hand erhalten. Das Gericht würdigte diesen Einwand nicht, sondern verwarf die Berufung.

Gegen den Professor Dr. Paul Förster zu Friedenau, sowie gegen den Redakteur Dedo Müller von der „Staatsbürger-Zeitung“ stand gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I Termin wegen Beleidigung durch die Presse an. Es handelte sich um eine Kritik des Bischoff-Prozesses, den Professor Förster gelegentlich eines öffentlichen Vortrages ausübte und die in einem Bericht in der „Staatsbürger-Zeitung“ wiedergegeben wurde. In Theilen dieser Kritik findet die Anklage-Beleidigung des Ersten Staatsanwalts Baumgart und des Landgerichtsraths Bräutigam zu Cleve. Es kam nicht zur Verhandlung, da Professor Förster ein Krankheitsattest eingereicht hatte. Die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwälte Dr. Schmidt und Paternmann.

Soziale Uebersicht.

Invaliditäts- oder Altersversicherung? Das Reichs-Versicherungsammt hat entschieden, daß, wenn die Invalidenrente geringer ausfällt als die Altersrente, der Rentensuchende den Anspruch erheben kann auf Auszahlung der Altersrente. Es sei zwar eine Lücke im Gesetz; aber dieselbe müsse im Geiste des Gesetzgebers ausgefüllt werden, welcher denjenigen, der bereits die Altersrente beziehe, durch die Zulassung der Invalidenrente nicht schlechter gestellt wissen wollte.

Allgemeine deutsche Zuschuß-Kranken- und Sterbekasse, Sitz Mainz. Zur Richtigkeitstellung wird uns von dem hiesigen Bevollmächtigten der Kasse, Herrn H. Schulz, Remelerstraße 60a, 3 Tr., mitgeteilt, daß, entgegen einer von uns früher gemachten irrtümlichen Angabe die Kasse nur männliche Personen im Alter von 15 bis 45 Jahren aufnimmt. Das Einschreibegeld beträgt 1,80 M.; die Leistungen betragen für 40 Pf. wöchentlichen Beitrag 12 M.; für 30 Pf. Beitrag 9 M. und für 20 Pf. Beitrag 6 M. pro Woche.

Fürstliche Löhne. Unserm Gothaer Bruderorgan zufolge sind die Holzhauer der Koburger Oberförsterei unter dem verstorbenen Herzog Ernst II. mit einer Mark und zwanzig Pfennig, sowie einer Kanne einfach Bier pro Tag entlohnt worden, wenn sie bei den jeweiligen Jagden als Treiber fungierten. Dieselbe Bezahlung erhalten sie auch unter dem neuen Herzog.

Der schweizerische Arbeiterbund hat zum 5. November einen außerordentlichen Arbeitertag nach Zürich einberufen. Zur Beantwortung steht folgende Tagesordnung: 1. Die unentgeltliche Krankenpflege als Vorbedingung einer freien Organisation der Krankenkassen. Referenten: Prof. Dr. Bed, Freiburg, und Héritier, Großrath in Genf. 2. Vorträge eines Entwurfes zur Volksinitiative für unentgeltliche Krankenpflege. Referenten: Arbeitersekretär Greulich und Schwiggübel, vom Adjunkt.

Verfammlungen.

Die Freie Vereinigung aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Berufsgenossen hielt am 17. Oktober eine Generalversammlung ab, in welcher zunächst der Rassenbericht vom 3. Quartal gegeben werden sollte. Derselbe mußte aber wegen Erkrankung des Kassiers ausbleiben. Darauf hielt Genosse Köster einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über Religion und die Erzeugung der Astronomie. Nachdem den streikenden Steinrudern und Lithographen in Brandenburg

60 M. bewilligt waren, entspann sich eine lebhafteste Diskussion über die Lohnverhältnisse in der eigenen Branche. Sämtliche Redner waren der Meinung, daß den fortwährenden Abwärtigen endlich ein Damm entgegenzusetzen müsse, bedauerlich sei es indes, daß die Kollegen der Kettner'schen Fabrik, in welcher die Verhältnisse äußerst schlecht sein sollen, kein Einziges dem Fachverein angehört. In ein nettes Licht wurde die Fabrik des Herrn Hauptner gestellt; dort werden den Arbeitern, außer schlechter Bezahlung, auch noch für unpünktliches Erscheinen Strafen bis zur Höhe von 3 M. abgezogen. Daraus wurde beschlossen, im nächsten Monat eine öffentliche Versammlung einzuberufen, welche sich mit diesen Angelegenheiten zu befassen habe.

Seitens der Berliner vegetarischen Vereinigung war für den 20. d. M. eine Volksversammlung einberufen, zu welcher alle Vegetarier und Anhänger der Naturheilkunde, die zugleich Sozialdemokraten sind, eingeladen waren. Die Versammlung war schwach besucht, trotzdem sich auch Nichtsozialdemokraten eingefunden hatten. Der Zweck der Versammlung war eine Besprechung über die Möglichkeit der Begründung einer neuen naturgemäß-sozialen Partei bzw. Parteigruppe. Einleitend hielt Herr Heidemann einen Vortrag über die Frage: „Kann die Sozialdemokratie ihrer Aufgabe allein gerecht werden?“ Der Referent, welcher rückhaltlos auf dem Boden des Erfurter Programms stand, verneinte diese Frage. Das Programm weise noch verschiedene Lücken auf. Deshalb solle sich eine neue Parteigruppe bilden, welche ihre Forderungen dem Parteiprogramme ergänzend hinzufügen solle und hoffe der Redner, daß diese Forderungen ein Gemeingut der ganzen Partei werden würde. Schon heute hätte die Sozialdemokratie die Forderung der Naturheilkunde in ihr Programm aufnehmen müssen. Sozialdemokratie und Naturheilkunde seien eng zusammengehörig, beide bekämpften die Ursachen der Krankheiten am Volkskörper, wie am menschlichen Körper. Naturgemäß müßte jeder Sozialdemokrat Anhänger der Naturheilkunde sein und ebenso umgekehrt. Die Sozialdemokratie, welche alle Verhältnisse umzugestalten bestrebt sei, hätte die Pflicht, sich auch von der Staatsmedizin, diesem Jopf aus dem Mittelalter, loszusagen. Die Naturheilkunde habe heute noch unter der Herrschaft des Kapitalismus zu leiden und werde erst im freien Zukunftsstaate zur vollen Entfaltung kommen können. Dem sozialdemokratischen Programm fehle die Forderung nach Selbstreform, die sich auf Körper und Geist und auch auf das Herz erstreckte. Deshalb werde die Sozialdemokratie dereinst auch des ethischen Vegetarismus bedürfen und verlange Redner, schon jetzt so viel wie möglich Selbstreform zu üben. Redner behauptete, daß heute jeder Mensch ein wenig körperlich und demzufolge auch geistig krank sei. Kranke Geister könnten die soziale Frage nicht lösen. Deshalb hätte die Sozialdemokratie sich mit dem gesundmachenden ethischen Vegetarismus zu verbinden und hätten alle ethischen Vegetarier Sozialdemokraten zu sein. Redner erblickte im Zukunftsstaate auch das Ideal für den Vegetarismus, d. h. für den ethischen Vegetarismus. Herr Recentien, Vorhändler der „Freien vegetarischen Vereinigung“ bemühte sich, zu beweisen, daß die vegetarische Bewegung und die Naturheilkunde parteilos bleiben müssen und protestierte dagegen, diese ins Lager der Sozialdemokratie überzuführen, begegnete indessen großem Widerspruch. Vegetarier Schweder äußerte sich in demselben Sinne. In anbetrachter der ausgedehnten Redezeit wurde für die folgenden Redner die Redezeit auf zehn Minuten beschränkt. „Nagen-vegetarier“ Seiler war gegen Verquickung der wissenschaftlich noch nicht entschiedenen Fragen mit der Parteipolitik und demzufolge gegen die Neugründung einer Partei und wies nach, daß die Sozialdemokratie mit der Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung gleichzeitig auch die Grundursachen der individuellen Krankheiten beseitige. Die weitere Debatte zeitigte einen lebhaften Meinungsaustausch, in welchem die Meinung die vorherrschende war, daß Vegetarier und Anhänger der Naturheilmethode in erster Reihe in die Reihen der Sozialdemokratie gehören, da diese nur sie ihren Zielen nahe bringen könne, das aber jedes Seltenwesen in der Sozialdemokratie vermieden werden müsse. Infolge einer Demonstration der anwesenden Mitglieder der „Freien vegetarischen Vereinigung“, die in heftiger Fehde mit der „Berliner vegetarischen Vereinigung“, die sich offen zur Sozialdemokratie bekannte, sich befindet, endete die Versammlung in unschöner Weise und ohne positives Ergebnis.

Der Allgemeine Verein der Töpfer Deutschlands, Mitgliedschaft Berlin, hielt am 20. Oktober eine Versammlung ab, in der die Lage des Fensterstreiks erörtert wurde. Es hatten sich im Laufe der Woche 125 Streikende, die 132 Kinder haben, gemeldet, wovon inzwischen bereits 33 Kollegen mit 40 Kindern wieder die Arbeit aufnehmen konnten, so daß noch 92 mit 92 Kindern zu unterstützen sind. Beulert berichtete über einzelne Bauten und rief, die Forderung des Treppenschlusses fallen zu lassen; dann werde der Streik sich schneller einschränken und zu Ende führen lassen. Der Vorhändler theilte mit, daß die hiesige Mitgliedschaft nur 500 M. besitze und von den auswärtigen Kollegen nichts zu erwarten sei, da in den meisten größeren Städten die Töpfer sich gleichfalls im Fensterstreik befinden. Einige hiesige Gewerkschaften wären aber bereit, Geld herzugeben, wenn es ihnen später zurückgezahlt werde. Ueber die Höhe der Streikunterstützung diskutierte die Versammlung längere Zeit, sie beschloß, in der ersten Woche jedem Streikenden 15 M. und für jedes Kind außerdem 1 M. zu zahlen. Die arbeitenden Kollegen, deren Verdienst höher als die Unterstüfung ist, werden verpflichtet, 10 pCt. von ihrem Verdienst zu steuern. Unter Verschiedenem theilten die Kollegen von Holz und Arnold mit, daß sie mit ihren Unternehmern wegen der Bezahlung in Differenzen gekommen seien. Nach Vortrag des Streitpunktes billigte die Versammlung die Haltung der betreffenden Kollegen. Bezüglich des Mitgliedes Ernst von der Zwinglstraße, der weiter arbeitet, obwohl seine Kollegen streiken, wurde beschlossen, denselben in der nächsten Versammlung zur Verantwortung zu ziehen und hierzu besonders einzuladen. Ein Kollege aus Hamburg ermahnte die Anwesenden, dafür zu sorgen, daß alle Mißstände im Baugewerbe öffentlich bekannt werden. Kollege Parmann betonte gegenüber einer irrthümlichen Auffassung im vorigen Bericht, daß der Verein keine Geschäfte nach wie vor bei Bernau in der Rosenstraße abwickelt. Nur als Herberge nicht als Verkehrslokal sei die Wirtschaft in der Neuen Friedrichstraße gewonnen.

Die Filiale Berlin des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands hatte am 16. Oktober eine Versammlung, in der zunächst B. Jung, Dragonerstr. 24, zum 2. Vorsitzenden gewählt wurde. Die darauf verlesene Abrechnung über das dritte Quartal ergab eine Einnahme von 154,93 M. und eine Ausgabe von 198,36 M. Ueber das Sommerfest konnte das Komitee noch keine Abrechnung vorlegen, weil Paul Fischer, Wilh. Sternsdorf, Scholz, Reimer, Weinberg und Kraft noch mit Villet's und Geldern zurückzuzahlen. Bei Besprechung der zur Urabstimmung vorliegenden Anträge empfahl die Filiale den Antrag des Hauptvorstandes, welcher besagt, daß den Filialkassen 40 pCt. der Gelder verbleiben sollen. Auch wurde die Verlängerung der Amtsdauer des Vorstandes auf ein Jahr beantragt. Nach einer langen und resultatlosen Debatte über die Organisationsfrage wurde zur Einschaltung in das Streikreglement folgender Antrag angenommen: Streiks werden von der Hauptkassse unterstützt, soweit Gelder vorhanden sind. Nach Erledigung einiger kleineren Sachen erfolgte Schluß der Versammlung.

Eine Verbandsversammlung der in Holzbearbeitungsfabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen (Filiale II) tagte am 17. Oktober. Genosse Augustin sprach in einem sehr

interessanten Vortrag über das Thema: „Wird die Sozialdemokratie siegen?“ Ueber den von der Filiale dem Vorstand unterbreiteten Antrag eine Urabstimmung in sämtlichen Filialen Deutschlands über die Form der Organisation zu veranlassen, liegt bis heute noch keine Antwort des Vorstandes vor. Redner bemerkt, es sei an der Zeit, zu der Frage Stellung zu nehmen, schließen wir uns dem Holzarbeiter-Verband an, da die Generalversammlung zu Weihnachten stattfindet.

Die Freie Vereinigung der Blumen- und Pflanzenerbeiter und Arbeiterinnen hielt am 16. Oktober ihre Generalversammlung ab. Zum Bericht des Vorstandes ist zu erwähnen, daß im Laufe des Jahres 19 Versammlungen mit acht Vorträgen stattfanden. Vier Versammlungen konnten wegen schwachen Besuches nicht tagen. Aus der Neuwahl des Vorstandes gingen hervor: 1. Vorhändler, Müller; Stellvertreter, Wimschütz; Kassirerin, Frau Goldader; 1. Schriftführerin, Frau Jäger; Stellvertreterin, Frau Berner. Es wurde noch beschlossen, die regelmäßigen Monatsversammlungen künftighin am Dienstag nach dem ersten im Lokale Annenstraße 16 stattfinden zu lassen.

Aufgelöst, wie gewöhnlich, wurde auch die Sonnabend, den 14. Oktober, in Pantow im Gesellschaftshaus von Stör tagende öffentliche Versammlung des Arbeitervereins für Pantow und Umgegend. Der zum Parteitag als Delegierter gewählte Genosse Bilz von hier hatte in längeren Ausführungen seinem Standpunkt zu den einzelnen auf dem Parteitag zur Beratung stehenden Punkten den Genossen gegenüber klargestellt und war nach einer lebhaften Besprechung bei seinem Schlusswort. Mitten in seiner Rede, es war inzwischen ein paar Minuten nach 11 Uhr geworden, unterbrach der überwachende Beamte, der Gendarm Pöffel, derselbe, der bis jetzt regelmäßig unsere Versammlungen bei eingetretener Polizeistunde aufgelöst hat, den Redner und löste die Versammlung auf, da dieselbe nicht bei Eintritt der Polizeistunde geschlossen worden ist.

In einer öffentlichen Versammlung der Zwickler und Berufsgenossen am 18. Oktober, zu der die Arbeiter und Arbeiterinnen der mechanischen Schuhfabrik besonders geladen waren, sprach Kollege Krause in einem ausführlichen Vortrage über die Zustände in den Werkstätten der Schuhfabriken, sowie über die äußerst traurige Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen in dieser Branche. In der Diskussion gab Kollege König verschiedene Ergänzungen zum Vortrage und bemerkte, eine Untersuchung der Zustände in manchen Fabriken würde gewiß zur Schließung dieser führen. So habe man sich nicht entblödet, die Arbeiter einer Fabrik, 14 an der Zahl, in einen Ziegenstall (als Arbeitsraum) hineinzuführen. Die Kollegen Niederauer, Wättnier, Mengel, Hildebrandt, sowie der Vordredner und Referent hoben die dringende Notwendigkeit der Organisation hervor, um Besserung dieser durchaus menschenwürdigen Zustände herbeizuführen. Um wirksame Agitation entfalten zu können, wählte man eine siebenköpfige Agitationskommission, bestehend aus den Kollegen Rosenbaum, Hildebrandt, Stieger, Meyer, Bob, Pause und Demmeler. Einstimmig nahm hierauf die Versammlung eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution an. Zu dem schriftlichen Ersuchen, welches die Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuhfabrik von Roche u. Komp. mit ihren Unterschriften versehen an die Inhaber derselben gelangt, des Inhalts, an den Sonnabenden nur bis 6 Uhr zu arbeiten, theilte der Vorhändler mit, daß darauf den Arbeitern und Arbeiterinnen kurzer abschließlicher Bescheid zugegangen sei. Schließlich erging die Aufforderung an alle, die nächsten Sonntag Vormittag tagende öffentliche Schuhmacher-Versammlung zahlreich zu besuchen.

Die Schuhmacher hielten am 22. Oktober eine öffentliche Versammlung ab. Des schwachen Besuches wegen wurde vom angeforderten Vortrag Abstand genommen. Hamacher erstattete als Revisor Bericht über die Abrechnung betreffs des Rauff'schen Streiks. Nach demselben steht eine Gesamteinnahme von 1101,48 M., eine Gesamtausgabe von 1085,96 M. gegenüber. Es bleibt somit ein Bestand von 15,52 M. Der Streikkommission wurde Decharge erteilt, nachdem man lange, aber in unerquicklicher Weise über die Abrechnung diskutiert hatte. Bezüglich der Schulden regte man an, dieselben nochmal zur Zahlung aufzufordern und falls dies fruchtlos, dann ihre Namen zu veröffentlichen.

Die lokalorganisierten Töpfer und Berufsgenossen Berlins und Umgegend waren am 20. Oktober zahlreich in Joel's Saal versammelt, um den Situationsbericht über die Lage des Fensterstreiks entgegenzunehmen und die Streikunterstützung zu regeln. Das Resultat ist nach den Mittheilungen des Vorsitzenden Hagen vom Dienstag (den 17. d. Mts.) ab folgendes: Es streikten 350 Töpfer resp. Berufsgenossen, worunter 34 Unorganisierte. Im Laufe der Woche haben sich 50 Streikende abgemeldet, 14 sind erst am 19. d. M. hinzugekommen, so daß am Sonnabend, den 21. Oktober, insgesammt 300 Streikende mit 310 Kindern zu unterstützen sind. In der auf diesen Bericht folgenden Debatte wurden verschiedene Unzutrefflichkeiten und Heiderereien mit den Kontrollleuten des Zentralverbandes besprochen und behauptet, daß ihnen von dieser Seite der Kampf mit den Unternehmern mehr erwünscht werde, als von den Angehörigen des Innungsgefellen-Bereichs. Nachstehende Resolution gelangte am Schluß der Diskussion zur Annahme: „Die Versammlung erklärt nach wie vor an den in verschiedenen Versammlungen gefaßten Beschlüssen festhalten. Jeder Kollege verpflichtet sich mit seiner ganzen Kraft zur Durchführung derselben mit Beistand.“ Die Streikunterstützung wurde durch folgende Beschlüsse geregelt: „Jeder streikende Kollege und Berufsgenosse (Träger), welcher vom 16. Oktober ab die Arbeit niedergelegt hat und sich ausweisen kann, daß er unserer Organisation angehört, erhält pro Woche 15 M. und für jedes Kind 1 M. Unterstüfung.“ Vom Sonnabend, den 21. Oktober, ab führt jeder arbeitende Kollege 5 pCt. seines wöchentlichen Arbeitsverdienstes dem Unterstüfungsfonds zu. Kollegen, welche die ersten drei Tage nicht gearbeitet haben, sind von der Abführung der Prozente entbunden. Streikende, welche 3 Tage in der Woche gearbeitet haben, erhalten keine Unterstüfung.

In anbetrachter des Umstandes, daß die großen Opfer, welche der Fensterstreik in jedem Jahr gekostet hat und die lediglich von denselben opferwilligen Kollegen unter Aufrechterhaltung mancher Entbehungen aufgebracht werden mußten, man trotzdem den Willen, die den Weg zur Organisation nicht finden wollten, bisher dieselben Rechte in bezug auf Unterstüfung angeheben ließ, damit aber keineswegs deren Anschluß an die Organisation erreichte, beschließt die Versammlung, von einer Unterstüfung der Willen in diesem Jahre abzusehen, jedoch der Kommission die Befugnis zu geben, genau zu erwägen, wer als unorganisiert zu betrachten ist.“

Die in der am Montag stattgefundenen Versammlung der lokalorganisierten Töpfer vorgebrachten Klagen über die Beschaffenheit der Herberge Gipsstr. 3 wurden von Hagen als Unwahrscheinlichkeiten, zum mindesten aber als Uebertreibungen zurückgewiesen. Eine Kommission habe eine Untersuchung der behaupteten Uebelstände vorgenommen und keinen Anhalt für diese Behauptungen gefunden. Zum Schluß ersuchte David, Eisenbahnstr. 25 wohnhaft, um Meldung etwaiger Zeugen der Vorfälle in der Mittagstunde vom 6. Februar während des Spandauer Töpferstreiks auf dem Bau Cur- und Lutherstraßen-Gde.

Herr Stadtfabrikant Briege, Charlottenburg, theilt uns zu dem im „Vorwärts“ vom 21. Oktober gedruckten Versammlungsbericht der Stodfabriker beherichtigend mit, daß er die Arbeiter

aus Ungarn, von denen in der Versammlung die Rede war, keineswegs wie gesagt worden ist, unter dem Versprechen, daß sie das Doppelte bei ihm verdienen können hergelockt habe. Vielmehr verdienten die betr. Arbeiter gegenwärtig im Durchschnitt mehr als ihnen zugesagt worden sei. Auch dächten die Arbeiter gar nicht daran, wieder nach ihrer Heimath zurückzulehren.

Vermischtes.

Die Cholera. Stettin, 21. Oktober. Seit dem 23. September, dem Tage des Ausbruchs der Cholera, sind bis einschließlich heute 38 Personen der Epidemie erlegen. — Rom, 21. Oktober. In den letzten 24 Stunden sind in Palermo 12 Erkrankungen an Cholera und 6 Todesfälle vorgekommen, in Livorno 5 Erkrankungen und 1 Todesfall. — Peter sburg, 21. Oktober. An Cholera erkrankten und starben vom 16. bis 19. d. M. in Petersburg 91 bzw. 39 Personen, vom 13. bis 16. d. M. in Moskau 6 bzw. 4, vom 8. bis 14. d. M. in Warschau 23 bzw. 4, in Kronstadt 32 bzw. 15, in Dorpat 16 bzw. 8, in den Gouvernements: Orel 134 bzw. 44, Petersburg 84 bzw. 35, Simbirsk 103 bzw. 50, Smolensk 11 bzw. 4, Siedlek 48 bzw. 24, Cherson 116 bzw. 60, vom 1. bis 7. d. M. in Kursk 129 bzw. 51, in Kasan 166 bzw. 102, vom 7. bis 14. d. M. in Kowno 84 bzw. 30, vom 1. bis 14. d. M. in Moskau 222 bzw. 67. — Kopenhagen, 22. Oktober. Die Influenza tritt hier wieder in bedenklichem Umfang auf; in der Woche vom 8. bis 14. d. wurden 91 Erkrankungen an dieser Krankheit gemeldet. Die ärztlichen Kontrollstationen an der südländisch-schleswighigen Landgrenze sind aufgehoben worden. — Konstantinopel, 23. Oktober. Die Meldung des „Standard“, daß die Cholera in Konstantinopel größere Verheerungen anrichte, wird hier als übertrieben bezeichnet. Seit dem ersten Auftreten der Seuche seien insgesammt 349 Personen an Cholera erkrankt und 208 gestorben; in den jedemmann zugänglichen fremden Spitälern sei kein Cholerafall vorgekommen. — Stockholm, 23. Oktober. Das Kommerzkollegium hat den Regierungsbereich Stettin für choleraverseucht erklärt. — Unterang eines Dampfers. Bordeaux, 22. Oktober. Der französische Dampfer „Elen Jobelle“, nach Buenos-Ayres unterwegs, ist gesunken; vierzehn Personen der Besatzung ertranken.

Feuer an Bord. Neapel, 22. Okt. Der am 7. d. M. von New-York abgegangene und gestern hier eingetroffene Dampfer des Norddeutschen Lloyd „München“ hatte während der Reise Feuer an Bord, wodurch ein Theil der Ladung beschädigt wurde. 28 Ballen Baumwolle mußten über Bord geworfen werden, um die Weiterbreitung des Feuers zu verhindern.

Shanghai, 19. Okt. Eine große Baumwollfabrik welche dem Vizekönig Li Hung Tschang gehörte und als Vorbild für die Entwicklung dieser Industrie in China dienen sollte, ist abgebrannt. Die Gebäude waren nicht versichert und der Schaden wird, dem „Standard“ zufolge, auf 1/2 Million Pfd. Sterl. geschätzt. Nach der „Times“ beträgt der Verlust nur 360 000 Pfd. Sterl.

Ein neuer Komet. Herr W. M. Brooks zu Geneva im Staate New-York hat am 15. Oktober in den Morgenstunden einen neuen Kometen aufgefunden, und zwar im Sternbilde der Jungfrau, rechts vor dem Stern γ . Größe γ . Auf der Sternwarte zu Hamburg wurde der Komet am 18. Oktober früh 5 Uhr 6 Minuten beobachtet in 12 Stunden 22 Minuten 43 Sekunden Rectascension und 130° 25' 24" nördlicher Declination. Er zeigt einen Schweif und gleicht an Helligkeit einem Stern 9. Größe.

Opfer der Arbeit. Wie täglich der Arbeiter bei vielen Beschäftigungen sein Leben zu Markte trägt, so haben auch wieder in Evington, im Staate Illinois (Amerika), fünf brave Arbeiter ihr Leben eingebüßt, während fünf andere schwerverwundet vom Platze getragen wurden. In selbiger Stadt sollte ein Brunnen ausgeschachtet werden, und schon waren die Arbeiter ungefähr 70 Meter tief in den Erdboden gedrungen, als eine furchtbare Explosion des dabei verwendeten Dynamits sich ereignete, welche wieder verschiedenen Familien den Ernährer geraubt hat. — Wie gewaltig der Luftdruck war, geht am besten daraus hervor, daß Erdreich und Steine emporgeschleudert wurden, welche selbst noch zahlreich den Häusern im verkehrsreichsten Theile der Stadt bedeutenden Schaden zufügten.

Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herald.)

Berlin, 23. Oktober. Wie wir vernehmen, hat die Staatsanwaltschaft gegen den bekannten Verteidiger Rechtsanwalt Fritz Friedmann eine Disziplinaruntersuchung wegen verschiedener Amtsvergehen eingeleitet. Vor dem Untersuchungsrichter finden gegenwärtig Zeugenvernehmungen statt.

Wien, 23. Oktober. Die Erklärung des Ministerpräsidenten Grafen Taaffe im Abgeordnetenhaus wird von der öffentlichen Meinung sehr kühl aufgenommen. Die unabhängigen Blätter betonen, daß die herrschende Aufregung durch die Rede Taaffe's nicht gemindert werde. Den Werth derselben müsse man erst praktisch erproben. Die offizielle Presse hebt hervor, daß das Votum des Wahlausschusses nur eine Ablehnung der Prager Ausnahmeverordnung im Plenum und damit die Reichstags-Auflösung zur Folge haben werde.

Wien, 23. Oktober. In der heutigen Sitzung des Stadtrathes wurde der Antrag der Antifemiten, dem Bürgermeister Freig wegen des eigenmächtigen Verkaufs einer Million Gulden städtischer Wertpapiere ein Misstrauensvotum zu erteilen, nachdem der Bürgermeister sich gerechtfertigt, abgelehnt.

Wien, 23. Oktober. Im Abgeordnetenhaus wurde der Antrag Bernertorfer's, die Ausschuss-Verathungen über den Ausnahmeverstand öffentlich abzuhalten, angenommen, trotzdem die Regierung sich für Geheimhaltung ausgesprochen.

Wien, 23. Oktober. Der Abgeordnete Plener kündigte in längerer Rede die schärfste Opposition der deutschliberalen Partei gegen die Regierung an.

Wien, 23. Oktober. Der bekannte Konvertit Paulus Meyer (der Verfasser zahlreicher Nachrichten über jüdische Ritualmorde) ist heute wegen Majestätsbeleidigung zu 4 Monaten schweren Kerker verurtheilt worden.

Lemberg, 23. Oktober. Von hiesigen Akademikern wurden an die polnischen und czechischen Reichstags-Abgeordneten Telegramme gerichtet, welche die Entziehung über das Verhalten des Polenklubs zur Ausnahmeverordnung befanden.

Briefkasten der Redaktion.

Wiener. Wegen Stoffmangels können ihre Einsendungen vor Beendigung des Wiener Parteitages kaum veröffentlicht werden.

Bureau-Angestellte. Die Adresse lautet: Unterrichtsverband der Arbeitervereine Nieder-Oesterreichs, Wien VI/1, Gumpendorferstr. 64.

N. F. Sind wir dazu da, uns für den Besuch der Kirchen ins Zeug zu legen? Beim Ihrer Schwester bei dein Schaugepränge der Eintritt verwehrt wurde, so mögen sie sich das für die Zukunft ad notam nehmen.

N. 53. Es giebt zwei Gesellschaften mit ähnlich lautenden Namen. Sehen Sie im Adresskalender nach, welches die rechte ist.

N. R., Langestr. Formulare bekommen Sie bei Bezge, Tischlermeister, Raderdorferstr. 48.

Gerichts-Beilage.

Zwei Prozeße gegen bürgerliche Blätter fanden am Sonnabend vor dem hiesigen Landgericht zur Verhandlung. In dem einen, der vor der 9. Strafkammer gegen den Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“, Friedrich Stephan, verhandelt wurde, handelte es sich um den ehemaligen Gouverneur von Ostafrika, Freiherrn v. Soden. In der Nr. 77 der „Voss. Zeitung“ erschien ein Artikel, in welcher die Abreise des Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika Freiherrn v. Soden aus Afrika besprochen und die Ansicht angedrückt wurde, daß derselbe nicht mehr nach Afrika zurückkehren würde, da er die an ihn gestellten Aufgaben in befriedigender Weise zu lösen nicht verstanden habe. — In Nr. 89 der Zeitung wurde dann in Anknüpfung an diesen Artikel die laut gewordene gegenteilige Ansicht belämpft. Es wurde alsdann ausgeführt, daß Hr. v. Soden auch in Kamerun ein wenig empfehlenswertes Andenken hinterlassen habe. Es sei bekannt geworden, daß er trotz seiner Stellung als höchster Regierungsbeamter es nicht unterlassen, auf eigene Rechnung Landankäufe zu machen. Wenn auch bei anderen Nationen, vor allem bei den Portugiesen, solche Fälle nicht selten seien, daß Kolonialbeamte durch Kauf und Verkauf von Landgebieten innerhalb ihrer Kolonie ihr Einkommen zu vermehren bestrebt sind, so sei dies doch bisher im deutschen Beamtenstande nicht bloß nicht Sitte, sondern geradezu verpönt gewesen. — In diesen Ausführungen wurden Beleidigungen des Freiherrn von Soden erwidert und unter dem 26. Februar stellte der Reichsanwalt den Strafantrag. Der Angeklagte, welcher entschieden bestritt, persönliche Beleidigungen beabsichtigt zu haben, hatte den Wahrheitsbeweis insoweit angetreten, als er behauptete, daß Freiherr v. Soden in zwei Fällen Land angekauft und später mit Nutzen an die Regierung weiter verkauft habe, daß er mit der Firma G. Wörmann eine Plantage angelegt und mit der Firma Janzen u. Thormählen in Hamburg in geschäftlicher Verbindung gestanden habe. Es haben in dieser Beziehung kommissarische Vernehmungen stattgefunden. Die Auskunft des Inhabers der Firma Wörmann war eine negative. Die Firma Janzen u. Thormählen hat allerdings beauftragt eine Plantage in Ostafrika eine Kommanditgesellschaft gegründet, welche in dem Firmenregister eingetragen ist. Die in der Firma namentlich Aufgeführten sind die persönlich haftenden Gesellschafter und es besäßen 20 Anteiilscheine zu 5000 M. Außerdem hat die Gesellschaft und die Firma Janzen u. Thormählen 50 000 M. für Grundbesitzungen ausgezahlt. Hr. v. Soden ist an dieser Baarzahlung insofern beteiligt, als er 10 000 M. zuschob. Die Firma hat weiter ausgeführt, daß die Plantage auf feinstem Boden errichtet sei und alsbaldigen Gewinn nicht verspreche. — Der Vertreter der Anlage, Assessor Strecker, gab zu, daß, wenn die Voraussetzungen des Artikels richtig wären, auch die Schlussfolgerungen als richtig anerkannt werden müßten. Die Voraussetzungen seien aber falsch. Man müsse daran denken, daß in einem geordneten Staatswesen an die Thätigkeit der Beamten ein anderer Maßstab zu legen sei, als in einer Kolonie. Wenn im preussischen Staate es zu verurteilen sei, wenn Beamte Land ankaufen, um es später mit Vortheil dem Staate zu verkaufen, so sei das doch in den Kolonien anders. Er könne sich wohl denken, daß ein Verwaltungsbeamter einer Plantagegesellschaft beitrete, um das Blühen und Gedeihen der Kolonie zu fördern. So sei es bei dem Hrn. v. Soden der Fall gewesen. Derselbe habe keineswegs in gewinnstüchtiger Absicht sich an der Plantagegesellschaft beteiligt, sondern um sein Interesse für deutsche Anlagen in Ostafrika zu zeigen, er habe das Geld aus seiner eigenen Tasche hergegeben, ohne Aussicht auf Erfolg und sei seines Geldes verlustig gegangen. Wichtig sei es, daß Freiherr von Soden Land, welches er gekauft, 5 Jahre später, als er nicht mehr im Amte war, der Regierung anbot, daraus lasse sich aber kein Schluß auf die Absicht ziehen, die er bei Erwerbung des Landes gehabt. Es stehe viel mehr fest, daß Freiherr von Soden das Geld zur Förderung der kulturellen Zwecke in Kamerun hingegeben habe. Der Staatsanwalt erstachte die Beleidigungen für so schwere, daß er einen Monat Gefängnis beantragte. Er verwies als erschwerenden Umstand auch auf die Thatsache, daß die auswärtige Presse, insbesondere „La petite Presse“ aus diesem Artikel Kapital geschlagen habe. — Rechtsanwalt Dr. Paul Krause hält diesen Hinweis für verfehlt. Die Anklärer könnten im Gegenteil aus dem Artikel höchstens die Thatsache entnehmen, daß in Deutschland die öffentliche Meinung in Bezug auf das Kolonialwesen bezw. die Verwaltungsbeamten auf einem sehr hohen Standpunkte stehen. Was die Parallele betrifft, die der Staatsanwalt zwischen den Verhältnissen in Preußen und denen in Kolonien zieht, so sei auch diese verfehlt. Gerade in einer Kolonie, wo die Kontrolle des Rechts, der Verwaltung und der öffentlichen Meinung durchaus nicht so klar greift, wie in der Heimath, wo der Gouverneur eine fast unbeschränkte Macht besitzt, seien hohe Anforderungen an das Verhalten der Verwaltungsbeamten geboten. Wenn der Gouverneur ein Grundstück kaufe und mit Nutzen wieder verkaufe, und sich dann an einem kaufmännischen Unternehmen beteilige, so sei der Angeklagte wohl berechtigt, anzunehmen, daß dies in gewinnstüchtiger Absicht geschehe. Verreicht seien doch sicher die Vorgänge mit der Firma Janzen u. Thormählen. Dieselben haben doch zweifellos die Absicht des Gewinns gehabt, v. Soden habe sich beteiligt und es sei doch auffallend, daß derselbe sich ausdrücklich als Kommanditist nicht habe ausführen lassen. Durch solche Beteiligung werde jede Konkurrenz, welche gerade in Kolonien so nöthig sei, zurückgedrängt. Was der Angeklagte behauptete, sei erwiesen worden, der Angeklagte habe sich außerdem unter dem Schutze des § 193 St.-G.-B. befunden, da die öffentliche Meinung zweifellos dieselben Anforderungen an den Verwaltungsbeamten stellt, wie der Artikel. Es rechtfertige sich deshalb die Freisprechung des Angeklagten. — Der Gerichtshof (Vorsitzender: Landgerichtsrath M o h r i n g) erkannte auf Freisprechung. Der Angeklagte, so verbandete der Vorsitzende, habe nach Ansicht des Gerichts in der guten und löblichen Absicht gehandelt, die Interessen der Kolonialverwaltung wahrzunehmen. Der Schuß des § 193 St.-G.-B. siehe ihm durchaus zur Seite, wenn er Sachen zur Sprache bringe, die nach seiner Ansicht unter Kolonialverhältnissen schädlich müßten. Ueber die Schutzgrenzen des § 193 sei nicht hinausgegangen. Dazu stehe noch fest, daß Hr. v. Soden ein Grundstück in Kamerun für 840 M. angekauft und für 2000 M. wieder verkauft, also einen hohen Gewinn erzielt habe. Der Angeklagte konnte deshalb von seinem Standpunkte aus sehr wohl zu dem Schutze kommen, daß der Gouverneur von vornherein das Grundstück erworben, um Gewinn zu erzielen.

Ebenfalls wurde gegen den Chefredakteur der „Kreuz-Zeitung“, Freiherrn von Hammerstein, und den Rentner Carl Ebert heute vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I unter dem Vorhinein des Landgerichtsdirektors Brausewetter eine Anklage wegen Beleidigung verhandelt. In der Nr. 248 der „Kreuz-Zeitung“ vom 30. Mai d. J. wurde ein Artikel veröffentlicht, worin der Angeklagte Ebert sich beschwerte, daß er nicht in der Wählerliste für die Reichstagswahlen verzeichnet sei. Er habe bereits am 20. Mai bei der betreffenden

Abtheilung des Magistrats Beschwerde geführt und erst am 29. Mai habe er die lakonische Antwort erhalten, daß seine Aufnahme nicht habe erfolgen können, weil er in seiner politischen Anmeldung als amerikanischer Staatsbürger aufgeführt sei. Der Angeklagte Ebert knüpfte an diese Mitteilung noch eine Reihe von Bemerkungen, woraus zu folgern war, daß seine Nichtaufnahme als Wähler auf seine konservative Gesinnung, aus der er in seinem Viertel nie ein Hehl gemacht, zurückzuführen sei. Er sei allerdings in Mexiko geboren, habe sich aber schon vor vielen Jahren naturalisiren lassen und lange in Schlesien gelebt, bevor er im Jahre 1888 nach Berlin zog. Seit dieser Zeit habe er hier gelebt. Er gebrauchte in dem Artikel die Ausdrücke „Spießbüchse“ und „Kunststückchen“ mit Bezug auf die Behörde, welche ihn an der Ausübung seines Wahlrechts hindern wolle. Wegen dieses Artikels stellte der Oberbürgermeister Zelle namens des Magistrats-Kollegiums den Strafverfolgungs-Antrag wegen Beleidigung. Zum Termin war der Stadtrat Bohm als Zeuge geladen, der in eingehender Weise den Geschäftsverlauf erläuterte, der bei der Eintragung in die Wählerlisten beobachtet wurde. Für jeden Einwohner, der das wahlberechtigte Alter erreicht habe, befände sich in dem Bureau des Magistrats ein sog. „Personenblatt“. Zum Unterschiede von den einheimischen Bürgern würden für diejenigen Personen, welche als Ausländer angemeldet seien oder deren Wahlberechtigung erst zu prüfen sei, rote Zettel verwendet. Auf Grund dieser Blätter würden die Wählerlisten zusammengestellt. Die Angaben in den Personenblättern beruhten wieder auf den polizeilichen Anmeldungen der Zugezogenen. In dem Personenblatt des Angeklagten sei derselbe als amerikanischer Staatsbürger angegeben worden, der bestreite Beamte habe also in vollem Rechte gehandelt, wenn er die Einzeichnung des Ebert in die Wählerliste unterließ. Zweifelloß müsse der polizeiliche Anmeldebogen, der dem Beamten im Jahre 1888 vorgelegen habe, dahin gelaute haben, daß der Angeklagte in Mexiko geboren sei und daher sei das rote Personenblatt zur Verwendung gekommen. Nachdem der Angeklagte Ebert sich beschwerte, habe man ihm ausgegeben, die Naturalisationsurkunde einzuführen und nachdem dies geschehen, sei seine Aufnahme sofort erfolgt. Der Magistrat müsse sich entschieden gegen den Vorwurf verhalten, daß er bei Aufstellung der Wählerliste politische Rücksichten vorwalten lasse. Staatsanwalt Diez hielt beide Angeklagten für strafbar und beantragte gegen Ebert 300, gegen v. Hammerstein 150 M. Der Angeklagte Ebert wies darauf hin, daß er, in dem Bewußtsein, seine sämtlichen Pflichten bei seinem Zugzuge nach Berlin erfüllt zu haben, zu der Annahme kommen mußte, daß er in seinen Rechten beeinträchtigt werden sollte. Freiherr v. Hammerstein nahm zunächst den Schuß des § 193 St.-G.-B. für sich in Anspruch und führte außerdem aus, daß es ihm ganz unmöglich sei, jeden einzelnen Artikel eingehend zu prüfen, er müsse sich auf seine Mitarbeiter verlassen. Wenn er nach der Auffassung des Staatsanwalts jeden Sach mit seiner Verantwortung decken solle, so käme man schließlich dazu, sich einen „Sihredakteur“ zu halten, eine Unsitte, die gerade in letzterer Zeit in wenig schöner Weise in Erscheinung getreten sei. Außerdem könne er nicht finden, daß der fragliche Artikel auf das Magistrats-Kollegium gemünzt sei, es könne der Vorwurf einer absichtlichen oder fahrlässigen Handlungsweise höchstens einen der Bureaubeamten treffen. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Käsel, plädierte in erster Linie für Freisprechung beider Angeklagten, eventuell könne die Sache doch durch eine gelinde Bestrafung des Angeklagten Ebert einen genügenden Abschluß finden. — Der Gerichtshof erkannte zwar an, daß die Angeklagten in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt hätten, aber wegen der beleidigenden und wie sich herausgestellt habe, ungerechtfertigten Unterstellungen bestraft werden müßten. Es ist auf eine Geldstrafe von je 300 M. erkannt worden.

Gewerbegericht. Kammer III. Vorsitzender: Assessor Cuno. Sitzung vom 19. Oktober. — Der Arbeiter Braun klagt auf Zahlung von 42 M. gegen den Bauunternehmer Goldberg; er hält sich für unrechtmäßig entlassen. Das Gericht wies ihn kostenpflichtig ab; drei Zeugen sagten nämlich aus, der Kläger sei gar nicht entlassen worden, sondern wie anderen Arbeitern habe auch ihm der Polier am in Betracht kommenden Sonnabend freigestellt, sich nach anderer Arbeit umzusehen und wenn er solche nicht bekomme, am Montag wieder zu kommen. Kläger sei am Montag aber einfach fortgeblieben. Unter diesen bei der Lohnzahlung zugegen gewesen Zeugen befand sich auch, bemerkenswerther Weise, der „Restaurateur“ (Bandwinder).

Der Töpfer Schmidt wurde mit einer Lohnentschädigungs-Klage gegen den Töpfermeister Wolf abgewiesen, weil festgestellt wurde, daß er am Montag und Dienstag — Mittwoch fand seine Entlassung statt — des Morgens sich wohl zur Arbeit rief, aber an beiden Tagen gleich wieder die Arbeitsstätte verließ. Er „machte blau“.

In heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien führte die Verhandlung einer Klage des Tirolers Erd gegen den Italiener Accerio. Erd hatte als Studienteur für die Firma A. u. K. gearbeitet und behauptete, bei der Auszahlung zweier Akkorde über Vortheil zu sein. In einem Falle hatte ein gerichtlicher Sachverständiger, welcher die Arbeit des Klägers in seinem Wesen ausgehend hat, begutachtet, daß ihm ev. eine Kleinigkeit mehr gezahlt werden müsse, aber nicht seine ganze Forderung anerkennen sei. In dem anderen Falle handelte es sich um Streitigkeiten über den vereinbarten Akkordlohn, 450 M. für den Quadratmeter verlangte der Kläger als ausgemacht und der Bruder des in Italien weilenden Beklagten wolle, „weil er die Vollmacht seines Bruders habe“, beschwören, daß dieser Bruder mit Kläger nur 3 M. vereinbart habe. Bei dem Akkordabschluß war er nicht zugegen. Um nicht die Verhandlung bis nach Neujahr wegen der erst dann möglichen Vernehmung des Beklagten vertagen zu müssen, wurde vom Assessor ein Vergleich angedacht. Es kam ein solcher auf 50 Mark zu Stande, während auf die erste Klage Herrn Erd 25 Mark ausbezahlt wurden. Die 75 Mark erhielt er sofort ausgezahlt. Bei obigem Urteil in der zweiten Sache hatte er im Januar 1894 besten Falles auf beide Klagen 100 M. erhalten, es lag aber die große Wahrscheinlichkeit vor, daß er den Prozeß verlieren würde. Es kam nur auf die Eitelkeit und die Nichtleistung durch den Beklagten an. Trotzdem hielt es schwer, den energisch auftretenden Sohn des Alpenländchens zu dem für ihn günstigen Vergleiche zu bewegen.

Kammer VI. Vorsitzender: Assessor Weh. Sitzung vom 20. Oktober. Der Tischler Volkmann verlangt 18 M. Schadenersatz vom Tischlermeister Wegner mit folgender Begründung: Er habe einen Akkorde vollendet gehabt, da sei ihm ein neuer vom Meister angeboten worden. Der angebotene Preis von 25 M. sei so gering gewesen, daß er auf den Gedanken gekommen sei und dem auch Kundendruck verließen hätte, Wegner wolle ihn damit aus der Werkstatt hinausdrängen. Er habe 45 M. dann für die Arbeit als angemessen verlangt und sich auch erboten, sie event. im Lohn zu machen, mit dem beiläufigen Ersuchen an W., ihm doch andere Arbeit zu geben, wenn er das Vorgesagte nicht wolle. Daraufhin sei vom Meister behauptet worden,

er habe keine andere Arbeit; wenn er, Kläger, den Akkorde nicht machen wolle, könne er ihm nicht helfen. Seine Klägers, Antwort sei gewesen: „Na, dann werde ich auf Ihre Kosten spazieren gehen.“ was den Beklagten zur Gegenbemerkung veranlaßt hätte: „Machen Sie, was sie wollen.“ Kläger verlangt vier Tage bezahlt; er war nach jenem Refontre solange ohne Beschäftigung. Da in einem früheren Termin der Beklagte als Haupteinwand den machte, der gebotene Akkordepreis sei angemessen, wurde ein gerichtlicher Sachverständiger damit betraut, sich über seine Angemessenheit oder Nichtangemessenheit zu informieren und ein Gutachten abzugeben. Dieses lautete dahin, daß der Preis angemessen wäre, wenn der Arbeiter die bezüglichen Möbelstücke in Masse anzufertigen erhalte. Für einzelne Stücke aber, wie sie dem Kläger überwiesen werden sollten, müsse ein höherer Satz gezahlt werden und zwar seien für beide Akkordegegenstände statt 25 M. 37 M. angemessen. Der Beklagte wurde verurtheilt, die 18 M., welche eingeklagt wurden, und die mehr als 18 M. betragenden Kosten zu zahlen.

Die Sitzung der Kammer IV dauerte bis Abends 1/6 Uhr; eine Sache mußte trotzdem noch, „mangels jeder Vorrichtung zur künstlichen Beleuchtung des Verhandlungszimmers“, vertagt werden.

Mit einem „Mustervertrag“, geschlossen mit der Firma Bolle — „Klingel-Bolle“ —, hatte sich die Kammer VII kürzlich zu befassen. Es handelte sich um eine Klage auf Herausgabe von 104 M., die auf Grund einer schriftlichen Abmachung dem Kläger, dem „Milchwagenbegleiter“ Rinke einbehalten sind, als er entlassen wurde. Der Vater des etwa 16jährigen „Burschen“ war im Namen seines Sohnes die Verpflichtung eingegangen, daß dieser auf drei Jahre dem berühmten Bolle'schen Bläserchor angehören und sich — für seine Ausbildung — wöchentlich 1 M. abgeben lasse. Nach Ablauf der drei Jahre sollte das in einer Sparkasse anzuliegende Geld Eigentum des „Milchjungen“ werden, wenn er sich während der Zeit „tabellos“ geföhrt hätte. Würde er ohne genügenden Grund entlassen werden, so bestimmte der Vertrag weiter, erhalte er ebenfalls das bis dahin eingezahlte bezw. abgezogene Geld heraus; werde er jedoch entlassen, weil ein Grund zur sofortigen Entlassung vorhanden, dann gehe er des Geldes verlustig. Gegen die Klage wandte die beklagte Firma, welche ihrem Vertreter einen Befehl in der Person des Herrn Daniel vom Verein und Bureau der Arbeitgeber-Beisitzer gestellt hatte, folgendes ein: Der Bursche sei, nachdem er zwei Jahre zur Jurisdiction des Betriebsleiters bei dem Beklagten thätig war, nachlässig geworden, auch habe er eine große Unachtsamkeit im Bläserchor zur Schau getragen und sich gegenüber dem Dirigenten „unhöflich“ benommen. Dadurch sei mit der Entlassung die Einbeziehung der 104 M. berechtigt gewesen. Das Gericht war an anderer Meinung. Ein stimmig gelangte es zu der Ueberzeugung, daß der Vertrag nur ein Vorwand gewesen sei, den betreffenden Burschen mindestens drei Jahre an den Gewerbebetrieb des Herrn Bolle zu fesseln. Anzeichen dafür, meinte der Vorsitzende, Assessor Dr. Freund, zögen sich „wie ein rother Faden“ durch den ganzen Vertrag; es sei gewissermaßen ein verkappter Arbeitsvertrag. Da der Kläger im Gewerbebetrieb des Beklagten thätig gewesen sei, habe das Gericht den Vertrag als nicht bindend angesehen; die Dienstleistungen im Bläserchor hätten in keiner Beziehung mit seiner gewerblichen Thätigkeit in Verbindung gebracht werden dürfen. Auf Grund dieser Auffassung und in anbetrach, daß § 119a der R.-G.-O. (handelt von den zulässigen Abzügen und der zulässigen Einbeziehung solcher Gelder bei der Entlassung) im vorliegenden Falle nicht Anwendung finden konnte, sei der Beklagte zur Auszahlung von 104 M. an den Kläger verurtheilt worden.

Kammer III. Vorsitzender: Assessor Cuno. Sitzung vom 21. Oktober. Der Maurer Geil hatte im verflohenen Sommer für den Maurermeister Guttsche einige Arbeiten auszuführen. Als er eines Tages mehrere zur Arbeit notwendige Gegenstände nicht zur Hand hatte und danach suchte, kam der Meister dazu und traktierte ihn mit der Bemerkung: „Was machen Sie denn, Sie laufen ja herum wie ein Wahnsinniger.“ Geil hielt sich für berechtigt, die Arbeit niederzulegen und auf Zahlung einer Lohnentschädigung zu klagen; sechs Tage lang war er nach jenem Vorfall ohne Arbeit. Das Gericht wies ihn kostenpflichtig ab. Die Reueuerung: „Sie laufen ja herum wie ein Wahnsinniger“, sei wohl beleidigend, sie charakterisiere sich aber nicht als grobe Beleidigung, wobei in Betracht zu ziehen wäre, daß im Baugewerbe bekannterweise kein so „feiner Ton“ herrsche, der solche hingeworfene Redensarten den betreffenden Arbeitern, als „groß beleidigend“ erscheinen lasse.

Der Unternehmer für Wasserrohr, Gas- und für Dampfheizungs-Anlagen, Fritsch, wurde verurtheilt, dem Hochleger-Delfer Kurt 36 Mark Lohnentschädigung wegen unrechtmäßiger Entlassung zu zahlen. Die langwierige Beweisverhandlung hatte ergeben, daß der Kläger entgegen dem Einwande des Beklagten nicht so betrunken am Entlassungstage war, um zur Arbeit unfähig zu sein, und daß er sich nicht, wie behauptet worden, beharrlich geweigert hatte, den Anordnungen des Vertreters des Beklagten Folge zu leisten. Der Kläger hatte am betreffenden Tage die Weisung erhalten, einem bestimmten Hochleger zu helfen, was nicht ging, weil letzterer Werkstättenarbeiten zunächst zu verrichten hatte und dann sich seinen täglichen Helfer mit „auf den Bau“ nahm. Kläger war deshalb zu verschiedenen Rohrleitern des Beklagten, welche auf mehreren Banken in Friedrichsfelde arbeiteten, gegangen, um zu sehen, wo er helfen könne. Unterwegs hatte er hier und dort „mal einen getrunken“, so daß er in angeheiteter Stimmung in die Werkstatt zurückkam, worauf seine Entlassung erfolgte.

Soziale Ueberblick.

Die Berliner Korbmachergesellen befinden sich seit einem Jahre in einer recht eigenthümlichen Lage, man könnte wohl mit Recht sagen, in einem fortwährenden Kampfe mit dem Unternehmertum, und zwar augenblicklich mit zwei Unternehmern. Dieser Kampf ist insofern eigenthümlich für uns, als noch nie in unserer Branche derartige Verhältnisse existirt haben. Während in der Luxus-, Gestell- und Grünbranche eine bedauerliche Flaubeit vorhanden ist, werden in der Korbbranche die Arbeitskräfte fortwährend verlangt. Man sollte nun meinen, daß also dadurch in der Korbmacherei gegenwärtig keinerlei Arbeitslosigkeit herrsche. Dem ist jedoch nicht so. In Berlin werden seit ungefähr einem Jahre ununterbrochen die sogenannten Geschloßtransport-Körbe angefertigt. Diese Arbeiten werden in kürzeren oder längeren Zeiträumen von der Militärverwaltung auf dem Submissionswege an den Mindestfordernden vergeben. Vor einem Jahre, als diese Arbeiten das erste Mal in solchen großen Mengen vergeben wurden, waren verhältnismäßig wenig Unternehmer, welche sich darum bewarben, sodas circa 1 000 000 Mark nach Berlin und ebenso viel nach Hamburg und einigen kleinen Städten vergeben wurden. Die Berliner Korbmacher stellten nun ihren bestimmten Tarif als Arbeitslohn auf und wurden gezwungen, durch die

Geldstrahlung der Unternehmer, und trotzdem dieselben Tausende von Mark nach ihren eigenen Aussagen dabei verdienen, ihren sauer verdienten Lohn im Wege des Streiks zu erringen, was ihnen auch zum allergrößten Teil nach lebendigem Kampfe gelungen ist. Bei den nun folgenden Vergewaltigungen von Geschloß-Transportkörben in kleineren Posten (50 000, 40 000 Stück u. s. f.) fanden sich eine Menge Unternehmer, welche sich nun wieder gegenseitig durch möglichst niedrige Forderungen zu unterbieten suchten, und es traten Verhältnisse ein, die sich auf die Dauer nicht halten können. Der Mindestfordernde, der nun die Arbeit erhielt, sucht jetzt den allbekanntesten Ausweg und findet ihn auch, nämlich er drückt am Arbeitslohn, also aus den Knochen der Arbeiter muß jetzt der verlorene Reingewinn wieder herausgeschunden werden. Die Verhältnisse in Berlin sind nun folgende. Zwei Werkstätten sind hier, wo augenblicklich Geschloßtransportkörbe angefertigt werden, es sind dies die Firma Kemptes, Markussir. 18/19, und Starke, Moabit, Waldstr. 43. Herr Kemptes entließ vor 3 Wochen sämtliche Arbeiter (88 Mann), als dieselben bei ihm vorstellig wurden wegen zu schlechten Materials und wegen Erbringung des tarifmäßigen Lohnes von 45 Pfg. pro Stück; bisher bezahlte derselbe 3 Pfg. weniger. Trotz eindringlichen Vorstellungen blieb Herr Kemptes auf seinem Standpunkt stehen: „Keiner von ihnen darf weiter arbeiten!“ und beide Teile werden sich am 1. Nov. auf dem Gewerbegericht wiedersehen. Die Firma Starke beschäftigt ca. 40 Mann, welche 5 Pfg. unter dem tarifmäßigen Lohn arbeiten. Herr Starke ist auch derjenige, welcher im vorigen Jahre unter dem Tarif bezahlte. Freilich ist es zu beklagen, daß sich stets Kollegen finden, welche noch nicht die Macht einer guten Organisation erkannt haben und nur ihren eigenen augenblicklichen Vorteil im Auge haben, ohne daß sie sehen, daß sie sich selbst und die Gesamtheit dadurch ungewehr schädigen. Herr Starke ist sehr wohl in der Lage, trotz seiner Mindestforderung, den tarifmäßigen Preis von 40 Pfg. für diese Größe zu zahlen, wenn sich die Kollegen zusammenschließen und energisch ihr Recht fordern, aber sie müssen eben alle fordern, von selbst kommt der Arbeitgeber nicht. Dies ist die augenblickliche Situation in Berlin für die Korbmacher.

Da nun noch 28 Mann der ausgesperrten Kollegen von Kemptes arbeitslos sind, und über die Verhältnisse von Starke die Sperre verhängt ist, versuchen wir die auswärtigen Kollegen, Berlin unbedingt so lange zu meiden, bis alles wieder geregelt ist.

Wegen Lohnunterschieden ist der Zugang nach Berlin streng fern zu halten.

Alle Arbeiterblätter werden gebeten, die letzte Notiz aufzunehmen.

Der Vorstand der Filiale Berlin des Verbandes deutscher Korbmacher.
J. A.: P. Bräuner, Pringensstraße Nr. 111, bei Berde.

Achtung, Steinarbeiter! In Halle a. S. haben bei der Firma Schöber 16 Steinmetzen wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. Herr Schöber hat die Lieferung der Steinmetzenarbeiten am Pohnnebau in Halle, wo Arenaberger Kalkstein verwendet wird. Dieser Stein ist im Hallenser Tarif nicht vorgesehen; Herr Schöber wollte denselben so bezahlen, wie Hebraer Sandstein. Die Kollegen würden dann bei angestrengter Arbeit täglich bloß 1 M. 50 Pf. verdienen haben. Zur Unterhandlung mit Herrn Schöber wurde eine Kommission von 4 Mann gewählt, welche der menschenfreundlichen Unternehmer mit sofortiger Entlassung antwortete mit der Erklärung, er ließe sich überhaupt auf nichts ein und wem's nicht passe, der könnte gehen, was zur Folge hatte, daß alle dort beschäftigten Kollegen die Arbeit niedergelegten. Unterstützung wird sich bald notwendig machen. Der Zugang nach Halle ist streng fernzuhalten. Alle Sendungen sind an den Vertrauensmann
H. Rauchbach, Halle a. S., Mansfelderstr. 20, Hof 2 Trpp., zu richten.

Der Streik in Rostock dauert unverändert fort und machen wir hiermit auf drei Plakate aufmerksam, welche zur Anwerbung von Streikbrechern abgedruckt sein sollen; wir bitten die Kollegen, welche mit den Seelenverkäufern in Verbindung kommen sollten, die gebührende Antwort zu geben.

Alle arbeitervreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Mit kollegialischem Gruß
Die Geschäftsleitung
der Steinarbeiter Deutschlands.
J. A.: Ph. Thomas

Gegen die Tabak-Fabriksteuern. Am letzten Mittwoch hat in Leipzig eine gut besuchte Versammlung stattgefunden, zu der die beiden Abgeordneten Leipzig-Stadt (Hesse) und Leipzig-Land (Geyer) eingeladen und erschienen waren. Herr Hesse hielt einen einleitenden, instruktiven Vortrag und leitete anschließend jede neue Belastung des Tabaks ab. Ein Großfabrikant bezeichnete die Tabakversteuerung als ein Ausnahmefest gegen die Tabakindustrie. Genosse Geyer legte die gegenwärtige mangelhafte Situation dar, die durch die Annahme der Militärvorlage geschaffen sei und legt jenen die Schuld dafür auf, die für die Militärvorlage stimmten und denjenigen, die diesen Fasager bei der letzten Reichstagswahl ihre Stimme gaben. Herr Hesse, der Erkorene der Leipziger Nationalliberalen, Konservern, Antifeministen, suchte sich um eine blühende Verantwortung herumzudenken. Er meinte, er müsse sich vorbehalten, welche Stellung er einnehmen, bis er den Vorstand des neuen Gesetzwerkes vor sich habe. Ein allseitiges „Ahh!“ machte ihn aber darauf aufmerksam, daß die Anwesenden anders dachten als er, und so lenkte er denn ein. Später versprach er sogar, den Tabaksteuer-Wescherntwurf abzulehnen. Genosse Geyer nagelte seinen Kollegen unter allseitiger Zustimmung fest, worauf die Versammlung einstimmig folgende Resolution annahm: „Die am 18. Oktober 1893 in der ‚Zentralhalle‘ zu Leipzig tagende öffentliche Versammlung erklärt: Da ziffermäßig festgestellt ist, daß der Ertrag der Tabakfabrikations-Versteuerung in keinem Verhältnis zu den Bedürfnissen des Reiches steht, dieselbe jedoch volkswirtschaftlich zerschmetternd wirken muß, indem Hunderttausende Deutsche dem Hunger überliefert werden, daß die Fabriksteuern zu verwerfen ist, protestiert aber auch gegen jede weitere Belastung des Tabaks, indem diese in der Hauptsache die wirtschaftlich schwachen Schichten treffen muß und somit gegen die Absichten und Versprechungen der hohen Reichsregierung verstößt, spricht er noch ferner die Erwartung aus, daß der deutsche Reichstagsrat seine Erklärung vom 10. November 1892, dahingehend, daß eine weitere Belastung des Tabaks nicht in Aussicht steht, ernstlich gemeint habe und die Reichstags-Abgeordneten unter allen Umständen gegen jede solche ungewohnten Nachtheile erzeugende Gesetzesvorlage stimmen.“

Französischer Textilarbeiter-Kongress. Der Nationalrat der französischen Arbeiterpartei verleiht an die Textilarbeiterorganisationen aller Länder einen Aufruf zur Beteiligung an dem 2. französischen Textilarbeiter-Kongress, der am 20. November in Moulins zusammentreten wird. Er wünscht die Vertretung der Textilarbeiter der anderen Länder, damit die Grundfragen für eine internationale Verbindung aller Textilarbeiter-Organisationen geklärt werden kann. Er erinnert daran, daß die französischen Kapitalisten, wie die der anderen Länder sich fremder Arbeiter bedienen, um die Löhne zum Weichen zu bringen und den steigenden Ausweg von Lohnkämpfen zu verhindern. Damit das Unternehmertum verhinert werde, die Arbeiter eines Landes gegen die eines anderen auszuspielen, sei die Schaffung eines internationalen Bundes erforderlich.

Die Adresse des Organisationskomitees des Kongresses ist:
Herr Detollenaere in Moulins
Boulevard de Belfort 75.

Auf der Tagesordnung stehen 14 Punkte, wir heben folgende hervor:

Gründung eines Fachorgans; Schaffung eines internationalen Verbandes; Der Achtstundentag; Streitfrage; Lohnfrage; Gesundheitspolizei und Fabrikinspektion. Der Gesetzentwurf über die Gewerbegerichte und Besprechung über einen internationalen Textilarbeiter-Kongress.

Die Organisationen, welche an dem Kongresse nicht teilnehmen können, werden um Zusendung von Zustimmungserklärungen ersucht.

Verband deutscher Gewerbegerichte. Vor einigen Tagen hat in Frankfurt a. M. unter dem Vorsitz des Herrn Adjunkten Dr. Wagner eine Ausschussung des Verbandes deutscher Gewerbegerichte stattgefunden, worin die Geschäftsordnung festgelegt wurde. Der Verband hat den Zweck, eine Verbindung zwischen den deutschen Gewerbegerichten herzustellen behufs Austausch gemachter Erfahrungen, sowie zur gegenseitigen Bekämpfung wichtiger Urtheile, Gutachten, Anträge u. s. Der Zweck dieses Zweckes soll dienen: Herausgabe eines eignen Organs, Sammlung aller auf die Thätigkeit der Gewerbegerichte bezüglichen Gutachten u. s. w. Alle drei Jahre soll eine Generalversammlung stattfinden, während außerordentliche Versammlungen nach Bedarf abgehalten werden. Das Rechnungsjahr des Verbandes beginnt mit dem Januar 1894. Stimmberechtigt in den Versammlungen sind die Vertreter der dem Verbande angehörenden Gewerbegerichte und der Ausschuss, der mindestens aus fünf Personen besteht, die aber Vorsitzende von Gewerbegerichten sein müssen. Beratende Stimme haben die Mitglieder der Gewerbegerichte, sowie sonstige Herren, welche amtlich oder schriftstellerisch für die Entwicklung der Gewerbegerichte gewirkt haben. Zu den Kosten des Verbandes haben Gewerbegerichte, welche ihm beitreten, jährlich 20 M. zu bezahlen. Nach der vorgenommenen Geschäftsbeurteilung übernimmt Herr Stadtrath Dr. Fleisch-Frankfurt die Redaktion der Verbandsmittheilungen, Herr Baumbach-Stuttgart die Statistik sowie die Bearbeitung der Jahresberichte und Herr Dr. Wagner-Mainz die Korrespondenz in Verbandsangelegenheiten. Beigetreten sind bis jetzt dem „Verband deutscher Gewerbegerichte“ der am 11. Juni in Mainz gegründet wurde, 27 Gewerbegerichte.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen beschäftigte sich am 22. Oktober wiederum mit der Tabakfabriksteuer und dem geplanten Kongress der Tabakarbeiter Deutschlands. Dechaud hatte das Referat übernommen. Der Reichstagsrat habe bei Annahme der Militärvorlage erklärt, daß die Unkosten derselben auf die Schultern der leistungsfähigen Bevölkerung verlagert werden sollen. Die Miquel'schen Steuerprojekte bewiesen jedoch zur Genüge, wie sehr unsere Vertreter, die sozialdemokratischen Abgeordneten, Recht hatten, als sie davon warnten, den Neuen vom Bundesrathliche Glauben zu schenken. Die in Frankfurt konferirenden deutschen Finanzminister beschloßen ungeachtet der Versprechungen im Reichstag, an dem indirekten Steuersystem festzuhalten. Nur die Form soll eine kleine Aenderung erfahren. Der Tabak war von jeher ein Gegenstand der Besteuerungsgelüste der Regierungen. Jetzt werde er ungefähr 50 Millionen Steuern ab, nach den neuen Plänen Miquel's will man den doppelten Betrag aus ihm herauspressen. Um die bittere Wille dem Volke etwas schmackhafter zu machen, soll der Eingangszoll auf die Hälfte ermäßigt werden. Davon hätten nur die Großhändler Vortheil, während die Einfuhrung der Fabriksteuer namenloses Leid über alle in der Tabakbranche beschäftigten Personen bringen würde. Mindestens 50 000 Arbeiter würden durch die ganz bedeutende Abnahme des Konsums arbeitslos und dem noch verbleibenden Theil die ohnehin schon äußerst unangenehmen Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch das alsdann in noch schärferer Weise hervortretende Ueberangebot von Arbeitskräften geradezu unerträglich. Um das Uebel abzumenden, sei ein Kongress und zwar nach Berlin einberufen worden. Der Plan habe in allen Gauen Deutschlands Anklang gefunden. Bei Zusammenritt des Reichstages soll den Regierungen und Volksvertretern in die Ohren geschrien werden, daß sie kein Recht haben, immer größeren Schichten des Volks den Vortheil auf die Schultern zu hängen. Die Parole dürfe nicht nur lauten: Fort mit der Fabriksteuer, sondern auf der ganzen Linie muß der Ruf ertönen: Fort mit dem Militarismus und dem indirekten Steuerregime. (Sehhafter Beifall.)

In der Diskussion gaben verschiedene Redner ihren Unmuth gegen die Fabriksteuer wie überhaupt gegen unsere heutigen gesellschaftlichen Zustände, die dem wirtschaftlich Schwachen nur die Lasten aufbürden, aber keine Rechte gewähren, in scharfen Worten Ausdruck. Mehrere warnten vor einem gemeinsamen Vorgehen mit den Fabrikanten in dieser Frage, das doch nur soweit gebe, als es diesen Vortheil brächte. Die Fabriksteuer sei übrigens nur der Vortheil des Monopols. Gegen einen weiteren Rückgang in den Erwerbsverhältnissen empfahlen alle Redner als einzig wirksames Mittel den Anschluß an die Organisation: den „Unterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter und Arbeiterinnen“, und die eifrigste Sammlung für den Fonds. — Zutry berichtete hierüber über die Vorbereitungen der am 1. Oktober im selben Lokal gewählten fünfzehngliedrigen Kongresskommission. Dieselbe unterbreite der Versammlung folgende Beschlüsse zur Begutachtung: Der Kongress soll am 23. November in Berlin zusammentreten, zu welchem Zweck die Kontordokumente auf die Dauer einer Woche gemietet sind. Für schnelle Amterlung von Druckarten wird Buchdrucker Schüringer im Lokal selbst eine kleine Druckerei errichten. Die Unterkunft der Delegirten, deren man gegen 200 erwarte, soll soweit möglich in Privatlokalen erfolgen und will Genosse Zutry die Vermittelung der Quartiere übernehmen. Zur Uebernahme des Post- u. Dienstes müssen etwa 20 Personen herangezogen werden, welche mit 6 M. pro Tag entschädigt werden sollen. Für Berlin empfahl die Kommission, der Zahl der Tabakarbeiter am Ort entsprechend, die Wahl von zwei Delegirten, für deren Speise pro Tag je 7.50 M. in Ansatz zu bringen wären. Von einer Wahlkreis-Eintheilung habe die Kommission Abstand genommen; der Wahlmodus und die Aufbringung der Unkosten bleibt jedem Ort überlassen. Die Mittemacher Hamburgs und Bremens habe man auf Anfrage mitgetheilt, daß auch sie zu dem Kongress Delegirte entsenden können. Weiter sei beschlossen worden, zu Ehren der Delegirten am Montag, den 27. November, einen Kommerz zu veranstalten, aus welchem Grunde an diesem Tage die Kassenstunden auf allen Jahreshellen ausfallen. Schließlich sei man einig geworden, zur Deckung der Kongresskosten für Berlin 5000 Sammelbonds à 10 Pfennige, sowie Gold- und Legitimationskarten für die Delegirten anfertigen zu lassen. An sämtliche Orte, welche Delegirte wählen, werden Mandatsformulare versandt. Anfangs November werden in allen Stadt-gegenen Berlins öffentliche Volksversammlungen einberufen, in denen gegen die Tabak-Fabriksteuer und eine weitere Verdrückung durch indirekte Steuern Protest eingelegt werden soll. — Nach kurzer Debatte wurden alle diese Punkte von der Versammlung genehmigt und ferner einem Antrage zugestimmt, der Kongress möge die Berathung der Organisationsfrage in den Rahmen seiner Tagesordnung einbeziehen. Die definitive Tagesordnung des Kongresses beschließen wurde diesem selbst überlassen. Die Wahl zu Delegirten fiel auf die Genossen Zutry und Bräuner.

Eine öffentliche Versammlung der Wähler des 18. und 20. Kommunal-Wahlbezirks tagte am 19. d. im „Etablissement Wuggenhagen“, am Morichplatz. Stadt-

Dr. Jabel referirte über die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Durch eine an der freiständigen Majorität der Stadtverwaltung geübten Kritik bewies Redner, daß ebenso wie im Reichstage auch hier die Klasse Jurist vor der Sozialdemokratie die Lasten bestimmt. Diese Jurist dränge die Mehrheit der Stadtvertreter von Jahr zu Jahr immer mehr nach rechts, so daß sie selbst mit ihren gewis nicht anspruchsvollen Wählern in Konflikt kommen. Augenblicklich herrsche bei den Vertretern der bürgerlichen Klassen eine gewisse Zurückhaltung, die sich mit den bevorstehenden Wahlen sehr leicht erklären lasse, bald aber nach der Wahl werden die Schloßfreiheit- und Entente-Projekte, hinter denen die Herren Kunge und seine Oberleuten stehen, wiederum um so dreister hervortreten. Deshalb sollten die Arbeiter die Augen offen halten und nur Männer ins rothe Haus wählen, die ein freies Rüstzeug und Verständnis für die Weiden der Bürgerschaft besäßen. Diese hätten alsdann die Errichtung eines Arbeitsamtes, die Anstellung von Schulärzten, die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, die Uebernahme städtischer Arbeiten in eigene Regie der Kommune, die Verwaltung und Hervollkommung aller Wohlfahrts-Einrichtungen, überhaupt alles das zu fordern, was sich mit den Forderungen unseres Programmes irgend wie verträgt. Die Uebernahme der Pferdebahnen, des Anschlagwesens, der Elektrizitätswerke u. s. w. würden enorme Einnahmequellen eröffnen und die Steuerzahler bedeutend entlasten. Wir haben also keine Vertretung der Gesamtinteressen der Bürgerschaft, sondern nur Vertreter ihrer Klassen- und Sonderinteressen im rothen Hause sowohl, wie in den übrigen gesetzgebenden Körperschaften. Eine Aenderung dieses Systems anzustreben ist die Aufgabe der Arbeitervertreter, die unangeseht an alle Maßnahmen dieser Klassenvertretung die Sende der Kritik einzusetzen haben. (Lebhafte Beifall.) Die Diskussion war lebhaft. Gegner meldeten sich aber nicht zum Wort. Jabel meinte, eine Kritik der Maßnahmen der Stadtverwaltung sei schier unerträglich. Er äußerte sich hauptsächlich zur Verschleuderung der Gemeindegelder für Festschichten u. s. w. Während man an notwendigen Wohlfahrts-Einrichtungen (Unentgeltlichkeit der Lehrmittel u. s. w.) eine fast schmachvolle Knäuelerei über, werfe man einem Häuferschaubeter ohne Bedenken 50 000 M. in den Schooß. Diesen Häuseranlauf könne seiner Meinung nach auch ebenso gut ein beauftragter Magistratssekretär vornehmen. Zoltzborf erging sich in einer Schilderung der Sitzungen der Schulkommissionen und des Waisenrahs, wo wohl viel debattirt, jedoch desto weniger Positives geleistet werde. Im übrigen trat er für Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und für eine einheitliche Volksschule ein. Ziske lenkte das Augenmerk der Zuhörer auf die elenden Verhältnisse der Köche, Kellner und Dienstmädchen im Rathskeller, der seitens des Magistrats ebenfalls wie die Restaurants der Markthallen als erträgliche Geldquellen gelte, keineswegs aber eine „Rustherberge“ sei. Eine Petition der Kellner um Abänderung der Uebelstände habe der Magistrat bisher unbeantwortet gelassen, dafür aber mit Freuden eine freiwillig bedeutend erhöhte Pachtsumme des jetzigen Delonomen entgegengenommen. Tschernig, Fröh und Graiffenberg sprachen ebenfalls im Sinne des Referenten. Fröh gab alsdann bekannt, daß im 18. und 20. Bezirk der Kandidat ein Hausbesitzer sein müsse. Da wir aber in unseren Reihen sehr wenige derartige glückliche Menschen besäßen, so empfahl er für beide Bezirke einen gemeinsamen Kandidaten, und zwar den Restaurateur Zoltzborf, Obelischer- und Sorauerstrassen Ecke. Die Versammlung gab hierzu ihr Einverständnis. Für den 18. Bezirk wurde von Pielike der Restaurateur Jabel, Frankfurter Allee 90, als Kandidat in Vorschlag gebracht und von der Versammlung ebenfalls akzeptirt. Nach Bekanntgabe einiger Resultate der sächsischen Landtagswahlen erfolgte mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie der Schluß der Versammlung.

Eine gutbesuchte öffentliche Versammlung aller im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen fand am 19. Oktober im alten Schützenhause, Linienstr. 5, statt. Kollege Seiler referirte über die Klassenlage des Proletariats. Er schilderte an der Hand reichen statistischen Materials die heutigen elenden Ernährungs-, Wohnungs- und Bildungsverhältnisse der Arbeiter und führte als Gegenpart hierzu die hohen Lantienmen und Dividenden, welche die Berliner Bankinstitute ihren Aktionären zahlen ins Feld. Nur auf dem Boden des Klassenkampfes sei eine Befreiung der Arbeiter aus den Fesseln des Kapitalismus möglich. Alle Versuche dem Proletariat zu helfen ohne die heutige Gesellschaftsordnung anzutasten, sei nur Quacksalbereien. Schon die Kinder auf der Schulbank müßten mit revolutionärem Geist erfüllt werden und mit überlegenem Lächeln ihrer Lehrer begegnen, wenn diese ihnen von der Heiligkeit der gegenwärtigen Gesellschaft und ihrer Einrichtungen predigen. Dem Referenten sollte die Versammlung für seinen sehr lebendigen Vortrag reichen Beifall. Kollege Silber erstattet dann Bericht über die Lage des Streiks in Brandenburg. Die Lage hat sich sehr geändert. Herr Goldstücker hat einen Aufruf erlassen und in alle Welt gesandt, worin er behauptet, „der Streik wäre gescheitert, alles in der Fabrik sei besetzt.“ Dies ist eine wissentliche Lüge. Nicht, wie behauptet, 80, sondern nur 19 Drucker arbeiten in der Firma an Stelle der 54 früheren Drucker, von 19 Maschinen sind nur 6 bis 7 im Gange. Auch sonst strotze das Flugblatt von Unmuthigkeiten und Verdächtigungen der Streikenden. Es wird da behauptet, seitens der Arbeiter wäre keine Einigung versucht worden. Das ganze Machwerk, das sofort in einem „Abwehr“-Artikel widerlegt wurde, bezweckt nur, die Arbeiterchaft, die hinter dem Streikenden steht, wankend zu machen und sie zur Einstellung der Unterthänigkeit zu veranlassen. Ferner will man nebenbei im Trüben fischen und neue Streikbrecher anwerben. Alle Redner sprachen sich in der Diskussion für Fortsetzung des Streiks aus, bis der vollständige Sieg erreicht sei. Folgende Resolution wird einstimmig angenommen: Die Versammlung erklärt sich mit dem Referat des Kollegen Seiler vollständig einverstanden und sieht nur in einer starken Organisation das Mittel, den Uebergriffen des Kapitalismus Einhalt zu gebieten und das Proletariat aus seiner gedrückten wirtschaftlichen Lage zu befreien und verpflichte sich, dahin zu wirken, daß alle uns noch fernstehenden Berufsgruppen sich der Organisation anschließen. In betreff des Streiks erklärt die Versammlung, daß das von der Geschäftsleitung der Firma vorm. A. und C. Kaufmann in Brandenburg in die Welt versandte Zirkular des „Brandenburger Anzeigers“ vollständig die Tatsachen auf den Kopf stellt und nur bewirkt soll, die Kollegenschaft Deutschlands irre zu führen. Die Versammlung erklärt nach wie vor den Streik hoch zu halten und den Streikenden mit allen Mitteln zum Siege zu verhelfen. Ebenso spricht sie den Streikenden sowohl als auch der Streikleitung ihren Dank aus für ihr mutiges Aushalten und die tatkräftige Führung des Streiks in diesem Kampfe. Die Sperre über die Firma Hohenstein u. Lange ist aufgehoben.

Am 17. Oktober hielt der Fachverein der Bilderrahmenmacher seine halbjährige General-Versammlung ab. Nachdem Kollege Gost den Geschäftsbericht erstattet hatte, folgte der Bericht des Kassiers. Derselbe gab bekannt, daß nach Abzug aller Ausgaben der Bestand sich auf 97.00 M. belaufe. Hierzu kommen noch 20 M. für einen Extrafonds, der vom ersten Vorstehenden verwaltet wird, so daß das Vereinsvermögen 117.00 M. beträgt. Hierauf erfolgte Neuwahl des Vorstandes, aus demselben gingen hervor: Gost erster Vorsitzender, Witt zweiter Vorsitzender, Brandes erster und Nagott zweiter Schriftführer, Kellermann Kassierer. Als Revisoren wurden gewählt die Kollegen. Gim, Lische und Schmidt. Die Versammlungen finden jeden Dienstag nach dem 1. und 15. jeden Monats Pringensstr. 106 bei Hadow statt. Der Arbeitsnachweis befindet sich Wasserthorstr. 5 bei Pulz und ist Sonntag von 10—12 Uhr Vormittags und Montag, Dienstag, Mittwoch und Sonnabend von 1/9—10 Uhr Abends geöffnet. Nach-

Wähler-Versammlung

für den 31. Kommunal-Wahlbezirk
am Dienstag, den 24. Oktober 1893, Abends 8 1/2 Uhr,
bei Philipp, Rosenthalerstr. 38.
Referent Genosse **Wagner.**

894/9

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß auf Beschluß des Vorstandes bis zur beendigten Stadtverordnetenwahl die Versammlungen des Vereins ausfallen. Die Genossen werden ersucht, sich den gewählten Wahlkomitees zahlreich für den Sieg unserer Genossen zur Verfügung zu stellen. Ausnahme neuer Mitglieder sowie die Entgegennahme der Beiträge findet nach wie vor auf den bekannten Zahlstellen im Süden und Südosten statt.
577/250 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 24. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, im „Kolberger Salon“, Kolbergerstrasse No. 23:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der Diskussion über: „Direkte Gesetzgebung durch das Volk“. Genosse Wagner ist anwesend. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes und Fragelasten.
241/8 **Der Vorstand.**

Grosse Versammlung

Schneider- u. Schneiderinnenverbandes

Mittwoch, den 25. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr,
in „Martens Festsäle“, Friedrichstraße 236.

Tages-Ordnung:
1. Ist der Kampf ums Dasein auch für den Menschen eine Naturnotwendigkeit? Referent **Theodor v. Wächter** aus Stuttgart. 2. Diskussion.
Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.
Die Gäste sehr willkommen.
598/1 **Die Lokalverwaltung.**

Arbeiter-Bildungsschule

Mittwoch, den 25. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr:
Ordentliche General-Versammlung
in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassenbericht. 3. Bericht der Revisoren. 4. Statutenänderung. 5. Wahl zweier Revisoren. 6. Verschiedenes.
Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**
In diesem Tage fällt der Unterricht in allen Schulen aus.

Große öffentliche Versammlung sämtlicher in den Branereibetrieben Berlins und Umgebung beschäftigten Arbeiter

(Brauere, Böttcher, Maschinisten, Hilfsarbeiter, Fahrer, Mittfahrer, Flaschenbierarbeiter u. s. w.)
am Donnerstag, den 26. Oktober, Abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Schneegelsberg, Hasenheide 21.

Tages-Ordnung: 1. Die Lohnbrücker in der Vereinsbrauerei in Rixdorf. 2. Das Vorgehen unserer Kommission in Sachen des Köhlerischen Brauhauses. 3. Diskussion.
Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. **Der Einberufer.**

Gauverein Berliner Bildhauer.

Dienstag, den 24. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Ehrenberg, Annenstraße Nr. 16:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
Vortrag des Herrn **Gustav Meier** über: „Ethische und wirtschaftliche Bewegung unserer Zeit.“ — Holzarbeiter-Abend. — Verschiedenes.
Auf besonderen Wunsch des Vortragenden, des Herrn G. Meier, wird die Versammlung pünktlich (8 1/2 Uhr) beginnen und ersucht um zahlreiches, pünktliches Erscheinen **Der Vorstand.**

Achtung! Ethische Gesellschaft. Achtung!

Am Sonnabend, den 28. Oktober cr., Abends 8 Uhr,
4. Stiftungs-Fest

in der Berliner Ressource, Kommandantenstraße 57,
verbunden mit Theater und Ball. — Die Festrede hält Herr **Peus.**
Billetts, Herren à 50 Pf. (inkl. Tanz), Damen 25 Pf. sind zu haben bei **Donath, Saarbrückerstr. 11; Bortz, Oberbergerstr. 51-52, Seitenstr. 4 Tr.; Radatz, Elsfasserstr. 11.** — Um regen Besuch bittet
149/3 **Der Vorstand.**

Gefärbt wird für 2,50 bis 3,00 Mark

in allen Farben: Damenkleider, Uebergießer, Röcke, im Ganzen oder getrennt. Arbeitsstoffe à M. 1.—. Auch Betten und Tischdecken à Stück 1,25 Mark. Steppdecken à Stück 2 bis 2,50 M.

Damenkleider, gemischt gereinigt 2,50—3 Mf.

Herren-Anzüge gereinigt und gebügelt 2,50 M. Abholung u. Zustellg. kostenfrei.
Gegründet **A. Pergandé.** Gegründet 1875.

Hauptgeschäft: **Waldemarstr. 52, vis-à-vis Bethanien**
Filialen: 4980/2
Görlitzerstr. 43, Reinickendorferstr. 8a, Potsdam: Nauenerstr. 18.

Zahnarzt **Rob. Wolf**, Leipzigerstr. 22. Künstl. Zähne v. 2 Mk. an. **Thoilzahlung.** Schmerzloses Zahnziehen und Nervtöden 1 M. Spr. 8-7 Uhr

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Genthstraße 2.

Soeben erschien: 405/1*

Heft 50

und damit das Schlußheft
der

Reden und Schriften Ferd. Lassalle's
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Zeitungsbedeure und Kolporteurs entgegen.



Metzner's Korbwaren-Fabrik,
Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz,
größtes Lager Berlins. Muster-
bücher gratis. Theilzahlung
gestattet. **500 Mark** zahle
ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte
Kinderwagen-Lager Berlins habe. **F. Metzner.**

Volkszither

dürfte in keiner Familie fehlen, ist in einer Stunde zu erlernen, kostet mit
Schule nur 14 Mark und ist die angenehmste Musik. 4945/L*
Aug. Kessler, Zitherfabrik, Lausitzerstr. 51.

!! Arbeiter !!

Jeder Fusel Schnaps untergräbt langsam aber sicher Euer Gesund-
heit. Trinkt deshalb nur fuselreie, natürliche Brantweine.
Solche sind die **Cognac, Marie Léonore Gonzac & Co.** der
French-Cognac-Brandy-Distillery in Germany, Centrale Berlin N.,
Oranienburgerstrasse 17. Zu haben wo Plakat aushängt und Stand-
flasche mit Original-Etiquette vorhanden ist. 4962/L*

Jamaica-Rum,

echt u. saq. Literflasche 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Flaschen 10 Pf. billiger.
441/M
Eugen Neumann & Co.,
6a Belle-Allianceplatz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81. 8 Oranienstr. 8.

0 welche **10. bis 20. Tausend.**
Lust, Eine neue Agitationsbrochure:
Soldat Inhalt: Einleitung. Brot- und Blutsteuer. Moloche Kultur.
zu sein! Krieg im Frieden. Soldatenfutter. Schneidig. Schimpfwörter-
Verikon. Mißhandlungen. Moloche Justiz. Selbstmord.
Schlußbetrachtungen. **Preis 20 Pfg.** Bei
Partiebezug hoher Rabatt. — Verlag der „**Münchener**
Voss“, München, Windenmacherstraße Nr. 5. Zu beziehen
durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs. 50198*

Färberei und chemische Waschanstalt
R. Knapp, Moritzstraße 10,
färbt zu den billigsten Preisen in allen Farben Damenkleider, Mäntel, Herren-
Uebergießer, Röcke, ganz od. getrennt, Bettdecken à Stück 1,25 M. Sämtl. Herren-
und Damengarderobe, sowie Möbelstoffe jeder Art werden chemisch gereinigt.
Herren-Anzüge reinigen und bügeln 2,50 M. 49742*

Sophastoff-Reste

in Nips, Damast, Crepe, Fantasie,
Cobelin, Plüsch und bunten
Mocquets spotbillig!
Proben franko!

Emil Lefèvre, Berlin S.,
Oranienstraße 158.

Stempelfabrik
von **R. Hecht**
BERLIN S.
Oranienstr. 55
liefert schnell
und billig
alle Arten
Stempel.
billigste Benutzungs-
mittel für
Wiederverkäufer.

Diebe-

ste und billige Damenmütel-
fabrik Berlinstr. 78, 1 Trepp,
in **Charlottenburg**, verkauft
Estimo-Jaquets 5-7 1/2 M., Plüsch-
Jaquets 15 M., Regenmäntel 3 1/2
bis 7 1/2 M., Capes 7 1/2 M., Plüsch-
Jaquets und Damast-Capes von
30 M. an. 5044/L*

Schiffsbilletts

für Reisende von allen Hafenplätzen
im Reisebureau von 4699/2*
Theodor Reiner & Co.,
Platz vor dem Neuen Thor 3 (Gaden),
Ecke Invalidenstraße.

Blumenhandlung

P. Abromoit, Glückerstraße 69,
Berlin SW. 1873b
Kränze, Bouquets, Topfgewächse,
Girlanden u. s. w.
Billigste (Markt-) Preise bei ge-
schmackvoller Ausführung.

Herren- Anzug, Paletot u. Hosen-
Anzüge, alles nadelfertig, ver-
und kauft jedes Maß zu Groß-
Preisen. Rests bedeutend
billiger. 4988/L*
Albert Marwitz, Neue Grünstr. 23.

Meyer's Lexikon,
Brochhaus, Brehm's Tierleben laut
Antiquariat Kochstraße Nr. 56 L.
Herausgeber: Amt IV, Nr. 895.

Als anerkannt reelle und that-
sächlich billigste Einkaufsquelle
des **Süd-Ostens** für
Gold-, Silber-,
Alfenidewaren (Eig. Fabr.)
goldene u. silberne Uhren
empfiehlt sich
H. Gottschalk,
Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Strasse 37

Presskohlen.

Marko Centrum, anerkannt vorzüglichste
Heizkraft, wenig Asche gebend, 16 cm
lang pro Tausend 5,15 M., 18 cm lang
6,50 M. frei Keller. Bosto Saftenberger
„Marie“, 16 cm lg. 5,50 M., 18 cm lang
7,00 M. frei Keller. Beide Sorten mit
Boden frei Boden 25 Pfg. mehr. Holz,
Steinkohle, Coaks billigst. Musterkohlen
gratis frei Haus. 511/M

Frischeisen & Co.,
Wienerstr. 18, am Görlitzer Bahnhof.
Bequeme Werdebahn-Verbindung.

5 1/2 Pfund Albrecht's

Brot für **Bäckerei,**
50 Pfennig
liefert **Wrangel-Strasse 8**
Langestr. 26, Falkensteinstr. 23

Empfehle mein Geschäft in frischen
Blumen und Kränzen. 8528 L
Robert Meyer,

Nr. 2 Mariannenstraße Nr. 2.
NB. Um häufigen Irrthum zu ver-
meiden, bitte ich meine Freunde und
Genossen, genau auf meine Adresse zu
achten.

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4495/L*
am biestigen Plage wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billige
Preise! Sämtliche im Handel
besindl. Rohabate sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Ortskrankenkasse der Maler.

Versammlung der Mitglieder und
Arbeitgeber, welche Beiträge zur Kasse
zahlen, am Freitag, den 27. Oktbr.,
Abends 8 Uhr, bei **Deigmüller,**
Alte Jakobstr. 48 a. 2727b

Tagesordnung:
Erfahrungswahl für die ausgeschiedenen
Delegirten.
Verschiedenes.
Der Vorstand.

Das Vergütungs-Komitee des Ar-
beiter-Bildungsvereins zu Friedrichs-
felde, welches das Weihnachtsgelohnen
1892 in Friedrichsberg, Kronprinzen-
Garten, arrangirt hat, wird aufgefordert,
mit dem Arbeiter-Bildungsverein ab-
zurechnen. Das Vergütungs-Komitee
bestand aus den Herren Priem, Arnold
und Baum. 115/3
Die beauftragte Kommission.

Allen Genossen empfehle 4964/L*
Genossenschafts-Brot sowie
Backwaare, pro Stück 2 Pf.,
sende auch frei ins Haus.
H. Wörner,
Diefenbach-Strasse Nr. 58a.

Billigste Berliner Reparatur-Werkstatt

für
Uhren und optische Waaren
von **H. Schneider** aus Rathenow,
Uhrmacher und Optiker,
Berlin N., **Brunnenstraße Nr. 40.**
Feiner Uhrschlüssel 5 Pf. sonst 10 Pf.
Feiner Stahlzeiger 10 Pf. sonst 20 Pf.
Feines Patentglas 10 Pf. sonst 30 Pf.
Neue Feder u. Reinigen einer Cylinder-
Uhr unter reeller Garantie nur 1,50 M.,
sonst 3 M. Großes Lager echt Rathen-
ower Brillen und Pinocnetz zc. Ein-
schleifen von Brillen-Gläsern in 10 bis
15 Minuten. 1. Qual. echt Rathenower
Paar 70 Pf. sonst 1 M. 5036/L*
Feine Stahlbrille, 1. Qual. Gläser 1 M.
Feine Stahlbrille, 2. Qual. Gläser 50 Pf.

Jede Hausfrau kaufe nur
Carl Sauber & Sohns,
Alexandrinenstr. 58,
beste **Perleberger Glaswaare**,
da dieselbe dem Leber sehr zu-
träglich, schnell Glanz erzeugt und
äußerst sparsam ist. Zu haben
in allen Kolonial-, Droguen- und
Schuhgeschäften. 4984/L*
Preislisten gratis und franko.

!! Roh-Tabak !!

Sämtl. in- u. ausländischen Sorten,
gute Qualität, tadelloser Brand, in
billigster Preislage, empfiehlt
Heinr. Franck, Rohtabak-Handlung
Brunnenstr. 185.

Rindleder,

schwarz, matt, in dünnster Qualität,
halbe oder ganze Hautweise? Be-
musterte Offerten mit Preisangabe unter
M. S. 30 bef. die Exped. d. „Vorwärts“.
Milch, Sahne, Butter, Brot, Back-
waaren (Genossenschaftsbrot) empfiehlt
K. Koffay, Oranienstr. 189. Milch sende
ich auf Wunsch frei ins Haus. 2643b

Wer liefert 2692b
Gamma Krüger,
Lothringersiraße 88, IV.

Kleider werden sauber und gutgehend
angefertigt. Strahlenleid 7,50, Haus-
leid 4,50.
2729b

Eine gangbare Wäsch- u. Plättanstalt
ist Familienverhältnis halber für jeden
Preis zu verlaufen. Zu erfragen von
Abends 7 Uhr Fürstenstr. 3. 2743b

Homöopath. Arzt Dr. **Sösch,** Linien-
straße 149, 8-10, 5 bis
7, Sonntags 8-10 Uhr.

Frdl. leere Stube zu vermieten bei
E. Rogge, Brunnenstr. 152. 2784b

Schlafstelle f. Schuhmacher, heil, sep.,
bei Lange, Zimmerstr. 95, 2. F. r. 2 Tr.

2 Herren oder Damen finden Schlaf-
stelle (Nr. 7,50) Kochstr. 72, F. 4 Tr. L.

Arbeitsmarkt.

Korbmacher auf Bambus und kleine
Peddigrohrarbeit verlangt 2781b
Lankau, Kleinbeerenstr. 24.

Tüchtige Klempner auf Blech-
einbauten sucht 2786b
O. P. Schaefer Nr. 11, Dresdenerstr. 97.

Vergolder-Gehilfen auf seine
Politurleisten bei gutem Lohn finden
dauernde Beschäftigung bei **Müller,**
Grünbergweg 56. 2728b

Vertfährer für Luxus-Galant-Art.
auf Plüsch, Seide, sowie
Gelluloid w. verlangt. Solche, welche
Buchbindearbeit selbständig anfertigen,
mit der Hebeldruckpresse vertraut sind,
vorzögl. Matrizen machen können, wollen
sich unter Angabe ihrer bisherigen
Thätigkeit melden unter Chiffre L. 885
bei **Rudolf Woffe, Pringelstr. 41.** 5122b